

Sand im Getriebe 46

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Selbstorganisationsversuche in Zeiten des Imperiums

„Wo der Himmel über der Stadt schwarz sein sollte von Hubschraubern mit Nahrung, Wasser, Medikamenten, blieb er blau. Die Hubschrauber sind im Irak. Wo die Nationalgarde Hilfe leisten könnte, gab es keine. Sie dient im Irak. **Verblüfft sahen die Europäer und der Rest der Welt den Kaiser USA nackt, ausgezogen von »Katrina«.** Auf einmal hatte ein Hurrikan die Fassade von Hollywood, CNN, McDonald's, Wallstreet und Macht weggeblasen“: schreibt der Schriftsteller **Peter Paul Zahl**. Die durch den Irak-Krieg verschärfte Legitimitätskrise der USA geht Hand in Hand mit der Krise der Überdehnung und dem wirtschaftlichen Abstieg durch Verschuldung, der zur Abhängigkeit vom Wohlwollen ausländischer Geldgeber geführt hat (**Giovanni Arrighi**). Wir leben in Zeiten des Imperiums, ohne Zweifel. Aber das Imperium wird eingekreist: „Die Idee, dass die US-Regierung die Zeichen der Zeit bestimmt, ist von gestern... Die USA haben noch nicht einmal die Macht, ihren Willen auf ein paar Quadratkilometern in Bagdad durchzusetzen“, meint Jeffrey Sachs auf dem UN-Millenniumsgipfel. Es bilden sich in allen Teilen der Welt neue Vernetzungen, neue Allianzen, neue Organisationsversuche, neue Gegenmächte heraus – auf der Ebene der Regierungen ebenso wie auf der Ebene der sozialen Bewegungen (**Peter Wahl**)



Ein wichtiges Gebiet des Ringens um mehr Spielraum für emanzipatorische Bewegungen liegt vor uns: die WTO-Konferenz Hongkong. Das Genfer Treffen im Sommer führte zunächst zu keinem Ergebnis (**Alexis Passadakis**). Allerdings hat mit Pascal Lamy ein geschickter und skrupelloser Yedi-Ritter des Neoliberalismus den Vorsitz der WTO übernommen und die EU hat bei den Verhandlungen eine aggressive Haltung eingenommen (**Frederic Viale**). So warnt uns **Walden Bello** vor verfrühtem Optimismus: „Jedes Abkommen zu diesem Zeitpunkt hätte destruktive Auswirkungen einer De-Industrialisierung... **Das Rahmenwerk vom Juli eliminiert praktisch jeden Entwicklungsraum für alle Bereiche, die verhandelt werden.** Die Regierungsvertreter(des Südens) müssen ständig daran erinnert werden, dass **gar kein Geschäft besser ist als ein schlechtes Geschäft...** Die kommenden vier Monate werden bestimmen, ob die WTO sich als der Motor der globalen Liberalisierung des Handels etablieren kann und wir in die Schöne Neue Welt

mit noch mehr Liberalisierung eintreten oder ob der Prozess, der die Liberalisierung des Handels umkehrt, an Schwung gewinnen wird und die WTO als eine Maschine für die Globalisierung zerstört wird.“

Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung, die noch immer von der Landwirtschaft lebt, bedeutet die Liberalisierung der Agrarmärkte eine akute Bedrohung ihrer Existenz.

Den Prozess umkehren heißt daher, volle **Ernährungssouveränität** zu fordern, das Recht nicht nur auf Nahrung, sondern darauf, die Nahrung auch selbst zu produzieren. „**Brot, Land und Freiheit**“ ist die Parole. Angesichts der Millenniums-Tagung der UNO kann gar nicht deutlich genug betont werden: es geht nicht um die Erbteilung und Verteilung von Almosen. Es geht um neue, gerechte Produktionsstrukturen und deglobalisierte Handelsbeziehungen, um Landreformen, um „empowerment“ der Entrechteten und Verelendeten. **Via Campesina** setzt sich ebenso wie das **Attac-Agrarnetzwerk** für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern und Landarbeiter ein, für fairere Handelsbedingungen, für soziale Gerechtigkeit und die Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise weltweit.

Droht im **Iran** der nächste Krieg? **Mohssen Massarrat** warnt vor einem verhängnisvollen Automatismus hin zum Krieg und fordert eine atomwaffenfreie Zone im gesamten Mittleren Osten zur Abwendung einer Katastrophe.

Samir Amin nimmt die anmaßenden Pläne der USA zur Umgestaltung des Nahen Ostens aufs Korn und fragt, ob Freiheit ohne nationale Souveränität überhaupt möglich ist.

Claudia **Haydt** enthüllt Einzelheiten bei der Verteidigung unserer Freiheit am Hindukush.

Gegen den Skandal der Massenarbeitslosigkeit stellt die Initiative „**Arbeit Fair Teilen**“ ihr Konzept der radikalen Arbeitszeitverkürzung vor, das auch auf dem **1. deutschen Sozialforum** intensiv debattiert wurde.

Inhalt

	USA	
Peter Paul Zahl	New Orleans: Leichen pflastern seinen Weg	3
Giovanni Arrighi	Der Welt größter Schuldner	4
	Imperialismus-Kongress: Kapitalismus – Reloaded	5
B.A. Friedensratschlag	US-Militärpolitik: größte Bedrohung der Menschheit	6
Martin Ling	Die Achse der Subversion: Chávez und Castro kontern mit ALBA auf ALCA	6
Dario Azzellini	»Al Bolívar« gegen CNN	8
	WTO	
Peter Wahl	Selbstorganisationsversuche in Zeiten des Imperiums Die „Dritte Welt“ in der WTO	9
Attac-D	Pascal Lamy – Freihandels Falke	11
Frederic Viale. Attac F	Aggressive Haltung der EU	12
Alexis Passadakis	Kein Ergebnis, ist das beste Ergebnis	14
Walden Bello	Sind die WTO-Gespräche in Schwierigkeiten? Man sollte nicht darauf wetten	15
Astrid Engel (BUKO)	Ernährungssouveränität – Via Campesina fordert „Brot, Land und Freiheit“	190
Attac-D Agrarnetz	Eine andere Landwirtschaft ist möglich! Ernährungssouveränität jetzt!	21
Umweltverbände	Reform des europäischen Zuckermarktes geht in die falsche Richtung	22
	Aufrufe: Konferenz in Stuttgart / Demonstration in Genf	23
Beilage	GATS	
	ASIEN	
Mohssen Massarrat	Irans Atomkonflikt in der Sackgasse	24
S. Amin und andere	Demokratie, die imperialen Mächte und der respekt für die nationale Souveränität (Iran, Libanon)	26
Claudia Haydt	(K)eine Lizenz zum Töten? BRD in Aghanistan	29
	SOZIALE BEWEGUNG	
1. Deutsches Sozialforum 2005	Erfurter Erklärung der sozialen Bewegungen	31
Initiative „Arbeitfairteilen“	Massenarbeitslosigkeit überwinden - Arbeit solidarisch verteilen!	32
M. Kreuzfeldt und S. Giegold	Kirchhofs Verknappung	35
Bertold Brecht	DAS GEDÄCHTNIS DER MENSCHHEIT	36

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben.

Wir danken cooridtr@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. **2. verb. Auflage**

Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann; Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland);

Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken „Sand im Getriebe“ zum

Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:

– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 €

3 Hefte: 7 € ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:

Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kon-

tonummer: 211 000 000,

BLZ: 43 06 09 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

Peter Paul Zahl¹

*Nicht nur die Leichen in Afghanistan und im Irak pflastern seinen Weg, nein,
nun auch jene in New Orleans.*

New Orleans ist für die USA eine »Niggerstadt«



Wie schon verschiedentlich festgestellt: Seit 1945 führen die USA nur Kriege gegen »People of color«. Gegen die »Farbigen« in den Staaten dauert er schon länger. »Just in dieser Stadt New Orleans landeten die Sklavenschiffe an, hier dauert das Vermächtnis von 246 Jahren Sklaverei und Diskriminierung bis heute an«, sagte vor ein paar Tagen Jesse Jackson, einer der Führer der Bürgerrechtsbewegung. »Die Wurzel der Reaktion auf das Desaster besteht in der Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden der Schwarzen.« Während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der USA 12,1 Prozent beträgt, liegt er in Groß-New Orleans bei 67 Prozent. Louisiana ist einer der ärmsten Bundesstaaten. In Sachen Vollbeschäftigung liegt dieser Staat an 49., bei der Armut ist es die 46. Stelle. New Orleans ist also eine »Niggerstadt«.

Als vor dem Eintreffen des Hurrikans »Katrina« 80 Prozent der Bevölkerung flohen, blieben die ohne Autos, ohne Geld – Schecks vom Sozialamt sollten erst am 1. September kommen – und ohne Ausweg. Und wo der Himmel über der Stadt schwarz sein sollte von Hubschraubern mit Nahrung, Wasser, Medikamenten, blieb er blau: Die Hubschrauber sind im Irak. Wo die Nationalgarde Hilfe leisten könnte, gab es keine. Sie dient im Irak. Verblüfft sahen die Europäer und der Rest der Welt den Kaiser USA nackt, ausgezogen von »Katrina«. Auf einmal hatte ein Hurrikan die Fassade von Hollywood, CNN, McDonald's, Wallstreet und Macht weggeblasen: »Hunger und Wut – eine amerikanische Großstadt wird ein Dritte-Welt-Alptraum«, schrieb sogar die konservative New York Daily News.

Als die Angestellten der FEMA (ein Katastrophenhilfswerk) von der erfolgreichen Soforthilfe nach den Tsunamis in Ostasien zurückkamen, in der die USA federführend und energisch handelten, sprachen sie ständig beim Präsidenten vor und verlangten fünf Milliarden US-Dollar für die Sicherung der urbansten Stadt der USA: »Wir dachten ständig an ein mögliches Desaster. Wegen der Risiken waren wir wie besessen in Sachen New Orleans.« Was taten Bush & The Cavemen? Seit über fünf Jahren führen sie die Mittel für Katastrophenschutz runter und verweigerten der Stadt jene fünf Milliarden, die die jetzige Katastrophe verhindert oder zumindest verkleinert hätten. Letzten Donnerstag berichtete der Bürgermeister: »Wir brauchen Verstärkungen, wir brauchen Truppen. Ich brauche 500 Busse, Mann. Dies ist eine nationale Katastrophe. Und Bush fliegt in der Airforce One über die Stadt. Das hilft nicht. Jeder in Amerika verzeihe mir mein Französisch: but I'm pissed.« Es brauchte mehr als fünf Tage, bis die Versorgung mit Trinkwasser und Essen aus der Luft begann. Selbst CNN, der Quasiprivatsender der Bush-Familie, distanzierte sich von seinem Liebling: »George W. Bush lieferte gestern eine der schlechtesten Reden seines Lebens ab ... Er riet der Öffentlichkeit, wer wolle, könne spenden, grinste und versprach, alles werde gut werden.« Dieser Mann beißt nicht in Teppiche. Er beißt in Whopper. Die schmecken ebenso, sind aber nahrhafter. Nicht nur die Leichen in Afghanistan und im Irak pflastern seinen Weg, nein, nun auch jene in New Orleans, die bis jetzt, wortwörtlich, zum Himmel stinken.

(Rose Hill, Long Bay)

¹ Peter Paul Zahl ist Schriftsteller und lebt in Jamaika http://de.wikipedia.org/wiki/Peter-Paul_Zahl

Der Welt größter Schuldner

Die USA können ihre zentrale Rolle in der globalen politischen Ökonomie nicht halten

Giovanni Arrighi, einer der großen Analytiker des kapitalistischen Weltsystems, hat eine groß angelegte Untersuchung der Widersprüche der Welt von heute vorgelegt. (<http://www.newleftreview.net/Issue32.asp?Article=02>). Im Irak-Krieg sieht er – ebenso wie vor mehr als 30 Jahren im amerikanischen Krieg in Vietnam – eine alles verändernde Wende in der Weltgeschichte. Dieser Krieg fand nicht nur statt mit dem weit vorausschauenden Ziel, die zur Neige gehenden Ölreserven im Nahen Osten zu kontrollieren und damit auch die Energieversorgung Europas, Russlands, Chinas und Indiens zu kontrollieren. Dieser Krieg sollte mit dem massiven Einsatz von Bodentruppen auch das Vietnam-Syndrom überwinden und die „Schmach“ der Niederlage in Vietnam wettmachen. Dieser Krieg sollte beweisen, dass die USA wieder bereit ist, direkte imperiale Gewalt zur Aufrechterhaltung ihrer bedrohten Weltherrschaft einzusetzen.

Weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen, hat der Irak-Krieg sich zu einem Meilenstein des Abstiegs der Hypermacht entwickelt und zur Re-Gruppierung des weltweiten Kräfteparallelogramms beigetragen. Dabei sind nicht nur die militärischen Schranken dieser Weltmacht deutlich geworden. Auch wirtschaftlich sind die USA eine absteigende Macht, abhängig vom Wohlwollen ausländischer Geldgeber.

Giovanni Arrighi wird einer der Hauptredner auf dem Imperialismus-Kongress unter dem Titel „Kapitalismus – reloaded“ am 11. und 12. November 2005 in Berlin sein. In einem ausführlichen 80-seitigen Aufsatz „Hegemony Unraveling“ (Die schwindende Hegemonie) setzt er sich mit der Theorie von David Harvey (SiG 32) auseinander und untersucht mit weitem Zeithorizont die Geschichte der Imperialismen: vom genuin-iberischen zum holländischen zum britischen und schließlich zum us-amerikanischen Imperialismus unserer Tage. Er verfolgt die Rolle von Überakkumulation und verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt und untersucht speziell das Verhalten der Finanzmärkte innerhalb der imperialen Zyklen. Wir haben den Abschnitt über das aktuell höchst fragile US-Dollar-Regime übersetzt. In einem anderen, inzwischen übersetzten Artikel unter dem Titel „Globaler Markt - Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts“ erklärt Arrighi sein Verständnis von dem, was wir allgemein immer noch als „Globalisierung“ bezeichnen. (www.kapitalismus-reloaded.de)

Angesichts des neuen Dollarkursverlaufs ist es für die USA weit schwieriger als in den späten 70er Jahren, die Oberhand im Weltwährungssystem zu behalten. In den 80ern hat der Dollar durch eine plötzliche und radikale Umkehrung der US Geldpolitik (von extremer Laschheit hin zu extremer Sparsamkeit) seine Rolle als Weltwährung wieder zurück gewonnen, begleitet von einem heftigen Ringen um weltweite Kapitalzuflüsse – durch rekordhohe Zinsen, Steuervergünstigungen und wachsenden Handlungsspielraum für kapitalistische Produzenten und Spekulanten.¹

Aber genau der Erfolg dieser Politik hat die USA aus einer Gläubigernation in den größten Schuldner der Welt verwandelt. Es würde keinen Sinn ergeben, wenn die Geberländer ihre Kredite verdoppeln würden gegenüber einem Land, das durch riesige Währungsabwertungen,² teilweise seinen Schuldverpflichtungen nicht nachgekommen ist. Hinzu kommt, dass die Regierung, die schon so viele Kapitalanreize geschaffen hat, für den Fall eines Dollar-Sturzes **nur noch wenig anzubieten** hat. Unter diesen Umständen – ungekanntes Ausmaß der Verschuldung und Mangel an Anreizen, würde eine Anhebung der Leitzinsen – wie die unter Reagan entwickelte – eine viel ernstere Schrumpfung der Binnenwirtschaft provozieren, ohne die Garantie zu haben,

dass ihr eine kräftige Erholung der Wirtschaft folgen würde. Eine **Zinserhöhung**, die sich aus dem Dollarkurs entwickelt, würde deshalb die relative Schrumpfung der US Wirtschaft eher verschlimmern als sie zu beseitigen.

Dem ist hinzuzufügen, dass in den späten 70ern wenige, wenn überhaupt realisierbare Alternativen zum Dollar als Weltwährung bestanden. **Der Euro war noch eher eine Idee** als eine Realität. Die schnell aufgewertete DM und der japanische Yen hatten weder das globale Gewicht noch die nötige internationale Unterstützung,

um internationales Zahlungsmittel oder Reservewährung zu werden. Da es keinen anderen Ausweg gab, flüchtete das Geldkapital aus dem Dollar ins **Gold**. Aber keine Kapitalmacht hatte ein Interesse in Zeiten ökonomischer Stagnation, das Gold wieder in Geld umzutauschen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine solche Remonetarisierung ein Druckmittel in die Hände der UdSSR gelegt hätte. Unter diesen Umständen konnten die Versuche der USA, den Dollarstandard zu erhalten, auf die aktive Zusammenarbeit aller Länder bauen, die eine Rolle in internationalen Währungsvereinbarungen spielten.

In sofern ist die Situation **heute ganz**

anders. Die entscheidenden Regierungen sind möglicher Weise noch in großem Umfang bereit, mit der US Regierung zu kooperieren, den Dollarstandard zu erhalten. Aber diese Bereitschaft basiert auf einer anderen Grundlage, und diese ist weniger günstig für die USA als sie in den 80ern war. Wie der frühere (US) Finanzminister Lawrence Summers kürzlich darstellte, ist die **US-**

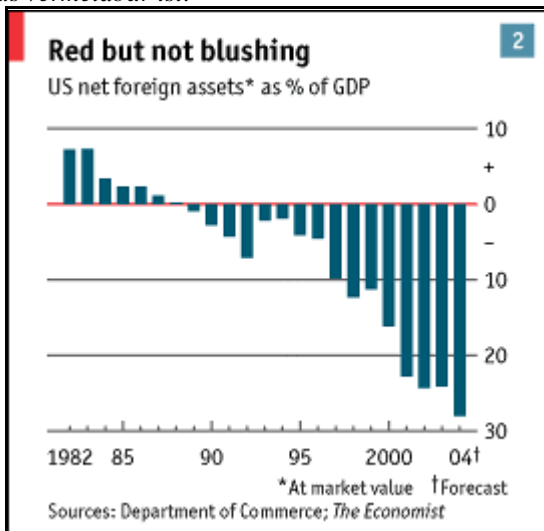


¹Der Politikwechsel begann unter Carter aber erfüllte sich erst vollständig unter Reagan. Vgl. "Social and Political Economy", S. 42-43, 63-67

²Martin Wolf, Financial Times, 8 dec. 2004

Abhängigkeit von ausländischem Geldzufluss "noch besorgniserregender" als ihre Abhängigkeit von Energieimport:

„Die Länder, die US-Währung und Schatzbriefe in ihren Banken halten, halten buchstäblich auch den US-Wohlstand in ihren Händen. Diese Aussicht sollte die Amerikaner beunruhigen. Es ist etwas eigenartiges, dass die größte Weltmacht gleichzeitig der Welt größter Schuldner ist. Natürlich ist es wahr, dass die ausländischen Regierungen und Investoren, die den Ausgabenrausch der Supermacht finanzieren, keinen Anreiz verspüren, die US-Wirtschaft in den Bankrott zu treiben, indem sie plötzlich ihre Dollarreserven hinschmeißen. Die nachfolgende Finanzkrise würde ernsthaft ihre eigenen Ökonomien beschädigen. Aber wenn man schließlich dem Gleichgewicht des Terrors des Kalten Krieges entkommen ist, sollten die USA nicht leichtfertig eine neue Version der eingestanden, gegenseitigen Zerstörungsmöglichkeit akzeptieren, wenn das vermeidbar ist.³



Tatsächlich ist es für die USA weitaus schwerer, das neue "Gleichgewicht des Terrors" zu ihren Gunsten zu überwinden, als es der Fall mit der UdSSR war. Wie vorher schon dargestellt, lag der entscheidende Vorteil der USA während des Kalten Krieges auf finanziellem Gebiet. Aber in der neuen Konfrontation ist die finanzielle Macht nicht auf Seiten der USA sondern gegen sie. Sollte der Missbrauch von historischen Vorrechten nochmals zu einem Dollarverfall führen, sind die europäischen und ostasiatischen Regierungen in einer **viel besseren Position** als vor 25 Jahren, realistische **Alternativen** zum Dollarstandard zu **entwickeln**. Der Anteil des Euros an den amtlichen Währungsreserven ist ständig gestiegen von 13,5% bei allen ausländischen Guthaben 1999 auf 19,7% im Jahre 2003. Die Wirtschaft der Eurozone ist ungefähr gleich gross wie die der USA. Im Gegensatz zu den USA ist die **Eurozone Nettogläubiger**. Dennoch sollten wir nicht vergessen, dass in diesen Angelegenheiten Trägheit die Regel ist und dass das Entthronen des Dollars nicht unbedingt erfordert, dass irgendeine andere Einzelwährung seinen Platz einnehmen muss. Wie der Economist ausführte:

„ Die Vertreibung der herrschenden Währung kann Jahre dauern. Der Sterling behielt eine zentrale internationale Rolle für mindestens ein halbes Jahrhundert, nachdem das amerikanische Bruttoinlandsprodukt am Ende des 19. Jahrhunderts das britische überholt hatte. Aber am Ende verlor er doch den Status. Falls die USA auf ihrem verschwenderischen Pfad fortschreiten, ist es wahrscheinlich, dass dem Dollar dasselbe Schicksal blüht. Aber in Zukunft wird keine Einzelwährung wie der Euro diese Rolle übernehmen. Stattdessen wird sich

die Welt auf ein **multiples Reservewährungssystem** hin entwickeln, mit Dollar, Euro, Yen (oder natürlich Yuan irgendwann in der Zukunft)...Eine langsame, kontinuierliche Verschiebung aus dem Dollar kann man handhaben. Aber falls Amerika eine solche Vernachlässigung seiner eigenen Währung an den Tag legt, würden ein **schneller Dollarverlust** und **steigende amerikanische Zinsen** folgen.⁴

Zusammengefasst mag die US Regierung meinen, dass ein sinkender Dollar nicht ein amerikanisches Problem ist, sondern eine sehr wirksame Maßnahme ist, Freunde und Feinde zu **zwingen, den US- Kriegseinsatz und das US Wirtschaftswachstum zu finanzieren**. In Wirklichkeit ist das Sinken des Dollars der 2000er Jahre Ausdruck einer viel ernsteren Krise der amerikanischen Hegemonie als der sinkende Dollar der 70er. Ob nun abrupt oder stufenweise - es ist Ausdruck und Faktor eines **relativen und absoluten Verlustes der USA, ihre zentrale Rolle in der globalen politischen Ökonomie zu erhalten**. Um das Ausmaß und das Wesen dieses Verlustes einzuschätzen, müssen wir uns konzentrieren auf das, was rückblickend als das größte Scheitern des neokonservativen Projekts erscheinen wird, die Weltherrschaft zu erlangen: das Versagen, China daran zu hindern, ein mögliches Zentrum der globalen Weltökonomie zu werden...

Übersetzung von Gerd Röder

Giovanni Arrighi: New Left Review 32/33, März/April 2005, S. 71-74: (www.newleftreview.net)

**INTERNATIONALE
KONFERENZ
IMPERIALISMUS
EMPIRE
UND HEGEMONIE
11. – 13. NOV 2005
IN BERLIN**

KAPITALISMUS RELOADED

... ist eine internationale Konferenz. Sie fragt nach der neuen Struktur des globalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen.

REFERENTEN/INNEN [u.a.] Giovanni Arrighi
Sam Ashman | Andreas Boes | Alex Callinicos
Mario Candeias | Ana Esther Cecena
Alex Demirovic | Frank Deppe | Klaus Dörre
Esra Erdem | Thomas Fritz | Peter Gowan | Joachim Hirsch | Stefanie Hürtgen | Ursula Huws | Christoph Lieber | Sandro Mezzadra | Karl-Heinz Roth
Thomas Seibert | Beverly Silver | Mag Wompele

VERANSTALTER ak analyse & kritik | Arranca
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung
Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V.
BuKo ASWW | Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler (BdWi)
Das Argument | Fantomas | FeIS | Helle Panke
Kritik & Praxis Berlin | Linksruck | PROKLA
Rosa Luxemburg Stiftung | Sand im Getriebe (attac)
Sozialismus | Sozialistische Zeitung – Soz
WISSENtransfer

INFORMATION www.kapitalismus-reloaded.de
KONTAKT info@kapitalismus-reloaded.de

³Lawrence Summers, "America Overdrown", Foreign Policy, no. 143, July-August 2004, pp. 46-9

⁴Disappearing Dollar, Economist, 2 Dec. 2004, vgl. auch Rachel Koning, CBS Market Watch, 7Sept. 2004

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

US-Atomwaffen: größte Bedrohung der Menschheit

Kassel, Hamburg, 12. September –

Die Washington Post enthüllte am 11. September 2005 ein bislang geheim gehaltenes Papier der Stabschefs des US-Militärs, das neue **Grundlagen des Einsatzes von Atomwaffen durch die USA** entwickelt und damit die zehn Jahre alte Einsatz-Doktrin ersetzen soll. Der Entwurf, der vom 15. März d.J. datiert, muss nur noch von Verteidigungsminister Rumsfeld unterzeichnet werden. [Doctrine for Joint Nuclear Operations, Final Coordination (2), 15 March 2005 JP 3-12; hier herunterladen:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/>

Die USA haben sich immer das Recht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen vorbehalten. **Der jetzige Entwurf geht aber über alle bisherigen Einsatzdoktrinen hinaus.** So nennt er zahlreiche Beispiele von Situationen, in denen Kommandeure den US-Präsidenten um eine Genehmigung des Einsatzes von Atomwaffen ersuchen können, die derart umfassend sind, daß der Einsatz letztlich nur noch dem **Gutdünken des Präsidenten** unterliegt. In dem Dokument werden folgende Beispiele genannt (Seite II-2, eigene Übersetzung):

"(a) Ein Gegner, der Massenvernichtungswaffen gegen US-, multinationale oder alliierte Streitkräfte oder Zivilbevölkerungen einsetzt oder dies vorhat.

(b) Unmittelbar bevorstehender Angriff mit gegnerischen biologischen Waffen, die nur durch die Wirkungsweise von Atomwaffen sicher vernichtet werden können.

(c) Angriffe auf gegnerische Einrichtungen einschließlich Massenvernichtungswaffen, verstärkte Bunker mit chemischen oder biologischen Waffen oder die für die gegnerische Durchführung eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen gegen die USA oder ihre Freunde und Alliierte notwendige C2-Infrastruktur [Kommando- und Kontrollstruktur].

(d) Um möglicherweise übermächtigen konventionellen Streitkräften des Gegners, einschließlich mobilen und Gebietszielen (Truppenkonzentrationen) entgegenzuwirken.

(e) Zur schnellen und günstigen Kriegsbeendigung zu US-Bedingungen.

(f) Um den Erfolg von US- und multinationalen Operationen sicherzustellen.

(g) Zur Demonstration der Absicht und Fähigkeit der USA, Atomwaffen einzusetzen, um vor dem gegnerischen Einsatz von Massenvernichtungswaffen abzuschrecken.

(h) Als Antwort auf den Einsatz von durch den Gegner gelieferten Massenvernichtungswaffen durch Stellvertreter gegen US- oder multinationale Streitkräfte oder Zivilbevölkerungen."

(Fast) alles scheint also möglich zu sein.

Vor allem die beiden zuletzt genannten Beispiele haben es in sich. Man stelle sich nur vor, die neue Doktrin wäre bereits im Jahr 2001 gültig gewesen: Atomare Schläge gegen **Kabul** oder **Bagdad** wären durchaus denkbar gewesen - mit all den verheerenden Folgen, wie sie die Welt seit **Hiroshima** und **Nagasaki** kennt. Und heute ginge die Angst um, die USA erwägen einen Atomangriff auf **Isfahan** im Iran.

Besonders perfide ist die Aussage in dem Papier, dass die USA an einer Politik der **"Zweideutigkeit"** festhalten wollen: Die genannten Beispiele sind mögliche Anlässe für den Gebrauch von Atomwaffen, sie müssen aber nicht unbedingt zu deren Gebrauch führen; andersherum soll offen bleiben, ob nicht auch unter anderen Umständen Atomwaffen eingesetzt werden können (S. VIII).

60 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki und fast 10 Jahre nach dem juristischen Gutachten des IHG in Den Haag (Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996), wonach der Einsatz von Atomwaffen völkerrechtswidrig sei, einen solchen Entwurf **überhaupt zu diskutieren**, ist an **Zynismus** kaum noch zu überbieten. Die Militärpolitik der Bush-Administration ist mit zur größten Bedrohung der Menschheit geworden.

Die Friedensbewegung fordert von der Bundesregierung und allen Parteien, sich unmissverständlich von den Atomkriegsplänen der USA zu distanzieren. Laut und deutlich muss auch die Forderung erhoben werden, **alle US-Atomwaffen von deutschem Boden zu entfernen und die nukleare Teilhabe (via NATO) aufzukündigen.**

Wenn die Zukunft der Menschheit auf dem Spiel steht, darf es keine falsche Rücksichtnahme auf den Verbündeten geben.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken, Hamburg
Peter Strutynski, Kassel

Martin Ling, Lateinamerikanische Nachrichten

Die Achse der Subversion

Chávez und Castro kontern mit ALBA auf ALCA

Kuba macht den Unterschied. Die Karibikinsel ist das einzige Land der Region, das nicht in die Planungen der von den USA initiierten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA einbezogen ist. Und Kuba ist das einzige Land, das bisher dem Gegenstück von ALCA, der ALBA-Initiative des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, bereits beigetreten ist. ALBA steht für den Traum einer sozialen Integration Amerikas, ALCA für das Ziel der beschleunigten Integration Lateinamerikas als verlängerte Werkbank und Rohstofflieferant in die Wirtschaft der USA.

Die USA wissen nicht so recht, was sie tun sollen. Ist ALBA ernst zu nehmen oder doch nur ein Witz? „Ein Witz im Vergleich zu ALCA, die einen ernsthaften Prozess darstellt, der von 34 Staaten (allen Ländern des Kontinents außer Kuba) freiwillig auf die Bahn gebracht wurde und bereits drei Mal von den Regierungen bestätigt wurde, einschließlich der von Chávez“, hieß es jüngst aus Washington über die gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA), die ihren für Jahresbeginn 2005 geplanten Start wieder

einmal auf unbestimmte Zeit verschieben musste. In der Tat ist die **Bolivarianische Alternative für die Amerikas (ALBA)** noch nicht weit gediehen. Sie ist aber auch noch jung. Erst am 14. Dezember 2004 wurde in Havanna von den Präsidenten Kubas, Fidel Castro Ruiz und Venezuelas Hugo Chávez Frías die Gründungserklärung unterzeichnet. Eine Erklärung, die ehrgeizige Ziele formuliert: ALBA hat das Ziel, die Gesellschaften der Länder Lateinamerikas und der Karibik so zu ändern, dass sie gerechter,

gebildeter, solidarischer werden und sich durch größere Mitbestimmung auszeichnen. ALBA ist als eine integrale Entwicklung zu verstehen, welche die sozialen Ungleichheiten aus dem Weg räumt, die Lebensqualität sowie eine wirksame Partizipation der Völker an der Gestaltung ihrer Zukunft fördert. Das ist Zukunftsmusik, doch in Havanna wurden auch erste konkrete Schritte zwischen Venezuela und Kuba unternommen. Mit venezolanischem Kapital wurden zwei Unternehmen gegründet. Es handelt sich um

Filialen des staatlichen Erdölkonzerns Petróleos de Venezuela (PDVSA) und der Venezolanischen Industriebank (Banco Industrial de Venezuela).

Erdöl schmiert Integration

Damit der bilaterale Handel besser floriert, wurde die Eröffnung einer Filiale der Kubanischen Außenhandelsbank in der venezolanischen Hauptstadt Caracas beschlossen und Verträge über die Lieferung von venezolanischen Produkten im Wert von 412 Millionen Dollar unterzeichnet. Zudem liefert Venezuela täglich 80.000 Barrel à 159 Liter Erdöl zu Vorzugsbedingungen nach Kuba. Im Gegenzug exportiert Kuba vor allem medizinisches Personal: Unglaubliche 20.000 kubanische Ärzte sollen inzwischen in Venezuela tätig sein. Dass der Integrationsprozess vorankommt, hat zwei zentrale Gründe: den politischen Willen auf beiden Seiten und die sprudelnden Erdöleinnahmen, die Chávez seinen politischen Vorstellungen entsprechend im Land und in der Region investiert. So haben sich Caracas und Havanna geeignet, den Plan Milagro zur Behandlung von Augenkrankheiten auf hunderttausend bedürftige Lateinamerikaner auszuweiten.

Doch nicht nur Chávez setzt auf einen verstärkten intraregionalen Handel. 196 venezolanische Firmen nutzten das ALBA-Treffen, um ihre Produkte auf dem Messegelände der EXPOCUBA auszustellen: Von Nahrungsmittelproduzenten über Kleidungs- und Schuhhersteller bis hin zu Haushalts- und Industriegerätefirmen. Wenn Chávez Castro Kredit gibt, so ihre simple Rechnung, ist das von Devisenknappheit geplagte Kuba durchaus ein lohnender Absatzort. Eine Praxis, die reiche Industriestaaten übrigens schon längst üben: mit direkten Exportsubventionen oder über indirekte Exportkreditversicherungen werden die Absatzmöglichkeiten ihrer privater Unternehmen im Ausland verbessert. Schließlich sichert das neben Profiten auch Arbeitsplätze.

Mit ALBA gegen ALCA

Die Integration mit Kuba ist für Chávez freilich nur ein Mosaikstein. „Wir müssen weit über die kubanisch-venezolanische Kooperation hinausgehen“. Im selben Atemzug bietet der venezolanische Präsident den USA und Kanada an, doch ALBA beizutreten. Denn von ALCA hält Chávez nichts: „ALCA ist dazu da, Lateinamerika zu zerstören und für immer in der Unterentwicklung zu halten.“ Töne, die in den USA nicht gut ankommen. Otto Reich, einflussreicher Lateinamerikaberater von Bush, spricht von der „Achse der Subversion.“ „Die Kombination von Castros gefährlichem Genie, seine Erfahrung mit politischer Kriegsführung und verzweifelter wirtschaftlichen Situationen und Chávez' unbegrenztes Geld und Rücksichtslosigkeit gefährden den Frieden in der

Region“, brachte Reich in einem Artikel seine Besorgnis zum Ausdruck. Castro trug Reichs Worte zur Volksbelustigung in Hannas Karl-Marx-Theater vor und auch Chávez zeigte sich amüsiert: „Wenn wir von einer Achse sprechen, dann von einer Achse, die sich in alle Richtungen ausbreitet und sich in Menschenmassen verwandelt, die aufbegehren.“

Das ist zwar übertrieben, aber das wachsende Selbstbewusstsein Lateinamerikas ist nichtsdestotrotz augenfällig. Sei es, dass erstmalig mit dem Chilenen José Miguel Insulza ein Nicht-USA-Kandidat zum Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten gewählt wurde, oder dass Chávez während der Lateinamerika-Tour der USA-Außenministerin Condoleezza Rice Ende April verbale Rückendeckung erfuhr. Der Brasilianische Präsident Lula forderte Rice auf, die Souveränität Venezuelas zu respektieren und sein chilenischer Amtskollege Lagos forderte sie zu rhetorischer Mäßigung auf. Nur in Kolumbien fand Rice' Kritik an Venezuela als regionaler Destabilisierungsfaktor überhaupt Anklang.

Integrationsbremse Auslandsverschuldung

Auch wenn ALBA noch in den Kinderschuhen steckt, kommt der Unmut der USA nicht von ungefähr. Denn das 1990 von Bush senior gestartete Projekt ALCA steckt tief in der Krise. Für Lula steht es im Moment nicht auf der Tagesordnung und sein Außenminister Celso Amorim hält es frühestens 2009 für denkbar. Seit dem letzten Treffen der Handelsminister der am Verhandlungsprozess beteiligten 34 Staaten im November 2003 herrscht de facto Stillstand. Den US-Diplomaten gelang es nicht, ihre Vorstellungen für eine gesamtamerikanische Freihandelszone durchzusetzen: Beispielsweise sollte der Investitionsschutz für Unternehmen, nach Vorbild von Kapitel 11 des NAFTA-Abkommens, über die gesetzgeberischen Rechte der Nationalstaaten gestellt werden. Unternehmen sind demnach schadensersatzberechtigt, wenn sich durch Gesetzesänderungen Profiteinbußen ergeben. Des Weiteren sollten die Bestimmungen über geistiges Eigentum verschärft werden und im öffentlichen Beschaffungswesen sollen die lateinamerikanischen Staaten nicht mehr nationale Unternehmen bevorzugt behandeln dürfen. Nichts von letzteren Punkten findet sich im ausgehandelten Rahmenabkommen, das eigentlich seit Anfang 2005 mit Leben erfüllt werden sollte.

Die USA machen derweil ihre Drohung wahr, mit den weniger widerstandsfähigen oder -willigen Ländern Abkommen zu schließen. Bereits abgeschlossen ist das zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit Honduras, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica, das im Juni und Juli von US-Repräsentantenhaus und Senat rati-

fiziert werden soll. Die Strategie der USA hatte der Vorgänger des neuen Handelsbeauftragten Rob Portman, Robert Zoellick in seinem Bericht gegenüber dem Kongress offen benannt: „Tagein und tagaus arbeitet die US-Regierung aggressiv daran, abzuschern, dass Handelshindernisse für US-amerikanische Güter und Dienstleistungen beseitigt werden (...) Die Durchsetzung existierender Freihandelsabkommen ist ein vitaler Beitrag dazu, neue Freihandelsabkommen zu schaffen.“ Die von den USA vorangetriebene Deregulierung dient letztlich der Durchsetzung eines Wirtschaftsprogrammes für den ganzen Kontinent, das US-Konzerne begünstigt. Das ist das Konzept der ALCA.

Gleichberechtigung ist das Ziel

Das Konzept von ALBA sieht eine gleichberechtigte Integration vor. »Das 21. Jahrhundert sieht uns vereint oder beherrscht.« Diese These vertritt der venezolanische Präsident Hugo Chávez und er handelt danach. Sein strategisches Mittel: der Erdölreichtum Venezuelas. Seine strategischen Partner: Kubas Präsident Fidel Castro, Brasiliens Präsident Lula, und Argentinien's Präsident Néstor Kirchner. Mit Argentinien hat Venezuela Anfang Juli 2004 eine strategische Zusammenarbeit im Energiesektor beschlossen. Eine Zusammenarbeit, die schließlich in die wirtschaftliche, soziale und politische Integration münden soll, so jedenfalls das ehrgeizige Ziel.

So weit gehen die Vereinbarungen Venezuelas mit anderen lateinamerikanischen Staaten außer Kuba noch nicht, doch in Sachen Energie schreitet die Zusammenarbeit voran. Das Interesse an venezolanischem Erdöl, aber auch venezolanischer Technologie ist groß – ob in Kuba, Bolivien, Trinidad oder auch Brasilien. Die Integration in Lateinamerika kommt derzeit voran, weil sie politisch gewollt ist. Doch damit sie nachhaltig Fuß fassen kann, bedarf es mehr als einer Kooperation im Energiesektor und eines Ausbaus des Süd-Süd-Handels, dessen Dynamik durch den Zwang zur Devisenmaximierung der hochverschuldeten Länder begrenzt wird. Die lateinamerikanischen Staaten müssen die Auslandsverschuldung gemeinsam auf die Tagesordnung bringen und gemeinsam auf eine tragfähige Lösung dringen. Bleibt die Auslandsverschuldung in den jetzigen Dimensionen bestehen, sind alle realwirtschaftlichen Integrationsfortschritte auf Sand gebaut. Die Zeit drängt, denn dass gleichzeitig in Brasilien, Argentinien und Venezuela progressive Regierungen im Amt sind, ist eine historische Ausnahmesituation. Sie gilt es zu nutzen und ALBA könnte ein Anfang sein.

<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?artikel/633.html>

Ausgabe: Nummer 373/374 - Juli/August 2005

Dario Azzellini

»Al Bolívar« gegen CNN

Am 24. Juli ging von Venezuela aus ein neues lateinamerikanisches Fernsehprogramm auf Sendung: teleSUR macht mit alternativen Inhalten US-Gigantem Konkurrenz

»Unser Norden ist der Süden«, so lautet die Losung des von Venezuela lancierten Satellitenfernsehens teleSUR. Das Wortspiel hat eine doppelte Bedeutung: »Norden« bezeichnet im Spanischen nicht nur die Himmelsrichtung, sondern steht synonym auch für »Orientierung« oder »Ziel«. Bei solcher Symbolik überließ man auch das Datum des Sendeauftakts nicht dem Zufall. Am 24. Juli wird zugleich der 222. Geburtstag von Simón Bolívar gefeiert, der den Subkontinent von der spanischen Kolonialmacht befreien wollte. Und auch die Direktoren des Senders stammen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Programmdirektor ist der seit 1986 in Venezuela lebende Uruguayer Aram Aharonian, als Präsident fungiert der venezolanische Kommunikationsminister Andrés Izarra. Daneben tragen Ana de Skalon vom Sender Kanal 7 aus Buenos Aires, Beto Almeida von der Journalistenvereinigung Brasiliens, Ovidio Cabrera, Exvizedirektor des kubanischen Radios und Fernsehens, und der kolumbianische Journalist Jorge Botero Verantwortung.

Strategisches Projekt

»TeleSUR ist ein strategisches Projekt, das aus der Nowendigkeit geboren wurde, den Lateinamerikanern eine Stimme zu geben«, erklärt Aram Aharonian. Unternehmen aus den USA und den Staaten der EU kontrollierten rund 90 Prozent der weltweit zirkulierenden Informationen. Von den 300 größten Medienunternehmen der Welt stammen 144 aus den USA, 80 aus der EU und 49 aus Japan.

»CNN des Südens« wird teleSUR manchmal genannt, oder auch »Al Bolívar« in Anlehnung an Al Dschasira. Aber die Vergleiche hinken, vor allem jener mit dem US-amerikanischen Propagandakanal. TeleSUR will zwar erklärtermaßen dem Informationsgiganten CNN das Publikum streitig machen, doch mit einem gänzlich anderen Charakter. Es wird das »erste gegenhegemoniale TV-Kommunikationsprojekt in Südamerika«, so Aharonian. Tatsächlich kommt dem Sender schon wegen der Reichweite eine besondere Rolle zu. Allein die an teleSUR

beteiligten Länder haben zusammen 240 Millionen Einwohner, Lateinamerika insgesamt 520 Millionen.

Als Schwerpunkte der Berichterstattung durch den neuen Sender wurden unter anderem das gesamtamerikanische Freihandelsabkommen FTAA/ALCA, die von Venezuela vorgeschlagene »Bolivarische Alternative für Amerika« (ALBA) sowie die US-Präsenz und zunehmende Militarisierung Lateinamerikas genannt. Raum sollen auch Themen wie Auslandsschulden, Wahlen, Kampf um Wasser, genmanipuliertes Saatgut, Migration und soziale Bewegungen erhalten. In Interviews sollen jene zu Wort kommen, die in kommerziellen Medien keinen Platz finden. »Pluralismus ist die oberste Leitlinie des Senders«, sagen die Gründer.

TeleSUR soll sich aber auch in der Ästhetik, Kameraführung und Vermittlung der Information von kommerziellen Sendern unterscheiden. Direktoriumsmitglied Jorge Botero sieht auf dem Subkontinent »tausende Produzenten von Dokumentarfilmen und Fernsehprogrammen, die sehr originales Material herstellen und keine Chance haben, in die Massenmedien zu kommen. Wir wollen alle diese Leute«. Daher wurde zeitgleich mit teleSUR auch die Organisation »Lateinamerikanische Fabrik der Inhalte« (FLACO) gegründet. Sie soll entsprechende Produktionen fördern, jedoch nicht mit eigenen Beiträgen, sondern indem sie als Netzwerk der vielen unabhängigen lateinamerikanischen Filmproduktionen funktioniert.

Hysterische Reaktionen

Doch der neue Sender hat nicht nur Freunde. In Kolumbien sorgte ein Trailer für eine teleSUR-Dokumentarfilm-Sparte, der in den letzten Wochen über den Bildschirm flimmerte, für geradezu hysterische Reaktionen. Für Reportagen- oder Nachrichtenprogramme nicht unüblich, sind verschiedene Szenen von Demonstrationen, Protesten und Staatsereignissen zu sehen. Für nicht einmal zwei Sekunden ist auch eine Seitenaufnahme von »Tirofijo«, dem Anführer der kolumbianischen Guerilla »Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens« (FARC), im Bild. »Apologie von Terrorismus« beklagte darauf die rechte kolumbianische Tageszeitung El Tiempo. Bisweilen treibt diese Hysterie seltsame Blüten: In einer kurzen Sequenz mit einer singende Frau hinter einem Duschvorhang

sei »ETA! ETA! ETA!« zu hören gewesen sein, schrieb El Tiempo, um dies als Hinweis auf die terroristischen Tendenzen des Senders zu deuten. Tatsächlich handelte es sich um ein harmloses Lied des Brasilianers Caetano Veloso.

TeleSUR: Infos aus und für Lateinamerika

Wenn teleSUR am 24. Juli die Ausstrahlung über Satellit aufnimmt, dann ist das ein Ergebnis vierjähriger Vorbereitungen. Die Idee für den »multistaatlichen« Kanal, mit vollem Namen »Neues Fernsehen des Südens AG« (Nueva Televisión del Sur S. A.), entstand in Venezuela, sein Hauptsitz liegt in Caracas. Zunächst von Venezuela aufgebaut, haben sich mittlerweile auch Argentinien, Kuba und Uruguay mit unterschiedlich hohen Quoten in das Projekt »eingekauft«. Brasilien hat eine Zusammenarbeit ohne einen festen Anteil vereinbart. Teilhaber sind aber nicht die Regierungen, sondern der Staat. Gemäß des Konzeptes sollen nicht Programme der diversen Staatskanäle gesendet werden, sondern vorwiegend Sendungen unabhängiger Produzenten.

TeleSUR wird 24 Stunden täglich senden und einen medialen Beitrag zur Integration Lateinamerikas leisten. Das Programm wird sich vorwiegend auf Lateinamerika und die Karibik konzentrieren. Die Sendestruktur besteht aus einem Morgenmagazin, Nachrichten, Analysen, Chroniken, Reportagen, Interviews und Dokumentarfilmen. Spezielle Programme beschäftigen sich mit Themen wie städtischem Leben in Lateinamerika, der Landfrage, traditioneller und moderner lateinamerikanischer Musik, lateinamerikanischem Kino, unabhängigen Produktionen aus anderen Regionen der Welt und sozialen Kämpfen. So soll es nicht nur um politische Themen gehen, sondern auch um die regionale Kunst, Kultur, Geschichte, Geographie und Natur. Korrespondenten berichten aus Bogota, Brasilia, Buenos Aires, Caracas, Mexiko-Stadt, Havanna, Montevideo, La Paz und Washington. Zusätzlich existiert ein kontinentales Mitarbeiternetz.

Zu empfangen ist teleSUR in Süd-, Mittel- und Nordamerika, der Karibik, Westeuropa und Nordafrika über den NSS-Satellit (New Skies Satellite) 806.

<http://www.jungewelt.de/2005/07-23/006.php>

Selbstorganisationsversuche in Zeiten des Imperiums Die „Dritte Welt“ in der WTO

Das Ende des kalten Krieges war gleichbedeutend mit dem Ende der machtpolitischen Bipolarität im internationalen System. An die Stelle der Systemkonkurrenz trat die unipolare Dominanz der einzig verbliebenen Supermacht USA. Mit der Herausbildung dieser imperialen Konfiguration wurde de facto auch die Stelle des „Dritten Weges“ zwischen den Blöcken obsolet: die Bewegung der Blockfreien. Mit der ersten großen Konferenz von Entwicklungsländern in der Geschichte überhaupt, 1955 in Bandung, hatte sich heute vor exakt 50 Jahren, ein Prozess angebahnt, in dem sich die Entwicklungsländer als eigenständiger Akteur zwischen NATO und Warschauer Pakt zu konstituieren versuchten. In der UNO wurden die Gruppe der 77 – heute 132 Länder – daraus.

Niedergang der Blockfreien

Ihre größte Bedeutung hatten die Blockfreien in den sechziger und siebziger Jahren. Mit der Forderung nach einer „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ (NIWO) übten sie beträchtlichen Einfluss auf die Agenda der Nord-Süd-Beziehungen aus. Unter Ausnutzung der Systemkonkurrenz besaßen sie einigen politischen Spielraum zur Verfolgung ihrer Interessen. Der Nord-Süd-Dialog war institutionalisiert, und auf internationalen Konferenzen wurden ernsthaft Dinge diskutiert, wie die politische Regulierung von Transnationalen Konzernen oder die Bildung von Rohstoffkartellen, die heute jedem Zeitgeistigen die Haare zu Berge stehen lassen.

Die Blockfreienbewegung existiert formal noch immer. Es finden sogar noch Konferenzen statt – zuletzt 2000 in Havanna und 2003 in Kuala Lumpur. Von ihrem politischen Gewicht her ist sie jedoch nur noch ein Schatten ihrer selbst. Dabei hatte der Abstieg bereits vor dem Ende des Ostblocks begonnen. Schuldenkrise, Strukturanpassung, die neoliberale Hegemonie in Theorie und Praxis aber auch die zunehmenden Differenzierungsprozesse untereinander, hatten die Hoffnungen auf eine starke Gegenmacht des Südens zu nichte gemacht. Unter dem ideologischen Label des Washington Konsenses setzte sich jener neue Typ transnationalen Kapi-

talismus' nun auch überall im Süden durch, der gemeinhin als Globalisierung bezeichnet wird.

Der Prozess ging einher mit der Schwächung der UNO, der Herabstufung der UNCTAD auf ein Beratungsorgan, die Liquidierung des UN-Centers für TNCs, der Uruguay-Handelsrunde, bei denen die Entwicklungsländer so gut wie nichts zu melden hatten. Er führte schließlich zur Etablierung einer Welthandelsorganisation, die nun zusammen mit IWF und Weltbank die unheilige Dreieinigkeit neoliberaler Global Governance bildet. In den neunziger Jahren schien der Triumph der Märkte perfekt. Der Süden war als handlungsfähiger Akteur in der Weltpolitik desorganisiert und zur Bedeutungslosigkeit zerfallen.

Neue Selbstorganisationsversuche

Dann kam Seattle. Neben Streitigkeiten in der G2 (USA und EU) und den spektakulären Protesten auf der Straße war der Widerstand der Entwicklungsländer der dritte und beileibe nicht geringste Faktor für das Platzen der Konferenz. Was sich in Seattle angedeutet hatte, ein selbstbewussteres Auftreten des Südens, sollte sich im weiteren Verlauf der Verhandlungsrunde zu systematischen Versuchen der Selbstorganisation mausern.

Zwar stand die WTO-Ministerkonferenz im feudalistischen Scheitern Doha noch ganz unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September, aber die Entwicklungsländer nahmen den ursprünglich als Public Relations gedachten Titel Entwicklungsrunde ernst und unterstrichen im weiteren Prozess hin zur Konferenz in Cancún 2004 ihren Willen, mitreden und –entscheiden zu wollen. Sie organisierten sich kontinuierlich und systematisch.

Dabei gibt es drei Typen von Organisation:

- die Belebung von formal anerkannten Ländergruppen wie LDCs,
- die Bildung informeller Gruppen um gemeinsame Interessen, wie die G20 und
- die Vernetzung dieser unterschiedlichen Gruppen zu übergreifenden Allianzen

Zur ersten Gruppe gehören neben den LDCs (Least Developed Countries 1) die Afrikanische Gruppe (AU=African Union²), die AKP-Staaten³ und die CARICOM⁴

Es handelt sich bei diesen Ländergruppen zunächst um formale Kategorisierungen, die schon seit längerem bestehen. Das interessante im Hinblick auf die Verhandlungen in der WTO ist nun, dass diese Gruppen jetzt politische Handlungsfähigkeit entwickelten.

Handlungsfähigkeit bedeutet u.a.:

- regelmäßige gemeinsame Treffen und Absprachen,
- gemeinsame Organisation und Nutzung von technischem Know How und Expertise,
- Poolbildung bei materiellen Ressourcen (Geld, Personal, Infrastruktur)
- Etablierung fester Strukturen (z.B. Exekutivsekretariat, Gruppensprecher etc.),
- Etablierung von internen Entscheidungsverfahren,
- gemeinsame Verhandlungsposition und gemeinsame Intervention in den Verhandlungsprozess,
- eigenständige Öffentlichkeits- und Medienarbeit,
- Abstimmung und Kooperation mit anderen Gruppen,
- Kooperation mit Zivilgesellschaft.

¹ 49 Länder, davon 30 WTO-Mitglied, 9 in Beitrittsverhandlungen und 2 mit Beobachterstatus

² Die AU hat 52 Mitgliedsländer, von denen 38 WTO-Mitglied sind.

³ AKP= Asien, Karibik, Pazifik. Ursprünglich aus der Lomé-Konvention entstanden, dem Abkommen zwischen der EU und vorwiegend ehemaligen Kolonien der Europäer. Lomé war der Versuch, durch aus heutiger Sicht weitreichenden Zugeständnissen an die betreffenden Entwicklungsländer den Forderungen nach einer NIWO den Wind aus den Segeln zu nehmen)

⁴ Caribbean Community, Zusammenschluss der 15 Karibik Staaten: Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad Tobago. Der größte Karibik-Staat, Kuba, ist nicht Mitglied.

Für die großen Spieler in der WTO sind dies alles Selbstverständlichkeiten, für die meisten Entwicklungsländer bedeuten sie jedoch eine enorme Anstrengung. Die CARICOM hat dazu schon in den neunziger Jahren einen eigenen Apparat mit dem treffenden Namen CARICOM Regional Negotiating Machinery (CRNM) aufgebaut. Obwohl nicht Mitglied der CARICOM ist Kuba an der Verhandlungsmaschinerie beteiligt.

Das spektakulärste Beispiel für die Bildung informeller Gruppen von Entwicklungsländern in der WTO, die sich um spezielle Interessen herum kristallisieren, ist die G20. Sie besteht aus emerging markets und großen Entwicklungsländern, darunter China, Indien, Brasilien, Argentinien und Südafrika.⁵ Machtpolitisch ist das ein schwergewichtiger Block. Wie ernst die Industrieländer die Selbstorganisation nehmen wird daran deutlich, dass die USA eine Reihe von Mitgliedern der Gruppe so unter Druck setzten, dass Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Ecuador, El Salvador, Peru und Thailand die Allianz wieder verließen.

Hauptanliegen der Gruppe ist das Agrartheme. Angesichts der Bedeutung des Agrarsektors für Entwicklung, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung wurden die USA, die EU und Japan unter starken Druck gesetzt, auf diesem Feld Zugeständnisse zu machen, vor allem bei Marktzugangsbeschränkungen und Subventionen. Gleichzeitig setzte sich die Gruppe nicht nur für Forderungen in der Sache ein, sondern verlangte auch Veränderungen im Verfahren, z.B. die Nennung fester Zeitziele für Subventionsabbau etc.

Weitere informelle Gruppen dieser Art waren oder sind die

- G90, ein sehr große Gruppe, die sich dagegen wandte, die sog. Singapur Themen auf die Tagesordnung der WTO zu setzen. Insbesondere die EU wollte die ohnehin schon umfangreiche und hochkomplexe Agenda der Verhandlungen um Themen wie Investitionen und öffentliches Beschaffungswesen erweitern. Es gelang der G90, dies zu verhindern.
- SP/SSM Allianz.⁶ SP steht für special

⁵ Weitere Mitglieder: Bolivien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Pakistan, Paraguay, Peru, Philippinen, Thailand, Venezuela, Ägypten, Indonesien, Nigeria.

⁶ Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Botswana, Kuba, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Honduras, Indonesien, Jamaika, Kenia, Mongolei, Montserrat, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Panama, Philippinen, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Suri-

products und SSM für special safeguard mechanism. Beides bezieht sich darauf, dass bestimmte Agrarprodukte, z.B. solche, bei denen eine hohe Exportabhängigkeit besteht, von der Liberalisierung ausgenommen, bzw. durch spezifische Mechanismen geschützt werden können.

Die formellen und informellen Gruppen haben sich in unterschiedlichen Konstellationen zu übergreifenden Allianzen vernetzt. Sie erzielten auf diese Weise Zugeständnisse, z.B. im Bereich TRIPS (Handel mit intellektuellen Eigentumsrechten, wie Patente), wo sie bei Medikamenten gegen AIDS das Recht durchsetzten, in begründeten Notfällen Generika selbst herstellen können, oder bei Ausnahmeregeln für Entwicklungsländer (special and differential treatment).

Zusammengenommen führten die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen zu Einzelerfolgen in Verfahrens- und in Sachfragen. Vor allem aber führten sie zum Erfolg von Cancún, der aus westlicher Perspektive als Scheitern bezeichnet wurde – aus der Interessenlage der Industrieländer zurecht, denn sie konnten nun nicht mehr allein die Richtung bestimmen. Für die Entwicklungsländer war Cancún jedoch Ausdruck für das neu gewonnene Gewicht des Südens. Die Dominanz des Nordens, insbesondere der G2, wurde deutlich eingeschränkt, und, wie der Verhandlungsverlauf zeigt, wurden inzwischen weitere Zugeständnisse vor allem in den Agrarverhandlungen erzielt.

Strukturelle Hintergründe

Die erfolgreichen Selbstorganisationsversuche des Südens in der WTO sind weder Zufall noch dürften sie nur vorübergehender Natur sein. Vielmehr scheinen ihnen einige tieferliegende Prozesse zugrunde zu liegen. Dazu gehören:

- das Scheitern des neoliberalen Entwicklungsmodells auf breiter Front. Die Versprechungen, dass nach der Krise des keynesianischen, staatszentrierten Entwicklungsmodells die Märkte und die Privaten jetzt alles besser machen würden, haben sich angesichts der Realität als hohle Ideologie erwiesen. Der Neoliberalismus hat inzwischen bis in zahlreiche Regierungen hinein dramatische Akzeptanzprobleme,
- die Krisen, die nach den ersten Wellen der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ausbrachen und dabei vor allem die Finanzkrisen, in die selbst scheinbar erfolgreiche emerging markets gerieten. So die Mexiko-Krise

nam, Tansania, Trinidad Tobago, Türkei, Uganda, Venezuela, Sambia, Zimbabwe.

1994, die Asienkrise 1997/98 und die Crashes in Brasilien, der Türkei und Argentinien,

- der ökonomische und politische Aufstieg von China und Indien in die Gruppe der Großmächte. Zwar wird damit die unipolare Dominanz der USA nicht gebrochen, die Anzahl jener Mächte aber, die quasi in der zweiten Reihe
- die Tatsache, dass China und Indien zudem die einzigen emerging markets waren, die von den Krisen so gut wie nicht erfasst wurden. Das war kein Zufall, waren sie doch gerade nicht den neoliberalen Rezepten gefolgt, sondern hatten mit staatlicher Regulierung, Industriepolitik, selektivem Protektionismus, selektiver Marktöffnung und anderen Instrumenten operiert, die die Marktdoktrinen in ihr Gruselkabinett des Staatsinterventionismus hatten verbannen wollen.

Auf diesem Hintergrund hat sich zwar keine grundlegenden Wende, aber doch eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Südens ergeben. Dabei ist es kein Zufall, dass dies in der WTO geschah. Zum einen war die WTO von vorneherein als Liberalisierungsdampfwalze konzipiert und musste daher zwangsläufig mit ernst gemeinten Entwicklungsinteressen kollidieren. Denn wirkliche Entwicklung und ehrliche Bemühungen um die Abschaffung von Armut und Elend und der Schutz der natürlichen Umwelt stehen grundsätzlich quer zur Dynamik der Kapitalverwertung.

Zum anderen aber ist die WTO im Prinzip insofern vergleichsweise demokratisch, als formal das Prinzip ein Land eine Stimme gilt. Zwar ist der Multilateralismus der WTO in der Praxis machtpolitisch deformiert und durch informelle Hegemonialstrukturen durchzogen, aber dennoch konnten die Entwicklungsländer durch erfolgreiche Selbstorganisation selbst einige informelle Mechanismen der Macht nutzen, um diese dann auch in formellen Einfluss umzumünzen.

Möglichkeiten und Grenzen der Selbstorganisation des Südens

Es ist möglich, dass die relativ erfolgreichen Selbstorganisationsprozesse in der WTO als Katalysator dafür wirken, dass der Süden auch in anderen Institutionen und auf anderen Politikfeldern sich stärker organisiert. Allerdings nicht gleich und nicht überall. Für IWF und Weltbank z.B. besteht diese Möglichkeit gegenwärtig nicht. Denn dort ist selbst formell die Dominanz der Industrieländer im allgemeinen und die der USA im besonderen festgeschrieben. Demokratisierungsversuche sind bisher alle im Keim erstickt wor-

den. Wichtiger aber ist, dass im Handel das Ausmaß der realen Abhängigkeit der Industrieländer, vorne weg bei strategischen Rohstoffen, unvergleichlich viel höher ist, als im Finanzsystem. Die Finanzmärkte können gut ohne den Süden funktionieren, die Gütermärkte nicht. Insofern sind die materiellen Voraussetzungen für Veränderung der Internationalen Finanzinstitutionen von innen heraus sehr ungünstig.

Hinzukommt, dass Entwicklungsländer nicht nur gemeinsame Probleme und Interessen haben, sondern sich gleichzeitig auch untereinander ausdifferenzieren. DER Süden als homogener Block schlechthin war selbst in den Hochzeiten der Blockfreien ein Mythos. Seither haben sich die Differenzierungen vertieft. Der Abstand zwischen China und Burkina Faso ist heute größer als in den Siebzigern. Last but not least sind die Selbstorganisationsprozesse in der WTO auf sehr enge Interessenkonstellationen beschränkt. Allianzen lösen sich nach Erreichung eines Teilziels wieder auf. Parallel dazu werden Widersprüche ebenso nach jeweiliger na-

tionaler Interessenlage ausgetragen. Insofern könnte die Entwicklung in der WTO eher als eine Normalisierung interpretiert werden, wie sie in Verhandlungen zwischen unterschiedlichen Interessen, z.B. unter OECD-Ländern oder in der G8 üblich sind. Das ist nicht wenig im Vergleich zu der extremen Asymmetrie im gegenwärtigen System. Aber es wäre eine Illusion zu erwarten, hier bilde sich eine Gegenmacht mit strategischer Perspektive heraus, die nach grundsätzlichen Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft strebt.

Schließlich sind auch die jüngsten Selbstorganisationsprozesse Zusammenschlüsse auf Regierungsebene, d.h. sie basieren primär auf den Interessen der ökonomischen und politischen Eliten der Entwicklungsländer. Der transnationale Kapitalismus schafft zudem parallel zur Verschärfung des Wettbewerbs auch zunehmend eine transnationale Interessenidentität der herrschenden Klassen.

Demgegenüber ist festzuhalten, dass unter der Differenzierung zwischen Nord und Süd, bzw. Industrie- und Entwicklungs-

ländern Strukturen liegen, die weitaus prägender und geschichtsmächtiger sind, nämlich: oben und unten, Herrschaft und Ausbeutung von Mensch und Natur, soziale Polarisierung und Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen. Kurzum, die entscheidenden Frontlinien für eine emanzipatorische Strategie verläuft zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden. Veränderungen werden hier primär nur durch soziale Bewegung – und im Zeitalter der Globalisierung heißt das transnationale soziale Bewegung – möglich. Damit werden die Selbstorganisationsprozesse auf Regierungsebene nicht bedeutungslos. Sie müssen trotz ihrer Begrenztheit als Anknüpfungspunkt für die Zurückdrängung des Trends zu einem globalisierten Manchesterkapitalismus und weitergehende Transformationsprozesse genutzt werden.

Der Autor ist Mitarbeiter von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac.

Erschienen in iz3w Nr. 287

Lamy: "Freihandels-Falke und Vertreter von Konzerninteressen"

Attac befürchtet von neuem WTO-Generaldirektor Pascal Lamy verschärften Kurs gegen Länder des Südens

Attac Deutschland Pressemitteilung
Frankfurt, 31. August 2005

Der ehemalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy, der am 1. September das Amt des WTO-Generaldirektors übernimmt, wird nach Ansicht des globalisierungskritischen Netzwerks Attac den Druck auf die Länder des Südens in den laufenden WTO-Verhandlungen massiv verstärken. "Mit Pascal Lamy kommt ein Freihandels-Falke an die Spitze der Welthandelsorganisation, der sich in der Vergangenheit als aggressiver Vertreter europäischer Konzerninteressen bewiesen hat", sagte Inga Nüthen von der Attac-AG Welthandel. In der Öffentlichkeit präsentiert Lamy sich gern als Freund der Entwicklungsländer, doch seit der WTO-Ministerkonferenz in Cancún im Jahr 2003, die aufgrund des Widerstands der Länder des Südens abgebrochen wurde, habe er hartnäckig darauf hingearbeitet, die Gruppen der Entwicklungsländer zu

spalten und zu schwächen.

Bis zum nächsten WTO-Gipfel vom 13. bis 18. Dezember 2005 in Hongkong werde der Druck weiter zunehmen, so Nüthen: "Die Menschen im Süden zählen darauf, dass wir mit unserem Protest dazu beitragen, auch Hongkong platzen zu lassen." Ramon Bultron von der Hong Kong Peoples' Alliance ergänzt: "Es ist nicht zu erwarten, dass es in der WTO unter der Ägide von Lamy zu einer entwicklungsfreundlichen Agenda kommt, stattdessen wird eine Verschärfung der Abkommen katastrophale Konsequenzen für die Armen weltweit haben."

Als EU-Handelskommissar war Lamy unter anderem dadurch aufgefallen, dass er Forderungen der europäischen Industrieverbände eins zu eins als Verhandlungsposition der EU übernahm (Zitat gegenüber der Ernährungsindustrie 1999: "Dank dieser klaren Positionen wissen wir Verhandlungsführer, welche Richtung wir ein-

schlagen sollten.") Durch seine frühere Tätigkeit als Generaldirektor der französischen Großbank Crédit Lyonnais verfügt er über gute Kontakte zum Finanzsektor; auch mit den übrigen der mehr als 1000 in Brüssel ansässigen Lobbyorganisationen und -firmen arbeitete Lamy eng zusammen.

In seiner Amtszeit als Handelskommissar stellte Lamy demonstrativ seine Bereitschaft für Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen heraus. Dabei handele es sich jedoch um Täuschungsmanöver, sagte Inga Nüthen: "Lamys so genannter Dialog ist in Wahrheit ein Monolog: Mit folgenlosen Gesprächen wird Offenheit vorgetäuscht, kritische Positionen von NGOs und sozialen Bewegungen werden ausgegrenzt."

Weitere Informationen: Hintergrundpapier über Pascal Lamy:

<http://www.attac.de/wto/lamy0805.php>

SiG-Artikel über die WTO:

Nr. 25: Schwerpunkt „Von Evian nach Cancún“ (30 Seiten)

Nr. 26: Auswertung von Cancún-Treffen (Maria Mies: In Cancún zeigten die Entwicklungsländer gewachsenes selbstbewußtsein/ Thomas Fritz: WTO entgleist in Cancun / Anne Friebel: Reaktionen der Presse)

Nr. 37: (u.a. W. Bello und A. Kwa: Die Geschichte hinter dem Triumph Washingtons in Genf)

Nr. 43: (Die WTO entmachten oder für fairere Regeln im Welthandelsregime kämpfen? Interview von N. Bullard und M. Khor)

Aggressive Haltung der EU bei den WTO-Verhandlungen

Beitrag auf der Eröffnungskonferenz zum "General Council of Peoples", Genf, 26. Juli 2005

Die Liberalisierung verschiedener Bereiche und insbesondere im Dienstleistungssektor steht im Zentrum der in Europa vorangetriebenen Politik. Diese entfaltet sich auf mehreren Ebenen:

- Liberalisierungen durch einzelne Staaten
- Liberalisierungen durch die Europäische Union
- Liberalisierungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).

Wenn eines dieser Instrumente die Erwartungen nicht schnell genug erfüllt, so wird ein anderes herangezogen, wobei die Verfechter der Liberalisierung jeweils idealerweise alle Ebenen gleichzeitig bearbeiten. Daher ist es sehr wichtig zu verstehen, wie diese drei Ebenen zusammenspielen, so dass wir als BürgerInnen und AktivistInnen unsere Aufgaben wahrnehmen können. Wir müssen den Zusammenhang zwischen diesen verschiedenen Dimensionen immer wieder herstellen.

Einige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union handeln schneller als andere: Allen voran Großbritannien mit der Liberalisierung des Verkehrs-, Gesundheits-, Telekommunikations- und Finanzsystems, gefolgt von den anderen EU-Ländern, die sich mit der Liberalisierung von Gesundheitsleistungen, Altersversorgung, Post- und Finanzdienstleistungen auch nicht zurückhalten, bis hin zur fast gänzlichen Liberalisierung des Verkehrssystems in Italien, Spanien, Frankreich. Die Liberalisierungen betreffen sogar die skandinavischen Länder, von denen man diese Art Ideologie nicht annehmen würde: Auch sie sind bereits weit in diese Richtung vorangeschritten.

Entsprechend den jeweiligen Rhythmen und lokalpolitischen Gegebenheiten wird überall in Europa immer mehr liberalisiert. Mit welcher Berechtigung?

Liberalisierungen geschehen nicht nur, weil sie zu Privatisierungen führen, die sich meist sehr vorteilhaft für die Freunde der betreffenden Regierung auswir-

ken, sondern auch im Namen von Effizienz, besserem Management und Einsparungen öffentlicher Mittel.

Es ist bekannt, dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht.

Das Beispiel der Liberalisierung der Gesundheitswesens ist aufschlussreich: Um welche Effizienz handelt es sich, wenn PatientInnen aus England nach Frankreich zur Behandlung kommen? Welche Effizienz im Hinblick auf medizinische Leistungen und gleichen Zugang ist gemeint, wenn Menschen aus Österreich Zahnbehandlungen in Ungarn machen lassen?

Und es geht nicht nur um das Gesundheitswesen: **Der Eisenbahnverkehr** ist auch ein "gutes", d.h. ein verheerendes Beispiel. Von welcher Effizienz ist angesichts der katastrophalen Verschlechterung von Sicherheit und Tarifen im Rahmen der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Großbritannien die Rede? Wie viele tödliche Unfälle sind noch nötig, um den Nutzen einer "Effizienz" zu beweisen, die kontinental umgesetzt werden soll, wie es die EU-Richtlinien von Jacques Barrot, dem für Verkehr zuständigen Europakommissar aus Frankreich, vorsehen? Welche Effizienz ist gemeint, wenn das staatliche französische Unternehmen zur Energieproduktion und -verteilung, das auf der ganzen Welt eine kostenintensive und in sozialer Hinsicht katastrophale Expansionspolitik im Namen der Eroberung neuer Märkte betrieben hat, für Kapitalbeteiligungen geöffnet wird?

Ich gehe nicht weiter auf nationale und lokale Aspekte ein, obwohl sie natürlich entscheidend sind. Ich möchte vor allem den **Zusammenhang zwischen diesen Liberalisierungen/Privatisierungen und der Politik der Europäischen Union sowie letztendlich der WTO** aufzeigen.

Es ist offenkundig, dass die Europäische Union eine Alibirolle spielt und als Instrument für die Liberalisierungspolitik dient.

Die EU ist ein **Alibi** für die nationalen Behörden, welche Privatisierungen vorantreiben, indem sie auf den Liberalisierungsdruck seitens der EU hinweisen – obwohl die politischen Entscheidungen der Union von den Regierungen der Mitgliedsstaaten getroffen werden.

Die EU ist **auch ein Instrument**, denn durch sie können Reformen (d.h. liberale Gegenreformen) ohne Konfrontation mit nationalen Problemen vorangetrieben werden, wie es Romani Prodi, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, zusammenfassend formulierte. Damit ist die Europäische Union eine Maschine zur Umgehung der Bevölkerung, zur Vermeidung von Auseinandersetzungen und zur Durchsetzung einer Politik, die auf massive Ablehnung stößt (manchmal freilich setzt sich die politische Realität dennoch durch, beispielsweise wenn das Projekt einer liberalen europäischen "Verfassung" in einigen Ländern verworfen wird).

Faktisch hängen die Entwicklungen in der WTO maßgeblich von der Haltung der EU ab. Es springt also ins Auge, dass die Europäische Union eine wesentliche Triebkraft der im Rahmen von WTO-Abkommen beschlossenen Liberalisierungspolitik ist.

Dies ist insbesondere bezüglich Liberalisierung des Dienstleistungssektors frappant. **Die EU tritt im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen GATS, aber auch beim NAMA (Marktzugang für nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse) äußerst aggressiv auf.**

Diese aggressive Haltung der EU zeigt sich in zweierlei Hinsicht:

Die EU schlägt eine Änderung der Regeln für die Verhandlungen vor, so dass diese trotz der Ablehnung der meisten Länder vorangetrieben werden könnten. Die EU-Kommission hält die Angebote, die im Rahmen der Liberalisierungsforderungen und -Angebote gemacht wurden, für nicht ausreichend. Zu wenige Staaten haben überhaupt Angebote un-

terbreitet, die zudem den Ansprüchen der Kommission offenbar nicht genügen. Infolgedessen hat die EU-Kommission am Treffen des WTO-Generalrats im Juli 2005 einen neuen Ansatz für die Verhandlungen vorge schlagen, indem fortan "**Benchmarks**" (**gekoppelte Marktöffnung verschiedener Sektoren**) gelten sollen: Industrieländer müssten neu mindestens 8 von 12 Sektoren und Entwicklungsländer mindestens 2 Sektoren öffnen. Diese ärmeren Länder müssten eine solche Marktöffnung zusätzlich zu den Öffnungen akzeptieren, die im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen unter dem Druck der internationalen Institutionen bereits durchgeführt werden.

Dieser Vorschlag scheint nicht einmal allen Mitgliedsstaaten der Union unterbreitet worden zu sein (die Niederlande und das Vereinigte Königreich wurden vor dem Treffen des Generalrats im Juli 2005 nicht informiert). **Damit würden die Länder tatsächlich dazu gezwungen, ihre Angebote zur Liberalisierung von Dienstleistungssektoren deutlich zu erhöhen.** Die Europäische Union erfüllt mir ihren zahlreichen Angeboten (die wir nur flüchtig einsehen konnten) die Anforderungen nach Öffnung von 8 Sektoren selbst bisher auch nicht.

Grundsätzlich vertritt die Union aggressive Standpunkte im Rahmen des **GATS**, indem sie **hohe Forderungen an 109 Länder stellt, bei denen es in 72 Fällen um die Wasserversorgung geht.** Hier ist im Übrigen der Zusammenhang zwischen solchen Liberalisierungsforderungen und der Tatsache sichtbar, dass zwei transnationalen Unternehmen im Bereich Wasser ihren Konzernsitz in Frankreich haben. Die Forderungen der EU betreffen sämtliche Bereiche: Bildung, Gesundheit, Post, Telekom usw.

Diese Haltung folgt einer klaren Logik: Alles, was die EU zur Liberalisierung vorschlägt, ist intern bereits liberalisiert.

Die **Folgen dieser Politik** zeigen sich langsam in den Zugangsbedingungen zu den Dienstleistungen (Verkehr, Gesundheit), aber auch in der Konkurrenz zwischen Beschäftigten. Die Sozialstan-

dards werden in Europa nicht vereinheitlicht und die Länder spielen westeuropäische Lohnabhängige gegen Beschäftigte aus dem europäischen Osten aus, die massiv schlechter bezahlt werden und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Osten wie im Westen schlechtere Arbeitsbedingungen annehmen müssen. Hier ist auch ersichtlich, dass die Liberalisierung nicht wie behauptet der Entwicklung dient, sondern eine massive Umverteilung des Reichtums fördert, mit der logischerweise eine zunehmende Ungleichheit einhergeht.

Hierzu möchte ich auf die Bedeutung von **Modus-4** im Rahmen des **GATS** hinweisen. Bekanntlich sollen damit Abkommen zur Entsendung von Arbeitskräften in andere Länder ermöglicht werden, bei denen die Arbeitsbedingungen ungeregelt bleiben. Wenn wir AktivistInnen aus dem Norden den Modus 4 ablehnen, so geht es uns keineswegs darum, beschäftigte aus dem Süden vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. **Wir wissen, dass der Modus-4 zur Folge hätte, den Wettbewerb zwischen Lohnabhängigen zu verschärfen und die Sozialstandards im Norden noch mehr abzubauen, ohne dass der Süden etwas davon hätte.** Das ist nicht der Fall, da die betreffenden Länder einen Verlust an verhältnismäßig qualifizierten Beschäftigten und generell an Arbeitskräften erleiden würden, und dies ausschließlich zu Gunsten der transnationalen Firmen des Nordens.

Deshalb bildet sich **Widerstand.**

Auf nationaler Ebene organisiert er sich gemäß den politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Gegebenheiten.

Auf europäischer Ebene stellt der Paukenschlag vom 29. Mai in Frankreich einen wunderbaren Sieg gegen den Liberalismus dar: Das Bewusstsein, dass liberale Politik eine Katastrophe ist, hat massiv an Breite gewonnen.

Schließlich entfaltet sich **im Norden** das Bewusstsein, dass der verallgemeinerte Wettbewerb zwischen den Menschen keine gute Sache ist, dass er sowohl für den Norden als auch für den Süden verheerend ist: Im Norden durch Prekarisie-

rung, Produktionsauslagerung und den damit verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Kahlschlag, **und im Süden**, weil sich immer ein Land finden wird, in dem die sozialen Bedingungen für Konzerne noch günstiger, d.h. für die Menschen noch schlechter sind – ein endloses Wettrennen in den Abgrund.

Widerstand – dazu gehört auch die Kampagne der **Gemeinden gegen das GATS**. Mehr als 1000 Gemeinden und Städte in verschiedenen Ländern der EU, aber auch in Kanada (kürzlich insbesondere in Quebec) haben offiziell ein Moratorium bei den Verhandlungen gefordert, Transparenz verlangt sowie teils ihre prinzipielle Ablehnung formuliert und ihre Absicht deklariert, weiterhin ihre Aufgaben zugunsten des Gemeinwohls zu erfüllen, ohne das Korsett eines Abkommens, zu dem sich niemand äußern konnte.

Dieser Kampf ist kein Kampf der reichen Länder. Denn das GATS zerstört den öffentlichen Dienst im Norden, unterwirft alle Dienstleistungen dem Gesetz des Handels und hindert den Süden außerdem daran, selbst irgendwann öffentliche Dienste aufzubauen.

Bekanntlich haben wir AktivistInnen und BürgerInnen im Norden ein Problem: Wir befinden uns im Herzen des Liberalisierungssystems.

Daher haben wir auch eine beträchtliche Verantwortung: Wir müssen gegen die Politik der Regierungen und der Europäischen Union ankämpfen, die im Namen der Entwicklung behaupten, dass ihre aggressiven ideologischen Standpunkte für alle gut seien.

Wir müssen diese Diskurse weiterhin grundlegend diskreditieren. Es gibt Hoffnungszeichen, aber sie sind noch schwach.

Versammlungen wie die heutige werden dazu beitragen, so hoffe ich, unsere Entschlossenheit und unsere Mittel im Kampf zur Untergrabung der liberalen Ideologie zu stärken.

Übersetzung: ehrenamtliche ÜbersetzerInnen Uta Novak, Karin Vogt, coorditrad@attac.org

Alexis Passadakis, attac-AG Welthandel & WTO

Kein Ergebnis, ist das beste Ergebnis

– die Juli-Tagung des Allgemeinen Rats der WTO endet ohne Abschlusserklärung

Die Juli-Tagung des Allgemeinen Rates der WTO endet ohne Abschlusserklärung. 40 Attac-AktivistInnen führen nach Genf, um gemeinsam mit AktivistInnen aus aller Welt die Illegitimität einer Organisation aufzuzeigen, die die Interessen der transnationalen Konzerne, insbesondere aus dem Norden, durchsetzt und eine ungerechte Welthandelsordnung zementiert und ausbaut.

Die Zeit bis zur Ministerkonferenz der WTO vom 13. -18. Dezember in Hong Kong wird langsam knapp. Die Juli-Tagung des Allgemeinen Rats der WTO sollte die laufenden Verhandlungen der Doha-Runde voranbringen und erste Zwischenergebnisse festklopfen. Tatsächlich jedoch ließ der scheidende WTO-Generalsekretär Supachai verkünden, dass aufgrund der unterschiedlichen Positionen ein Abschlussdokument nicht zustande gebracht werden konnte. Die Freude unter den WTO-GegnerInnen war groß. Allerdings könnte die gegenwärtige „Krise“ der Verhandlungen weniger Resultat einer tatsächlichen Blockade sein, als viel mehr ein taktisches Manöver, um den Verhandlungsdruck auf die Delegierten zu erhöhen. So zumindest der Verdacht von Walden Bello (siehe S.15).

Wie immer auch die Kaffeesatzleserei bei einzelnen Verhandlungsphasen der Handelsrunde aussieht, die grundsätzlichen Konflikte innerhalb der Organisation sind greifbar: vor allem zwischen Nord und Süd. Und auch wenn in diesem Juli beim Allgemeinen Rat noch kein Papier vorgelegt wurde, die von den Industriestaaten gewünschten Ergebnisse zeichnen sich klar ab. Im Kern der Verhandlungen geht es um **Marktzugang**: bei Industrieprodukten, Rohstoffen, Dienstleistungen und Agrargütern.

Vor allem Landwirtschaft und NAMA (non-agricultural market access = Industriegüter + Rohstoffe) standen in Genf auf der Agenda. Im **Agrarbereich** steht die Frage, wie Zollsätze gesenkt werden sollen. Mitglieder wie Japan die EU, die ihre Agrarmärkte stark geschützt haben, sehen sich von radikalen Liberalisierungen wie die USA und Australien unter Druck gesetzt, lehnen aber auch einen Kompromissvorschlag von Ländern wie Brasilien und Indien hartnäckig ab.

Beim zweiten Fokus der Verhandlungen im Bereich **NAMA** sind die Lager entlang der Linie von Süd und Nord gespalten. Eine Einheitsfront der Industriestaaten drängt auf

radikale Zollsenkungen im Süden, wo die Zölle deutlich höher sind (etwa durchschnittlich 40% im Vergleich zu ca. 2-3%). Die Folgen für den Süden allerdings wären dramatische De-Industrialisierungsprozesse, aufgrund starker Konkurrenz durch transnationale Konzerne aus dem Norden. Zusätzlich würden viele arme Länder auf eine für sie ganz zentrale Einnahmequelle verzichten. Entsprechend ablehnend zeigt sich z.B. Indien, das immer wieder hervorhebt, dass die Vorschläge des Nordens nicht konsensfähig sind – obwohl die EU und die USA genau dies seit Monaten hatten glauben machen wollen.

Auch wenn das **GATS** im Juli in Genf keine große Rolle spielte, ist auch hier der Verhandlungsdruck hoch. Inzwischen haben fast alle großen Staaten Angebote für die Liberalisierung einzelner Dienstleistungsbereiche abgegeben. Aber auch hier wird der Druck erhöht: die EU schlagen – vermutlich in Absprache mit den USA – ein neues Verhandlungsverfahren (**Benchmarking**) vor, bei dem eine Mindestanzahl von Sektoren geöffnet werden muss.

Auf allen Feldern der Handelsgespräche sind insbesondere die armen Länder in einer defensiven Position. Kein Abkommen in Hong Kong im Dezember, wäre daher die beste Option.

„They can run, but they can't hide.“

Auf die Erfahrung, dass zwei Ministerkonferenzen ergebnislos abgebrochen werden mussten – Seattle 1999 und Cancun 2003, reagierte die Organisation zum einen damit, dass diese hochrangigen Verhandlungen an gegenüber Protest gut abgeschottete Orte wie Doha/Quatar (2001) verlegt wurden.

Zum zweiten wurde erkannt, dass mit einer Verlagerung wichtiger Gespräche nach Genf der medialen und zivilgesellschaftlichen Aufmerksamkeit entflohen werden konnte. So kam es dazu, dass im Juli 2004 ungestört von Demonstrationen und kritischer Berichterstattung das so genannte Juli-Paket im Rahmen des Allgemeinen Rats der WTO geschnürt und durchgedrückt werden konnte. Nur etwa ein Dutzend NGO-VertreterInnen waren zu dieser Zeit in der Diplomatenstadt präsent, die verzweifelt bemüht waren, Gegenöffentlichkeit zu der Propaganda der WTO-Maschinerie zu schaffen. Mitverantwortlich für dieses **Überrumpeln der Öffentlichkeit**, aber auch vieler Entwicklungsländer, war übrigens Pascal Lamy, der frisch

inaugurierte WTO-Generalsekretär. Als damaliger EU-Handelskommissar erwies er sich immer als treuer Vertreter europäischer von Konzerninteressen (Kurzdossier über Lamy unter: www.attac.de/wto/lamy0805.php).

Auf diese neue Verhandlungstaktik reagierten die GlobalisierungskritikerInnen prompt mit einem **„Peoples' Council“**, der zum Allgemeinen Rat vom Juli dieses Jahres mehrere hundert AktivistInnen aus Nord und Süd von Nichtregierungsorganisationen und aus sozialen Bewegungen versammelte – darunter 30 kämpferische koreanische Kleinbauern und -bäuerinnen, sowie eine Delegation von norwegischen LandwirtInnen, die bereits über einen Monat zuvor in Trondheim aufgebrochen waren, um die etwa 2.000 Kilometer nach Genf zurückzulegen. Noch gab es anlässlich dieser Tagung eines Allgemeinen Rates der WTO keinen „Gipfelsturm“. Ob die bisherigen zivilgesellschaftlichen Strukturen in Genf und von außerhalb mit Kontakten zur dortigen Szene regelmäßig und dauerhaft organisieren können, bleibt fraglich. Aber unbeobachtet und ungestört finden Handelsverhandlungen in Genf nicht mehr statt.

Trotzdem ist offensichtlich, dass WTO-kritische Politik in Europa bisher ohne eine breite soziale Basis auszukommen hat. Insbesondere in Deutschland ist der Konsens über die angebliche Notwendigkeit einer wettbewerbsfähigen exportorientierten Wirtschaft bisher kaum hinterfragt und bis in die Gewerkschaften hinein fest verankert. Somit ist auch gleich, wer die Regierung stellt: die Freihandelspolitik bleibt, denn Macht haben die transnationalen Konzerne.

Die Attac-Kampagne gegen die WTO-Ministerkonferenz im Dezember in Hong Kong steht zum einen vor der Aufgabe, entlang dem Attac-klassischen Anspruch, „ökonomische Alphabetisierung“ zu betreiben und langfristig eine Verbindung hiesiger (lokale) soziale Kämpfe mit den Auseinandersetzungen um WTO-Politik herzustellen. Für Hong Kong wäre es ein großer Erfolg, wenn keine Verschärfung der WTO-Abkommen beschlossen würde: „Hong Kong platzen lassen!“ lautet daher unser Motto.

Links: Hong Kong Peoples' Alliance:
www.hkpa-wto.org/

Attac De, AG Welthandel und WTO: www.attac.de/wto

Viele Hintergrundinfos: http://www.attac.de/wto/hintergrund_thomas

Zum Inhalt der Verhandlungen in Genf: <http://www.attac.de/wto/hongkong-files/FAO-allgemeiner-rat.pdf>

Zum 10. Jahrestag der Welthandelsorganisation http://www.attac.de/wto/10awto_cd.pdf

GATS: <http://www.attac.de/wto/flugblatt/GATS-Ansicht.pdf>

2. Rundbrief der AG Welthandel : <http://www.attac.de/wto/hongkong-files/hk-rundbrief02.pdf>

Sind die WTO-Gespräche in Schwierigkeiten?

Man sollte nicht darauf wetten

Wie ist der aktuelle „Spielstand“ in Genf?

Einige Gruppen der Zivilgesellschaft jubelten über das Scheitern der jüngsten Vollversammlung der Welt-Handels-Organisation (WTO). Sie fürchten aber, dass die Ministerkonferenz in Hong Kong zu einem Verhandlungsergebnis verdammt ist, das den Interessen der Entwicklungsländer nur schaden kann. Denn der Vollversammlung im Juli gelang es nicht, substantielle Übereinkünfte in irgendeinem wichtigen Verhandlungsgegenstand zu erzielen. Sei es über landwirtschaftliche oder nicht-landwirtschaftliche Produkte oder über Dienstleistungen.

Tatsächlich haben die meisten Beobachter, einschließlich der Medien, die Unfähigkeit die „Juli-Annäherungen“ zu erreichen, als einen deutlichen Rückschlag betrachtet dafür, im Dezember in Hong Kong ein erfolgreiches Ministertreffen sicher zu stellen. Die Erklärungen einiger WTO-Hauptakteure scheinen dem Gewicht zu verleihen. Die Bemerkung des scheidenden Generaldirektors Supachai Panitchpakdi, dass der Stand der Gespräche „enttäuschend, aber nicht katastrophal“ sei, wurde von manchen eher als beschönigende Beurteilung verstanden, die den tatsächlich traurigen Stand der Dinge zu verschleiern. Ebenso die Erklärung der Vorsitzenden der Vollversammlung, Botschafterin Amina Mohamad aus Kenia, „es gibt keine „Krise“ in den Verhandlungen – wir brauchen den Alarmknopf nicht drücken.“

Es drängt sich der starke Verdacht auf, dass diese Erklärungen weniger den aktuellen Standes der Verhandlungen beschreiben, als vielmehr **retorische Übungen** sind, welche die Delegierten zur Eile antreiben sollen in einem Prozess, der kaum noch als in einer Pattsituation zu beschreiben ist.

Es ist sicherlich erleichternd, dass die Juli-Annäherungen nicht zustande gekommen sind, aber wie groß war der Rückschlag wirklich? Sind die Delegationen wirklich an diesem Punkt so weit von einander entfernt?

Sicher, bei den Themen, welche die Interessen der Entwicklungsländer berühren, wie die spezielle und differenzierende Behandlung (special and differential treatment = SDT) und ihre Implementierung, gibt es kaum irgendeine Bewegung. Die spezielle und differenzierende Behandlung, zum Beispiel, bewegt sich nicht, wegen der intransigenten Haltung der Europäischen Union (EU). Die Bedingung der EU für jeden Fortschritt in den Verhandlungen ist die Zustimmung durch den Block der Entwicklungsländer zu einer Aufwertung jener weiter entwickelten Volkswirtschaften wie Indien und China, welche damit aus der Reihe der Länder herausfallen, welche die Bedingungen für SDT erfüllen. Die meisten Entwicklungsländer sehen dies in der Hauptsache als eine Finte an, um sie gegeneinander auszuspielen, um SDT als ein Handlungsprinzip der WTO zu eliminieren.



KANN MODUS 4 DIE VERHANDLUNGEN VORAN BRINGEN?

Aber es gibt auch Besorgnis erregende Entwicklungen in anderen Bereichen, in denen die entwickelten Länder starke Interessen haben. Es wurde unlängst viel hergemacht über den Widerstand der Entwicklungsländer gegen einen Vorschlag der Europäischen Union über einen „Bewertungsplan“ – das bedeutet folgendes: Angebote für Dienstleistungen haben quantitative und qualitative Kriterien für eine echte und signifikante Marktöffnung zu erfüllen, um als gültig bewertet zu werden. Jedoch scheinen die Zahlen eine andere Sprache über die Positionen der Entwicklungsländer zu sprechen. Es liegen derzeit rund 70 Eröffnungsanträge von 95 Mitgliedsländern und rund 30 abgeänderte Anträge auf dem Tisch – sicher ein großer Sprung von den 47 Ländern, die zu Anfang dieses Jahres Anträge gestellt hatten. Die Regierungen der entwickelten Länder winkten ab, mit der Bemerkung, dass eine bedeutende Anzahl dieser Anträge nicht bedeutsam seien und keine deutliche Marktöffnung brächten. Sie dienen größtenteils nur der Verhandlungstaktik. Wahrscheinlicher ist, dass manche Anträge der Entwicklungsländer bedeuten, dass sie verhandeln wollen, aber sich nicht in die Karten blicken lassen wollen, bevor die entwickelten Länder ernst zu nehmende Signale setzten, wie zum so genannten Modus 4¹ des Allgemeinen Ab-

¹ Gestattet es ausländischen Unternehmen, Verträge zur Dienstleistungserbringung zu schließen und die Arbeiter hierfür selbst bereitzustellen.

kommens über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS), der die Freizügigkeit natürlicher Person regelt.

Indien zum Beispiel, ein bedeutender Exporteur von Arbeitskräften in Länder des Nordens, benützt offensichtlich den Modus 4 als Angelpunkt seiner generellen Verhandlungsstrategie. Zugeständnisse beim Modus 4 von Seiten der EU und der USA in Gestalt von liberaleren Einreise- und Aufenthaltsregelungen für Fachkräfte wird die Regierung wahrscheinlich nachgiebiger bei den Verhandlungen über Landwirtschafts- und Industriezölle machen. Wie der Analytiker Benny Kuruvilla von ‚Focus on the Global South‘ feststellt, „Indiens Forderungen zu Modus 4 sind tatsächlich sehr zahn – es ist schon zufrieden, wenn die USA ihre bestehenden Zusagen zur Arbeitsgenehmigung der Kategorie H-1 B einhält. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass die USA Indien eine Weile hinhält, dann nachgibt, und Indien an diesem Punkt nur zu froh sein wird bei anderen Themen Kompromisse einzugehen.“

Aber Indien ist nicht das einzige Land mit einem außergewöhnlichen Interesse an einer Liberalisierung im Modus 4. Für andere bedeutende Arbeitskraft-Exporteure wie die Philippinen und Bangladesch sind Zugeständnisse zum Modus 4 durch die USA und EU wichtig und das hat wahrscheinlich Auswirkungen auf ihre Stellung zu anderen Themen.

Die offizielle Haltung der USA zu diesem Punkt ist, dass sie nicht allzu viel Flexibilität haben, wenn es um Modus 4 geht, eine Erklärung, die zum Teil für den Gebrauch daheim bestimmt ist, wegen der starken Resentiments gegen die Zuwanderung im eigenen Land. Aber dies ist überwiegend ein Teil der Verhandlungsposition, wie es der Dienstleistungsexperte Tony Clarke vom Polaris-Institute darstellt. „Fraglos wollen die USA und die EU den Modus 4 umsetzen im Interesse ihrer Klientel, der Konzerne, an möglichst vielen billigen Arbeitskräften. Tatsächlich betreibt die US Koalition der Dienstleistungsindustrie massive Lobbyarbeit, um Washington zur Liberalisierung des Zuganges für Facharbeiter zu bewegen“. Aus all diesen Gründen, warnt Clarke,

„könnte Modus 4 sich entweder förderlich oder hinderlich für eine Vereinbarung erweisen.“

KEINE BEWEGUNG BEI NAMA?

Gibt es wirklich keine Bewegung im Bereich des Marktzuganges für nicht-landwirtschaftliche Produkte (=Marktzugang für Industriegüter, Non-Agricultural Market Access = NAMA)? Wiederum, wie bei den Dienstleistungen, scheinen die Verhandlungen vordergründig gekennzeichnet von lauter Meinungsverschiedenheiten über Formeln zur Zollsenkung, über die Berechnung der Zölle, und der Anwendung des Prinzips der unvollständigen Wechselseitigkeit und der speziellen und differenzierten Behandlung. Jedoch, bei näherem Hinsehen, gibt es besorgniserregende Zeichen einer Annäherung der verschiedenen Standpunkte:

- Trotz anfänglichen Murrens nach der Rahmenvereinbarung vom Juli 2004, haben die Entwicklungsländer den „Derbez-Text“², den sie in Cancun abgelehnt hatten, als Grundlage für Verhandlungen akzeptiert, wie in der Rahmenvereinbarung vorgeschlagen.
- Es gibt jetzt Übereinstimmung über eine nicht-lineare Formel zur Zollermäßigung nach der Schweizer Formel 3, die auf alle Produkte angewandt werden kann und die höhere Zölle einer proportional größeren Ermäßigung unterwirft als niedrige Zölle. Damit wären viele Entwicklungsländer benachteiligt, die relativ höhere Zölle anwenden als entwickelter Länder auf viele industrielle Schlüsselprodukte. Eine Formel nach dem Muster der Uruguay-Runde wird nicht einmal diskutiert. Sie brächte eine durchschnittliche Zollermäßigung quer durch die Industrie; sie überlässt es aber den nationalen Autoritäten Sätze für besondere Produkte zu bestimmen. Hätten die Entwicklungsländer eine Wahlmöglichkeit, würden sie das weniger ablehnend betrachten als die Schweizer Formel.

Die entwickelten Länder bringen den Verhandlungspositionen der Entwicklungsländer sehr wenig Sympathie entgegen. Sie wollen durch die Anwendung des Prinzips der „unvollständigen Wechselseitigkeit“ und der „speziellen und differenzierten Behandlung“ auf Grund verschiedener Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung einen deutlichen Grad des industriellen Protektionismus beibehalten. Damit war der Verhandlungsspielraum der Entwicklungsländer zunehmend eingengt. Sie sind gezwungen die für sie beste nicht-lineare Formel vorzuschlagen,

² Dieser Text wurde am 13. September 2003 vom Vorsitzenden der 5. Ministerkonferenz in Cancun – dem mexikanischen Außenminister Derbez – den teilnehmenden Ministern als neues Kompromissdokument vorgelegt.

³ Erklärung:
<http://europa.eu.int/comm/trade/gentools/glo2cont/d.e.htm>

welche die Auswirkungen einer vollständigen Liberalisierung zwar verringern, aber nicht grundsätzlich vermeiden würde. Die jüngste vorgelegte Formel ist der so genannte „pakistanische Kompromiss“. Damit wird der durchschnittliche Zolltarif als Faktor in die Formel eingeführt mit einem Koeffizienten von 6 für Entwicklungsländer und einem von 30 für entwickelte Länder. Dies würde – dem pakistanischen Vorschlag zufolge – die Produktkosten für alle deutlich verringern (ein Anliegen der entwickelten Länder), die Preise innerhalb einer jeden Gruppe harmonisieren (ein Ziel der WTO) und weiterhin wenigstens einen Teil des Abstands zwischen den durchschnittlichen Zollsätzen zwischen der Gruppe der entwickelten und der sich entwickelnden Länder beibehalten (ein Anliegen der Entwicklungsländer).

Natürlich halten einige Entwicklungsländer daran fest, dass neben der Formel für die Zollermäßigung die Prinzipien der unvollständigen Wechselseitigkeit und des SDT auch das Maß für die Liberalisierung der Zolltarife für die Entwicklungsländer bestimmen sollten.

Es scheint aber, dass der jetzige Schwung in Richtung auf eine Einigung über die Koeffizienten in der Formel geht. Es ist wahrscheinlich, dass der pakistanische Vorschlag – den niemand direkt verwarf, obwohl einige Industrieländer wie die USA sich beschwerten, dass die Kluft zwischen den Koeffizienten für entwickelte und sich entwickelnde Länder zu weit sei – oder irgendetwas Ähnliches die Basis für die NAMA-Gespräche sein wird, wenn sie im September wieder aufgenommen werden. Wie ein Analyst, der die NAMA-Verhandlungen unmittelbar verfolgte, berichtet, "Laut einigen Leuten in Genf hat es die pakistanische Formel wahrscheinlicher gemacht, dass die Verhandlungen nunmehr lediglich über unterschiedliche Koeffizienten innerhalb einer einfachen Schweizer Formel sein wird, nicht über andere Formeltypen oder breitere Alternativen. Dies würde alle einer Einigung näher bringen, aber es gibt immer noch viel zu verhandeln, da Entwicklungsländer nach einem größeren Unterschied zwischen den Koeffizienten rufen werden als die USA und die EU bereit sein werden zuzugestehen."

Auf jeden Fall war es mehr als Rhetorik als der stellvertretende US Handelsdelegierte Peter Allgeier am 28. Juli die folgende optimistische Erklärung abgab: „Der vor uns liegende Weg zum NAMA ist viel deutlicher, aufgrund der Arbeit, die in den vergangenen Wochen getan wurde... Mehrere konstruktive Ideen liegen auf dem Tisch. Es gab von allen Seiten Signale von Flexibilität um die richtige Formel zu finden und Koeffizienten anzuwenden, um konkrete Möglichkeiten für den Marktzugang zu schaffen. Wir müssen im September schnell die Signale für eine Annäherung umsetzen in Kompromisse, die allen nützen.“

LANDWIRTSCHAFT: BESORGNISERREGENDE ENTWICKLUNGEN

Die Landwirtschaft jedoch ist der Schlüssel entweder zum Fortschritt oder zum Zerfall. Ohne Bewegung bei den Verhandlungen über die Landwirtschaft, wird die Bewegung in den anderen Bereichen nicht in ein erfolgreiches Liberalisierungspaket in Hong Kong umgesetzt werden können.

Es bewegt sich kaum etwas bei den heimischen Agrarsubventionen – eine der drei „Säulen“ des Landwirtschafts-Abkommens (Agreement on Agriculture = AoA), neben Exportwettbewerb und Marktzugang. Versuche, die „Blaue Kategorie“ und die „Grüne Kategorie“ zu reformieren – sie beschreiben die Kategorien der Subventionen, die von den Kürzungen durch das AoA ausgenommen sind –, scheiterten an der ablehnenden Haltung der EU und der USA. Tatsächlich versuchen die USA die „Blaue Kategorie“ auszuweiten, um einen Großteil der 190 Milliarden US \$ unterzubringen, die mit der US Farm Bill des Jahres 2002 genehmigt wurden. Dies gab dem EU Handelskommissar Peter Mandelson die Gelegenheit, sich in seiner Stellungnahme moralisch zu entrüsten, die USA sollten die Initiative zu Subventionskürzungen ergreifen. Allerdings ist das Niveau der Agrarsubventionierung in der EU gegenwärtig höher als in den USA, aber es fällt, während das der US „unreformiert“ sei und „wachse, als ein Ergebnis der Farm Bill von Präsident Bush“. Aber das ist ein Fall vom „Splitter im Auge des anderen, während ein Balken im eigenen Auge...“. Die EU hat keinerlei Absicht, ihre eigenen Subventionen zu kürzen, ob sie nun durch die Blaue Kategorie oder die Grüne Kategorie strömen.

Andere schwierige Themen bleiben ungelöst, darunter die Forderung der Gruppe der 33 für eine Positivliste „spezieller Produkte“ (SP) oder Handelswaren, für die es keine deutliche Zollermäßigung geben soll, und ihr Vorschlag für einen „speziellen Schutzmechanismus“ (SSM), die es den Entwicklungsländern gestatten würde Zölle anzuhäufen, um sich selbst gegen Dumping zu schützen.

Leider gibt es jedoch Bewegung bei den beiden anderen Säulen der Verhandlungen: Exportwettbewerb und Marktzugang.

Der wichtigste Schlüssel zu den Verhandlungen über die „Säule“ Exportwettbewerb ist für viele Länder das Datum und der Zeitplan der EU für das versprochene Ausklingen ihrer Exportsubventionen. Ein Thema mit düsteren Möglichkeiten, wie wir unten sehen werden.

Mehr noch – auf der WTO „Mini-Ministerkonferenz“ in Dalian in China, am 12. und 13. Juli, hat die Gruppe der 20 Entwicklungsländer einen Vorschlag auf den

Tisch gelegt, der manchen als Grundlage erschien für einen Durchbruch beim Thema Marktzugang für eine liberalisierten Agrarmarkt. Der Vorschlag der G-20 würde die Länder der Welt in fünf Bandbreiten unterteilen, wobei jedem Band unterschiedliche Sätze für die Liberalisierung der Zölle zugeordnet würden. In jedem Band würden einheitliche Ermäßigungsraten für alle Produkte festgelegt. Produkte in den höheren Bandbreiten, also Produkte mit höheren Anfangszoll-Tarifen, würden in größeren Raten ermäßigt als solche in den niedrigeren Bandbreiten. Zusätzlich würden alle Zölle mit 150 % für Entwicklungsländer und 100 % für entwickelte Länder gedeckelt.

Nach der Konferenz in Dalian, sagte der US-Handelsbeauftragte Robert Portman, „Wir haben ein Rahmenwerk.“ Die EU-Landwirtschafts-Kommissarin Marianne Fischer-Boll bestätigte dies, sie nannte den Vorschlag eine „gute Grundlage für die zukünftige Arbeit“. Sie fügte allerdings hinzu, dass die EU ein System mit nur drei Bandbreiten bevorzugen würde. Wenn im September die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, wird dieses Rahmenwerk wahrscheinlich übernommen. Allerdings wird sich die Debatte von den Modalitäten weg bewegen hin zur Frage welches Lang gehört in welches Band und in welchen Raten werden die Zölle reduziert.

Kurzum, trotz des Patts bei den heimischen Subventionen, gibt es eine besorgniserregende Bewegung bei zwei der drei Säulen der Agrarverhandlungen und dies könnte Schwung bringen, nicht nur für die ungelösten Fragen in den Agrarverhandlungen, sondern könnte auch den Weg freimachen zu Abkommen in den anderen Verhandlungsthemen wie NAMA und Dienstleistungen.

DER „LAMY FAKTOR“

Eine Veränderung bei der Beschleunigung der Verhandlungen könnte der „Lamy-Faktor“ bewirken. Der neue Generaldirektor, neu im Amt, ein exzellenter Unterhändler, ist auch ein sehr geschickter Politiker. Auf dem Weg zur Spitze der WTO schmiedete er eine Nord-Süd-Allianz, die das Lager des Südens spaltete und seine drei Rivalen, alle aus Entwicklungsländern, im Staub liegen ließ. Tatsächlich ist die Vermutung in Genf weit verbreitet, selbst unter den Delegationen der Entwicklungsländer, dass Lamy, früherer EU Handelskommissar, der rechtmäßige Thronfolger sei. Seine Förderer findet man von Brüssel über Washington bis hin zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC). Er pflegte gute Beziehung zu einflussreichen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO). Barbara Stocking von Oxfam (eine britische Organisation) lobte ihn als die Schlüsselperson für die EU-Initiative „Everything but Arms“ (EBA – alles außer Waffen), die den zollfreien Zugang für landwirtschaftliche Produkte aus

den am wenigsten entwickelten Ländern fordert.

Für andere ist Lamy ein wirklich geschickter Manipulator, der letztendlich die Interessen der EU und des entwickelten Nordens vertritt, während er Sympathie für Entwicklungsländer ausstrahlt. Die Initiative EBA illustriert es: es gibt eine lange Einführungsphase – bis 2009 – für Schlüsselexporte wie Reis, Bananen und Zucker. Es ist auch eine ständige begleitende Überprüfung und Revision vorgesehen. Die Initiative wird nur auf landwirtschaftliche Produkte angewandt, dadurch werden Anreize und Befähigungen zur Diversifizierung und Industrialisierung behindert. Ein Zeugnis für Lamys Verhandlungsgeschick und seine wirksame PR: Es gelang ihm, vielen Regierungen von LDCs ein riskantes Abkommen als bedeutsamen Sieg zu verkaufen und manche NROs des Nordens dazu zu bringen, die europäische Landwirtschaftslobby anstatt sich selbst für dessen einschränkenden Elemente verantwortlich zu machen.

Auf jeden Fall kennt Lamy die Risse im Block der Entwicklungsländer, zum Beispiel zwischen den G-20, G-33 und den LDCs, und er wird nicht zögern diese zu nutzen, um ein sich weit reichendes Abkommen durchzudrücken. Er kennt sich auch aus in der Welt der NROs und wie man sie spalten kann in „Reformer“ und „Radikale“ wie man das im WTO-Sekretariat bezeichnet. Mehr noch, er ist ein Mann mit einem Auftrag: Für ihn war Cancun ein Scheitern und eine Erniedrigung: er wird in Hong Kong eine Umkehr des Ergebnisses anstreben.

ALBTRAUM SZENARIO

Welches Szenario könnte zu einer erfolgreichen Ministerkonferenz führen?

Eine mögliche Entwicklung: In der Vorbereitungsphase zur Rats-Vollversammlung im Oktober, verkündet der EU-Kommissar für Handel Mandelson einen Fahrplan für das Auslaufen der EU-Exportsubventionen. Die Ankündigung ist nicht ohne Zusammenhang mit einer Anmerkung des US-Handelsbeauftragten Portman auf einer Pressekonzferenz, dass man „offen“ ist auch weiterhin noch zu spezifizierende Regelungen für die Nahrungsmittelhilfen und Exportstützungen auszuhandeln, zwei Kanäle der Exportsubventionierung, die der EU sehr wichtig sind. Diese „Oktoberüberraschung“ ist nach Ansicht mancher Analytiker so überraschend nicht. Der Genfer Aktivist Jacques Chai Chomthongdi von „Focus on the Global South“ sagte „Ich denke sie [die Europäer] wissen schon das Datum, es ist nur eine Frage der Wahl des richtigen Zeitpunktes, wann die Erklärung den größten Effekt haben wird.“

Tatsächlich hat die Ankündigung – obwohl das Datum weit in der Zukunft liegt, in etwa

2015, und im klein Gedruckten an Bedingungen geknüpft ist – einen dramatischen Effekt und übt enormen Druck auf die Entwicklungsländer aus, einem Kompromiss bei den Verhandlungen über den Marktzugang zuzustimmen. Es wird Brasilien zufrieden stellen, da es unterm Strich bei den Verhandlungen die Aufhebung der EU-Exportsubventionen erreichen will. Mehr noch, tief in einen Korruptionsskandal im eigenen Land verwickelt, klammert sich die Regierung Lulas an diese Entwicklung, um als Triumph für die Menschen Brasiliens hinauszuposaunen, was in Wahrheit eher ein Zugeständnis an die brasilianische Agrar-Industrie ist. Auf jeden Fall entmutigt diese Ankündigung Brasilien, in anderen Verhandlungsbereichen allzu aggressiv zu feilschen.

Die Wirkung dieses Schachzuges wird kaum abgefedert, wenn Lamy verkündet, dass die EU und die USA entschieden haben, kleinere Zugeständnisse bei der Liberalisierung der Einreise- und Aufenthaltsregeln für Facharbeiter aus Entwicklungsländern zu gewähren. Bei der verzweifelten Suche nach einem Sieg, den es zuhause triumphierend vorweisen kann, überzeugt sich die indische Regierung selbst, dass ihre Hauptanliegen berücksichtigt wurden. Das wirkt sich auf ihre Haltung in anderen Verhandlungsbereichen aus.

Nachdem den Entwicklungsländern die Gründe für aggressive Aktionen abhandeln kamen, bleiben rhetorische Gebärden der beiden wichtigsten Führer, damit ziehen sie sich zurück auf eine anpassungswilligere Haltung bei den Verhandlungen. Eine kritische Masse von Ländern fordern Angebote mit „besseren Qualität“ für die Verhandlungen am Dienstleistungssektor. Die NAMA-Verhandlungen beschleunigen sich, basierend auf dem Vorschlag Pakistans und die Diskussionen über den Zugang zum Agrarmarkt nähern sich einem Abschluss.

Das Gerangel zwischen den USA und der EU um Blaue Kategorie und Grüne Kategorie Subventionen wird noch etwas länger weiter gehen, aber beide Seiten werden von Lamy daran erinnert, dass sie sich eine Wiederholung von Seattle nicht wünschen, wo die Kluft zwischen der EU und den USA beim gleichen Thema einer der Faktoren war, welche die dritte Ministerkonferenz von 1999 scheitern ließ. Beide Seiten einigen sich auf eine Formel, um das Gesicht zu wahren. Sie setzen lockere Deckel auf einige unbedeutende Subventionen, die durch die Blaue Kategorie und die Gelbe Kategorie. Mit anderen Worten, es gibt keine Veränderung beim Status Quo der Säule heimischer Subventionen. Dies bedeutet die Märkte der Entwicklungsländer werden weiter überschwemmt.

Für die Vollversammlung am 19. und 20. Oktober kündigt Lamy an, dass eine wesentliche Einigung für die Landwirtschaft, für den NAMA und für die Dienstleistungen erreicht wurde. Die Vollversammlung

schlägt eine Zustimmungserklärung vor, welche die Schlüsselpunkte eines Übereinkommens in diesen Bereichen bestätigt. Es soll als Entwurf für die Erklärung zur Ministerkonferenz in Hong Kong dienen. Lamy sagt, dass nur noch Bereinigungen übrig blieben – was bedeutet, dass nur noch Abkommen über weniger strittige Punkte zusammen geführt werden müssen, wie spezielle Produkte, spezielle Schutzmechanismen, staatliche Handelsunternehmen, Nahrungsmittelhilfe, spezielle und differenzierende Behandlung und deren Implementierung.

Bis Anfang Dezember werden die Entwicklungsländer in unfaire Abkommen über so genannte Rest-Themen zusammen getrieben worden sein. Lamy wird den G-33 und den NROs erzählen, dass ein zahnloses Abkommen über spezielle Produkte und spezielle Schutzmechanismen, das der EU und den USA erlaubt, „spezielle Produkte“ von deutlichen Zollsenkungen auszunehmen, sei das Beste, was sie unter den gegebenen Umständen erhalten könnten. Die mächtigen Handelsriesen werden eine Kampagne starten, um die Vorbehalte der Entwicklungsländer als Hindernisse für die Bemühungen zu schildern, eine blühende Weltwirtschaft zu erreichen, so wie sie es im Vorfeld zur Ministerkonferenz in Doha im November 2001 getan haben.

Eine Erklärung ohne Klammern wird der Ministerkonferenz in Hong Kong vorgelegt werden, und Lamy wird triumphierend verkünden, dass, während eine Reihe von Angelegenheiten noch der letzten Klärung bedürften, die Doha-Runde praktisch abgeschlossen sei, und er wird darauf drängen, dass die Welt zu einer neuen Runde von noch tieferer und noch umfassenderer Liberalisierung aufbrechen müsse.

DIE HERAUSFORDERUNG AN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Aus unserer Sicht ist dieses Szenario oder etwas Gleichartiges nicht zu weit hergeholt. Der Druck zu einer Vereinbarung zu kommen lastet enorm auf allen und niemand will Schuld sein an einem Scheitern wie in Seattle oder in Cancun. Wie der Repräsentant einer wichtigen NRO in Genf es ausdrückte: „Mein allgemeines Empfinden ist... wir sind vermutlich nicht weit von einer Einigung entfernt, aber nicht notwendigerweise, weil alles gelöst ist, sondern weil die Schlüsselländer eine Einigung erreichen möchten. Die Verhandlungsrunde so schnell wie möglich beendet werden, wissend, dass das Abkommen „nicht sehr ehrgeizig“ sein wird. Kein Mitglied, keine Gruppe scheint bereit zu ei-

ner totalen Opposition, zu einer „hier ist Schluss“ Einstellung“.

Wie aus dieser Erklärung hervorgeht, ist die einzige echte Blockade gegen ein schlechtes Abkommen für die Entwicklungsländer die Zivilgesellschaft. Statt den „mangelnden Fortschritt in den Verhandlungen“ zu beklagen, wie es manche internationalen NRO getan haben, sollte die globale Zivilgesellschaft in den kommenden Wochen den Druck auf die Regierungen der Entwicklungsländer erhöhen, damit sie nicht dem Druck nachgeben und Verfahren zustimmen, die den Spielraum ihrer Politik drastisch verringern.

Der Druck von den Bürgern ist an diesem Punkt entscheidend.

Beginnend mit Mitte August muss daher eine Zeit des intensiven Lobbyismus sein. Es muss eingehämmert werden, dass die Verhandlungsrahmen, die durch das Rahmenabkommen vom 24. Juli gesetzt wurden, so eng sind, dass nichts anderes herauskommen kann wie der Entwurf der G-20 über den Zugang zum Agrarmarkt und der Entwurf Pakistans zu NAMA, welche beide den Konkurs für die Entwicklung anmelden unter dem Vorwand Kompromisse zu schließen.

Die **Regierungen der Entwicklungsländer** sollten zurück an den Anfang geführt werden: **Das Rahmenwerk vom Juli eliminiert praktisch jeden Entwicklungsraum für alle Bereiche, die verhandelt werden.** Die Regierungsvertreter müssen ständig daran erinnert werden, dass **gar kein Geschäft besser ist als ein schlechtes Geschäft** und dass alles, was ihnen in den Verhandlungsbereichen vorgesetzt wird, Geschäfte sind, die von schlecht bis am Schlechtesten reichen,

Die **G-33 Länder** müssen dazu bewegt werden, aggressiver aufzutreten und zu fordern, dass ein faires Abkommen über spezielle Produkte und spezielle Schutzmechanismen vorderstes und zentrales Ziel der Verhandlungen über die Landwirtschaft sein muss, und nicht als zweitrangiges Anliegen behandelt werden darf. Sie müssen allen Bemühungen entgegen treten, dass diese Forderung mit der EU-Gegenforderung verknüpft wird, manche EU-Handels Güter als „spezielle Produkte“ zu listen und sie von signifikanten Zollsenkungen auszunehmen. Die Regierungen müssen davon überzeugt werden, dass sie mindestens ein Einfrieren der Verhandlungen über **NAMA** versuchen müssen, denn jedes Abkommen zu diesem Zeitpunkt hätte **destruktive Auswirkungen einer De-Industrialisierung.** Es sollte be-

tont werden, dass sie ein gutes Argument haben: die Tagesordnung, wie in Doha vereinbart wurde, hat ein Übereinkommen zu NAMA nicht als Priorität.

Es muss auch Lobbyarbeit geleistet werden, damit die Regierungen die Bedingungen des Modus 4 nicht akzeptieren. Damit wird nur der Zugang für Facharbeiter liberalisiert, und sie müssen erkennen, dass die Liberalisierung von Dienstleistungen im Tausch gegen Modus 4 Bedingungen wirklich ein sehr schlechtes Geschäft ist. Sie sollten sich von der Illusion verabschieden, dass der Modus 4 irgendeine Erleichterung für ihre Probleme mit der Arbeitslosigkeit bringt. Die EU und die USA werden wahrscheinlich nur den Zugang für hoch qualifizierte Facharbeiter liberalisieren und das **verschlimmert lediglich ihren brain-drain.**

Sie müssen jetzt schon gewarnt werden, dass eine strategische Erklärung zu einem geschickt gewählten Zeitpunkt über einen Fahrplan zum Abbau von Exportsubventionen durch die EU kommen wird. Dies sollte nicht als Grund gesehen werden, wie eine wild gewordene Herde einem schlechten Abkommen nachzurrennen über die Landwirtschaft oder über ein anderes Thema.

Wichtig ist, schon Anfang September vorbeugend den Schwung der Verhandlungen umzukehren. Je mehr Druck von unten auf die Regierungen kommt, je komplexer die Verhandlungen werden, umso schwieriger wird es werden Übereinstimmung zu erzielen und umso größer ist die Möglichkeit den Prozess **zum Entgleisen zu bringen.**

Wir treten in die gefährlichste Phase der Verhandlungen ein, in der ein Abkommen entweder erreicht oder verworfen wird. Die kommenden vier Monate werden bestimmen, ob die WTO sich als der Motor der globalen Liberalisierung des Handels etablieren kann und wir in die Schöne Neue Welt mit noch mehr Liberalisierung eintreten oder ob der Prozess, der die Liberalisierung des Handels umkehrt, an Schwung gewinnen wird und dass die WTO als eine Maschine für die Globalisierung zerstört wird.

**Walden Bello ist Exekutivdirektor von Focus on the Global South und Soziologieprofessor an der Universität der Philippinen.*

Übersetzung: ehrenamtliche Übersetzerinnen coorditrad@attac.org Paul WOODS, Herbert KASER, SiG-Redaktion

Quelle:
<http://www.focusweb.org/main/html/Article658.html>

Ernährungssouveränität - noch immer ein unbekannter Begriff? Via Campesina fordert „Brot, Land und Freiheit“

Astrid Engel, BUKO Agrar Koordination

Beim Welternährungsgipfel 1996 wurde beschlossen, die Zahl der Hungernden und Unterernährten in der Welt bis zum Jahr 2015 um 400 Millionen auf die Hälfte zu verringern. Darüber hinaus wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der u.a. den gleichen Zugang zu Ressourcen für alle fordert sowie die aktive Sicherung und Ausgestaltung des Menschenrechts auf Nahrung. 2005, beim zweiten Millenniums-Gipfel der UNO, müssen sich die Regierungen eingestehen, dass sie ihr ehrgeiziges Ziel nicht erreichen werden.

Dennoch hält man an den alten „Rezepten“ - wie z.B. der Liberalisierung des Agrarhandels, der Förderung von Privatinvestitionen und neuen Technologien wie der Gentechnik und „Good Governance“ (bessere Regierungsführung) fest. Das veranlasst entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen und Bauernvereinigungen, verstärkt an das Versprechen von 1996, das **Menschenrecht auf Nahrung** umzusetzen, zu erinnern und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Einer ihrer Vorschläge ist das Konzept der Ernährungssouveränität.

La Via Campesina – Das Konzept der Ernährungssouveränität – Antwort auf die Globalisierung im Agrarbereich

Der Begriff Ernährungssouveränität wurde ursprünglich von La Via Campesina - einem weltweiten Zusammenschluss von Kleinbauern- und Landarbeiterorganisationen - geprägt. Dieser Zusammenschluss entstand nicht zuletzt aus der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern und Bäuerinnen angesichts der zunehmenden Globalisierung, die inzwischen auch die Landwirtschaft erfasst hat. Nach Auffassung von La Via Campesina dient diese Entwicklung nur den Exportinteressen der großen Industrienationen und dem internationalen Agrobusiness. Es wird befürchtet, dass die Anliegen der ländlichen Bevölkerung und die der Ernährungssicherheit zunehmend unter die Räder geraten. Diesen ‚drohenden Ausverkauf der Landwirtschaft möchte La Via Campesina verhindern, daher setzt sich die Organisation für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern und Landarbeiter durch faire Handelsbedingungen, größere soziale Gerechtigkeit und die Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise weltweit ein. Bereits beim Welternährungsgipfel 1996 brachte La Via Campesina seine Forderung nach Berücksichtigung bzw. Umsetzung von Ernährungssouveränität zum Ausdruck. Inzwischen wird diese Forderung von einer wachsenden Zahl von Bauernvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

Was bedeutet Ernährungssouveränität?

Ernährungssouveränität ist kein eindeutig definierter Begriff, dieser Ausdruck beinhaltet nicht zuletzt das politische Programm von

La Via Campesina. Seine wichtigsten Elemente sind die folgenden:

- Das Recht auf Nahrung ist ein menschliches **Grundrecht**. Daher muss jeder Mensch Zugang haben zu einer ausreichenden Menge gesunder, nahrhafter Lebensmittel, die seinen (z.B. kulturell bedingten) Ernährungsgewohnheiten entspricht und die es ihm ermöglichen, ein Leben in menschlicher Würde zu führen.
- Um dieses Recht umsetzen zu können, muss Ernährungssouveränität gewährleistet sein. Im Gegensatz zu Ernährungssicherheit, womit lediglich das Recht auf ausreichende Versorgung mit Essen gemeint ist, meint Ernährungssouveränität das Recht, jedes Einzelnen und jeder Nation, Nahrungsmittel zu produzieren. Dieser Begriff hat also eine starke soziale, politische und kulturelle Komponente.
- Konkret heißt das, dass die Produktionsmöglichkeiten für kleine und mittlere Produzenten geschaffen bzw. aufrechterhalten werden müssen. Die Kontrolle über die Produktionsmittel wie Wasser, Land, Saatgut und andere natürlichen Ressourcen müssen in ihren Händen liegen.
- Das heißt aber auch, dass jede Nation das Recht haben muss, die eigenen Kapazitäten zur Produktion von Nahrungsmitteln aufrecht zu erhalten und über den Grad an Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen. Daraus ergibt sich, dass jedes Land die Möglichkeit haben muss, eine entsprechende, eigenständige Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln und dabei neben den natürlichen Bedingungen auch kulturelle und produktionsstechnische Besonderheiten zu berücksichtigen. Dabei darf die Agrarproduktion in anderen Ländern jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Bedrohung der Ernährungssouveränität

Die in La Via Campesina zusammen geschlossenen Bauern und Bäuerinnen sehen ihre Möglichkeiten, Ernährungssouveränität zu verwirklichen, durch die ständige Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen immer mehr eingeschränkt.

Verantwortlich für diese Verschlechterungen sind zum einen nationale Regierungen: In Industrieländern wird zum einen die Überschussproduktion und Dumpingexporte gefördert, zum anderen wird in Entwicklungsländern die Produktion von Grundnahrungsmitteln zugunsten der Exportproduktion sträf-

lich vernachlässigt. Darüber hinaus gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von internationalen Regelwerken, die wachsenden Einfluss auf die Produktionsbedingungen der Bauern und Bäuerinnen weltweit haben, angefangen bei den Strukturanpassungsaufgaben des IWF über den Agrarvertrag der WTO (AoA) und das Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte bei der WTO (TRIPS) bis hin zum International Treaty (ehem. Undertaking) der FAO und der Konvention über Biologische Vielfalt.

Für La Via Campesina stellt - neben dem IWF und der Weltbank - insbesondere die WTO und deren Bestrebungen, den Weltagrarhandel zu liberalisieren eine Bedrohung für die Ernährungssouveränität dar. Die Kritik von La Via Campesina lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die derzeit geltenden „**Spielregeln**“ für den Weltagrarhandel wurden fast ausschließlich **von den Industrieländern** (vor allem EU und USA) **festgelegt**, die bei den letzten Agrarverhandlungen rücksichtslos ihre Interessen durchgesetzt haben - auf Kosten der Entwicklungsländer und vor allem auf Kosten der armen, ländlichen Bevölkerung dort. **Für La Via Campesina geht die Liberalisierung des Agrarsektors Hand in Hand mit der Globalisierung von Hunger und Armut, der Zerstörung bäuerlicher Produktionsstrukturen und des sozialen Gefüges auf dem Land.** So schreibt das Agrarabkommen der WTO, das der Exportproduktion eindeutig Vorrang gibt vor der Produktion für den lokalen Markt, die Politik der Strukturanpassung von IWF und Weltbank fest. Die WTO-Regeln unterstützen die weitere Intensivierung der Produktion und damit die Überschussproduktion. Direkte Einkommensübertragungen und von der Produktion unabhängige Unterstützungsmaßnahmen sind weiterhin legal. Diese Maßnahmen, die sich nur reiche Industrieländer leisten können, erlauben es den Bauern dort, ihre Produkte zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu exportieren. Die Subventionierung der Exporte, die in vielen Regionen des Südens die Produktion bereits ruiniert hat, wurde durch das Agrar-Abkommen sogar noch legalisiert. Außerdem unterstützt die WTO die Ausweitung des Agrarhandels, was zu einer **Verschärfung des internationalen Wettbewerbs** führt und die **Talfahrt der ohnehin niedrigen Agrarpreise verstärkt**. Für die bäuerlichen Familien hat dies alles verheerende Auswirkungen: Sie können dem verschärften Wettbewerb und den sinkenden Preisen nicht standhalten, werden oft

gezwungen, die Produktion aufzugeben und sind Armut und Hunger preisgegeben.

Massiv eingeschränkt wird die Ernährungssouveränität außerdem durch die **Ungleichverteilung von Land**. Die ungerechte Verteilung von Land und Vermögen ist nach wie vor eine der wichtigsten Ursachen von Hunger und Armut in vielen Entwicklungsländern. Obwohl die internationale Staatengemeinschaft dieses Problem offiziell anerkannt und ihren Willen bekundet hat, **Agrarreformprogramme** zu unterstützen, sind diese Aussagen bisher meist bloße Absichtserklärungen geblieben. Im Gegenteil: La Via Campesina beklagt, dass in der Mehrzahl der Entwicklungsländer Agrarreformprozesse ins Stocken geraten sind. Neben den neoliberalen Agrarpolitiken sind hierfür vor allem die internationalen Finanzinstitutionen wie der IWF und die Weltbank verantwortlich zu machen. So führt die aktuelle Politik der Weltbank dazu, dass Agrarreformprogramme, die in erster Linie auf Enteignung beruhen, zunehmend durch sogenannte „marktgestützte Landreformen“ ersetzt werden.

Eine weitere Einschränkung der Ernährungssouveränität geht von den drohenden Einschränkungen beim Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen aus. Entscheidend für die Bauern ist hierbei das Saatgut. Aufgrund der wachsenden ökonomischen Bedeutung der biologischen Vielfalt sind in letzter Zeit einige Regelwerke entstanden, die aber allesamt wenig geeignet sind, die Interessen der Bauern zu schützen. So werden durch die Regelungen des TRIPS-Abkommens die Länderregierungen dazu verpflichtet, Patente auf Lebewesen zuzulassen. Die mit der Patentierung einhergehende **Monopolisierung der Verfügungs- und Verwertungsrechte** von pflanzengenetischen Ressourcen in den Händen weniger international agierender Chemiefirmen stellt nach La Via Campesina eine akute Bedrohung der Ernährungssouveränität dar. Denn für die Bauern könnte dies bedeuten, dass sie in Zukunft nicht mehr die Möglichkeit haben, ihr eigenes Saatgut nachzubauen oder an andere Bauern weiter zu geben. An diesen Entwicklungen konnten auch die Beschlüsse und Absichtserklärungen und die ihm folgenden (besser gesagt: fehlenden) Umsetzungsprozesse des Welternährungsgipfels 1996 nichts ändern. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die gleichen Regierungen, die hier Absichtserklärungen zur Verringerung des Welthungerproblems unterschreiben, sich bei der WTO für die Liberalisierung des Agrarhandels und die Patentierung von Lebewesen einsetzen.

Forderungen von La Via Campesina

Um Ernährungssouveränität zu realisieren ist für La Via Campesina eine **grundlegende Umorientierung** der nationalen und internationalen Agrar- und Handelspolitiken erforderlich - **weg von der Ausrichtung auf die exportorientierte Intensivproduktion hin**

zur Förderung einer sozial und ökologisch vertraglichen Nahrungsmittelerzeugung.

Wesentliche **Forderungen**, die sich sowohl an die nationalen Regierungen als auch an das internationale Handelsregime richten, sind:

- Der Produktion von **gesunden, qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln**, die naturräumliche und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigt, muss Vorrang bei der staatlichen Förderung eingeräumt werden. Die Produktion erfolgt überwiegend für den Eigenbedarf beziehungsweise für **lokale oder nationale Märkte**.
- Den Bauern müssen **angemessene Preise** für ihre Produkte bezahlt werden.
- Die Erzeugung von **Überschüssen** wird durch interne Regulierungsmaßnahmen verhindert.
- Damit interne Unterstützungsmaßnahmen für die Grundnahrungsmittelproduktion (z.B. höhere Preise) wirksam eingesetzt werden können, muss **jedes Land** die Möglichkeit haben, **Schutzmaßnahmen** gegen den Import von „Billigprodukten“ zu ergreifen.
- Jegliche **Exportbeihilfen** und interne Unterstützungsmaßnahmen, die den Export zu Preisen unterhalb der Produktionskosten ermöglichen, müssen **verboten** werden.

Mit der Einschränkung der Überschussproduktion wird die Bedeutung des internationalen Handels automatisch drastisch sinken. Ein **Regulierungsbedarf** besteht dennoch, um zu gewährleisten, dass zukünftig der Austausch von Agrarprodukten (nach Möglichkeit auf regionaler Ebene) unter fairen Bedingungen, das heißt z.B. zu fairen Preisen stattfindet. **Der Verfall der Terms of Trade muss ein Ende haben.**

Der **Zugang zu Land** ist - ebenso wie die Kontrolle über die anderen natürlichen Ressourcen - die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bauernfamilien ihr Menschenrecht, sich zu ernähren, verwirklichen können. Daher erhebt La Via Campesina im Rahmen der gemeinsamen mit **FIAN** durchgeführten Kampagne „Brot, Land und Freiheit“ die Forderung nach Agrarreformen unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten. Dabei stützen sich die Organisationen auf den Artikel 11 des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, in dem das Menschenrecht auf Nahrung ausdrücklich anerkannt ist. Für sie ergibt sich daraus, dass Bauern und Bäuerinnen Zugang zu den Ressourcen haben müssen, die sie zur Nahrungsmittelproduktion benötigen - insbesondere zu Land.

Genetische Ressourcen sind das Ergebnis Jahrtausende alter Evolution und der Züchtungsarbeit von Bauern und indigenen Völkern. Die **Rechte der Bauern an ihrem Saatgut**, das heißt ihr geistiges Eigentum und ihre züchterische Leistung sind **anzuerkennen**. Die Patentierung und Vermarktung genetischer Ressourcen durch private Firmen muss untersagt werden. Die Vereinbarungen

der WTO über Rechte geistigen Eigentums sind unannehmbar. Bauern und indigene Gemeinschaften müssen das Recht haben, genetische Ressourcen - einschließlich Saatgut - frei zu nutzen.

Darüber hinaus fordert La Via Campesina grundlegende institutionelle Reformen. Zu den wichtigsten **Forderungen** gehören dabei:

- Landwirtschaft muss aus dem Regelungsbereich der WTO wieder herausgenommen werden. Denn eine Organisation, die sich die Durchsetzung des freien Welt Handels auf die Fahnen geschrieben hat, ist völlig ungeeignet, solch fundamental wichtige Bereiche wie die Nahrungsmittelproduktion, Gesundheit oder Umwelt zu kontrollieren. Eine Reform dieser Organisation, die diesen Themen angemessen Rechnung trägt, käme der Abschaffung der WTO gleich.
- Die Etablierung von demokratischen Strukturen zur Regelung von Nahrungsmittelproduktion und -handel ist dringend notwendig. Eine Möglichkeit wäre z.B. die Verantwortung für die internationalen Handelsregeln der UNCTAD zu unterstellen. Voraussetzung dafür wäre allerdings deren politische Stärkung und Reform, um die Transparenz zu erhöhen und demokratische Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten.
- Eine „World Food Convention on Food Sovereignty and Trade in Food and Agriculture“ sollte alle bisher bestehenden Regelungen zu Landwirtschaft innerhalb der WTO ersetzen. Diese Konvention sollte vom kommenden Welternährungsgipfel anerkannt und übernommen werden.
- Neue Handelsregeln müssen Menschenrechte berücksichtigen und andere bestehende internationale Regelwerke als gleichwertig akzeptieren.
- Um das Prinzip der Gewaltenteilung zumindest teilweise umzusetzen, sollte ein internationaler Gerichtshof für Handelsfragen eingerichtet werden.

1 *Internationaler Währungsfonds*

2 *WTO = World Trade Organisation; dt. Welthandelsorganisation,*

AoA = Agreement on Agriculture; dt.: Abkommen zur Landwirtschaft

3 *TRIPS = Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights; dt.: Abkommen Ober handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums*

4 *International Treaty on Plant Genetic Resources; dt.: Internationales Übereinkommen über pflanzengenetische Ressourcen*

5 *United Nations Conference on Trade and Development; dt.: Konferenz der Vereinten Nationen Ober Handel und Entwicklung*

Aus: Fünf Jahre später. Eine Bilanz von NRO fünf Jahre nach dem Welternährungsgipfel in Rom. Forum Umwelt & Entwicklung: 2002. S. 10-15.

Positionspapier des Agrarnetzes von Attac-Deutschland zum Weltagrarhandel

Eine andere Landwirtschaft ist möglich! Ernährungssouveränität jetzt!

Verabschiedet am 2. April 2005 in Witzenhausen

Landwirtschaft ist mehr als die bloße Produktion von Nahrungsmitteln. Sie erfüllt zahlreiche soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben: die Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, Umweltschutz, Kultur- und Landschaftsgestaltung sowie den Erhalt und die Pflege der bunten Vielfalt von regionalen Sorten, Anbauweisen und Lebensmitteln.

Unser Leitbild für die Landwirtschaft lautet **Ernährungssouveränität.** Diese meint das Recht jeder Gemeinschaft auf eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik – den eigenen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen entsprechend. Das ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, dem Recht jedes Menschen auf einen stabilen Zugang zu hochwertigen, kulturell angepassten Nahrungsmitteln in ausreichender Menge.

Globale Agrarwende statt Landwirtschaft im Dienste der Konzerne

Wir kritisieren eine vom Agrobusiness dominierte, umweltzerstörende und unsoziale Landwirtschaft, die lediglich an der Steigerung der Produktivität und der Maximierung von Profiten interessiert ist. Wir kritisieren auch, dass durch die Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut und die dafür anfallenden Patentgebühren vor allem die bäuerliche Landwirtschaft in eine weitere Abhängigkeit von Agrarkonzernen gebracht wird.

Deshalb fordern wir:

- die Förderung einer Ressourcen schonenden, sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft, insbesondere von kleinbäuerlichen Betrieben und Produktionsweisen
- die Förderung von Agrarreformen und die Stärkung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Landlosen
- das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Saatgut kostenlos wieder auszusäen und das Ende der agroindustriellen Gentechnik sowie aller Formen von Patentierung im Bereich lebender Organismen, Nahrung und Landwirtschaft.

Schutz vor Importen statt Liberalisierungszwang

Wir kritisieren, dass die Länder des Südens durch Organisationen wie die Welthandelsorganisation WTO und den Internationalen Währungsfonds IWF zu Marktöffnungen gezwungen werden. Bil-

ligimporte zerstören dort lokale und regionale Märkte der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und gefährden so die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung. Die Folgen sind Landflucht und eine weitere Verarmung der Menschen.

Deshalb fordern wir:

- das Recht jeder Gemeinschaft auf Importkontrollen ihrer Wahl entsprechend den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung – insbesondere zum Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Grundnahrungsmittelproduktion
- keinen weiteren Zwang zum Import von Mindestmengen und zu Liberalisierungsschritten in den Ländern des Südens. Diese Länder müssen im Gegenteil das Recht erhalten, schon eingegangene Marktöffnungsverpflichtungen wieder rückgängig zu machen, um sich vor Billigimporten schützen zu können.

Schuldenerlass statt Exportorientierung

Wir kritisieren eine durch hohe Schulden forcierte Exportorientierung der Landwirtschaft im Süden, die vielfach nur dem Agrobusiness, nicht aber Bauern und Bäuerinnen nutzt. Sie steht dem Leitbild der Ernährungssouveränität entgegen und ist häufig stark umweltbelastend.

Deshalb fordern wir:

- einen umfassenden Schuldenerlass für die Länder des Südens und damit die Verringerung des Zwangs zur Devisen-Erwirtschaftung. Sie müssen die Freiheit haben, weniger zu exportieren und ihre Produktion von Nahrungsmitteln vorrangig an den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung auszurichten sowie ihre regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung im Sinne von Ernährungssouveränität zu stärken.

Kehrtwende in der Subventionspolitik statt Förderung von Dumping

Wir kritisieren die derzeitige Agrarsubventionspolitik im Norden, die eine umweltgefährdende, hoch industrialisierte Produktionsweise fördert und zu Überschüssen führt. Diese Überschüsse werden zu Billigpreisen, die teils unterhalb der hiesigen Produktionskosten liegen, auf dem Weltmarkt abgesetzt, sei es mithilfe direkter oder indirekter Subventionierung von Exporten. Kleinbauern und -bäuerinnen wird durch diese Politik weltweit die Lebensgrundlage entzogen: Sie leiden unter dem Verfall der Weltmarkt-

preise als Folge von Dumping und Überproduktion und können mit Dumpingprodukten nicht konkurrieren.

Deshalb fordern wir:

- das Verbot von Dumping und das sofortige Ende jeder direkten und indirekten Subventionierung von Exporten. Um eine versteckte Subventionierung auszuschließen, sollten auch Nahrungsmittelhilfe und Exportkredite einer strengen Überprüfung unterworfen werden
- die Förderung bzw. Finanzierung inner ökologischer, auf den Binnenmarkt ausgerichteter und sozial gerechter landwirtschaftlicher Produktion, im Norden wie im Süden
- die uneingeschränkte Zulässigkeit von Maßnahmen zur Hungerbekämpfung in den Ländern des Südens. Diese Maßnahmen sollten von den Industrieländern finanziell unterstützt werden
- eine sinnvolle Nutzung von Instrumenten der Angebotsregulierung zur Verhinderung von Produktionsüberschüssen.

Marktöffnung für weiterverarbeitete Produkte statt Abschottung

Wir kritisieren, dass Industrieländer ihre eigenen Märkte für zahlreiche weiterverarbeitete Produkte aus dem Süden abschotten und damit den Ländern im Süden Entwicklungsmöglichkeiten verschließen.

Deshalb fordern wir:

- das Ende der so genannten Zollerhöhung für weiterverarbeitete Produkte in Industrieländern. Das würde den Ländern des Südens die Möglichkeit eröffnen, weiterverarbeitende Industrien aufzubauen, die einen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten können.

Faire Marktstrukturen statt Entrechtung der ProduzentInnen

Wir kritisieren die Machtverhältnisse im globalen Agrarhandel. Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten liegen in der Hand weniger Konzerne. Auch Düngemittel und Pflanzenschutzmittel sowie Saatgut werden von einer Handvoll Konzerne kontrolliert. Immer mehr Nahrung wird von immer weniger Supermarktketten verkauft, die den Landwirten die Preise diktieren und sie in einen Konkurrenzkampf zwingen, in dem sie nur durch nicht-nachhaltiges Wirtschaften mit hohen

sozialen und ökologischen Kosten bestehen können. Ihre Ernte müssen sie zu historischen Tiefpreisen anbieten, die häufig die Produktionskosten nicht decken. Diese Entwicklung bringt für Konzerne immer höhere Gewinne mit sich, für Landwirte und VerbraucherInnen jedoch immer größere Abhängigkeiten.

Deshalb fordern wir:

- dass monopolartige Strukturen einiger weniger Konzerne im Ernährungssektor aufgebrochen werden – sowohl bei der Versorgung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln bzw. Saatgut als auch bei Rohstoffen und weiterverarbeiteten Produkten
- dass BäuerInnen und LandarbeiterInnen für die Herstellung ihrer landwirtschaftlichen Produkte gerecht entlohnt werden und die Preise die Kosten für Mensch und Umwelt widerspiegeln

- eine weitestmöglich regionale Vermarktung von Agrarprodukten und die Förderung der Direktvermarktung. Produkte, die jenseits der Region angebaut und verarbeitet werden, sollten Ernteschwankungen abfedern und das Nahrungsmittelangebot ergänzen, nicht ersetzen.

Ernährungssouveränität statt Primat der Handelsinteressen

Die Welthandelsorganisation WTO ist mit ihren Regeln zum internationalen Agrarhandel, zum Schutz geistiger Eigentumsrechte und aufgrund der von ihr vorangetriebenen Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung mit verantwortlich für die fatale Situation im Weltagrarhandel.

Wir kritisieren die neoliberale Ausrich-

tung der WTO und ihre undemokratischen Entscheidungsstrukturen, die faktisch einseitig die Interessen der großen Wirtschaftsmächte und des Agrobusiness begünstigen.

Deshalb fordern wir:

- die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Die Ernährungssouveränität jeder Gemeinschaft muss vor jeglichen Profitinteressen stehen. Dazu bedarf es demokratisch legitimerter, internationaler Regeln. Aufgrund ihrer Politik der Handelsliberalisierung um jeden Preis und ihres Demokratiedefizits ist die WTO jedoch kein geeignetes Forum für diese Regeln. Der Agrarbereich muss deshalb völlig aus der WTO ausgegliedert werden.

Eine andere Landwirtschaft ist möglich! Ernährungssouveränität jetzt!

http://www.attac.de/agrarnetz/og_ausgabe.php?id=243

Reform des europäischen Zuckermarktes geht in die falsche Richtung

Gemeinsame Pressemitteilung von WWF, AbL, BUND, Germanwatch, NABU und WEED

Berlin, 18.07.05. Nach Ansicht der Umweltverbände WWF, AbL, BUND, Germanwatch und NABU und des EED, weisen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des europäischen Zuckermarktes in die falsche Richtung. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen halten die Reform für dringend notwendig, sowohl im Interesse der Zucker erzeugenden Entwicklungsländer, als auch für die Zuckerbauern in Europa. Es fehlten jedoch wichtige Aspekte, um eine sozial und ökologisch nachhaltige Zuckerwirtschaft innerhalb und außerhalb der EU zu fördern. Von den EU-Agrarministern, die heute zu ersten Beratungen zur Reform zusammenkommen, erwarten sie Nachbesserungen.

- Senkung der Zuckererzeugung in der EU auf deutlich unter 90 Prozent des Binnenverbrauchs, um international eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, durch Kürzung der vorhandenen Quoten;
- Stopp des Exports von so genanntem "C-Zucker" (Zucker, der bisher über die Quoten hinaus erzeugt und – gegen WTO-Recht – verbilligt exportiert wird);
- Eine moderate Preissenkung in der EU, dafür Verzicht auf Ausgleichszahlungen an europäische Zuckerrübenbauern;
- Kopplung aller Fördermaßnahmen an Kriterien, die eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung des Anbaus und der Produktion von Zucker und alternativer Agrargüter innerhalb und außerhalb Europas gewährleisten;
- Die Aufstockung der vorgesehenen finanziellen Mittel für die AKP-Staaten (Zucker exportierende Länder Afrikas und des Pazifikraums) auf 500 Millionen Euro jährlich (bislang sind für das erste Jahr lediglich 40 Millionen Euro vorgesehen) und die Integration der am wenigsten entwickelten Länder in die Unterstützungsprogramme;
- Maßnahmen zur Vermeidung von Dreiecksgeschäften zwischen den Entwicklungsländern.

*Die vorliegenden Reformvorschläge erfüllen diese Kriterien aus Sicht der Verbände nicht. "Der Entwurf bedroht nicht nur die Existenzen vieler europäischer Zuckerrübenbauern, Belange der internationalen Armutsbekämpfung sowie des Umwelt- und Naturschutzes werden mit Füßen getreten", kritisiert Tanja Dräger de Teran vom WWF. Besonders schwer wiege die **Verfehlung des Ziels, den ärmsten Entwicklungsländern über den ab 2009 zugestandenem zollfreien Zugang zum EU-Zuckermarkt Möglichkeiten der Wertschöpfung zu geben.** Durch die vorgeschlagene drastische Senkung der Mindestpreise um 39 Prozent werden diese Länder erhebliche Einkommensverluste erfahren, so die Landwirtschaftsexpertin.*

Das Problem sei daher nicht, dass der EU-Markt mit Zucker, beispielsweise aus Brasilien, überschüttet würde. Auch nach der Reform wird der europäische Zuckermarkt durch Zollsätzen von bis zu 300 Prozent geschützt bleiben.

*In der Vergangenheit hat die Zuckermarktordnung durch das widerrechtliche Dumping von jährlich etwa drei Millionen Tonnen Zucker sowie durch die Abschottung der europäischen Märkte, wettbewerbsfähige Erzeuger verdrängt und damit zum Verlust tausender Arbeitsplätze gerade in den ärmsten Entwicklungsländern beigetragen. **Anstatt Überschüsse zu produzieren, sollte die Produktion erheblich gesenkt werden.** Damit würde die EU ihren **Beitrag für einen faireren Welthandel** und zur Armutsbekämpfung leisten und könnte die bei Ausgleichszahlungen und Anpassungssubventionen gesparten Gelder für die gezielte Förderung in Entwicklungsländern einsetzen.*

Weitere Infos: [Germanwatch: Ernährungssicherung und Agrarhandel](http://www.germanwatch.org/presse/2005-07-18.htm) <http://www.germanwatch.org/presse/2005-07-18.htm>

Handel global – Menschen egal?

Internationale Konferenz über Auswirkungen des totalitären Freihandelsregimes, die laufende Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) und Aktionsplanung Stuttgart, 30. September – 2. Oktober 2005

Weltweit kämpfen immer mehr Menschen darum, ihren Lebensunterhalt in einer menschenwürdigen Weise erwerben zu können. Die WTO steht für ein internationales Regelwerk der globalisierten Weltwirtschaft, das die „Interessen international tätiger Unternehmen fördert“, so eine UN-Studie aus dem Jahr 2000, aber den Menschen das "Wirtschaften" und das Überleben zunehmend erschwert. Laut dieser Studie sind „Militarisierung, ökonomische Restrukturierung, Handels- und Kapitalliberalisierungen Hauptursachen für Menschenrechtsverletzungen.“ In den 10 Jahren seit Gründung der WTO haben Millionen von Bauern ihre Lebensgrundlage durch billige Nahrungsmittellieferungen verloren. Sozialsysteme wurden und werden abgebaut. Die Umwelt wird immer schonungsloser ausgebeutet.

Die in diesem Jahr anstehenden Entscheidungen (**Allgemeiner Rat der WTO, 19.-20. Oktober, 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong, 13.-18. Dezember**) und die vorliegenden Verhandlungsvorschläge lassen weitere Zerstörungen der Volkswirtschaften, eine drastische Verschärfung der globalen Standortkonkurrenz und massive Angriffe auf Umweltschutzregeln befürchten. Sozialsysteme, Verbraucherschutz, öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch Ernährungssouveränität und ökologische Landwirtschaft sind akut gefährdet.

Öffentliche Dienstleistungen und Güter werden unter zunehmenden Kommerzialisierungsdruck gestellt. Eine der treibenden Kräfte dabei ist die EU, die über das Kommissariat für Handel bei der WTO die Interessen europäischer Konzerne durchdrückt. Bei den laufenden Verhandlungen treibt die EU vor allem die Marktöffnung für Industriegüter, Wasserversorgung und Dienstleistungen in Entwicklungsländern voran. Die 3-WTO-Buchstaben sind inzwischen zum Signal der Globalisierungsgegner gegen die WTO mutiert und stehen auch für erfolgreichen globalen Widerstand, weltweite Solidarität und die gemeinsame Arbeit an einer besseren Welt. **Zweimal - 1999 in Seattle und 2003 in Cancun - ist es gelungen, die WTO zu stoppen und dadurch eine Erweiterung ihrer Kompetenzen zu verhindern.** Durch die Auseinandersetzung mit dem lebensfeindlichen Regelwerk der WTO haben sich internationale Netzwerke gebildet, eine fruchtbare Diskussion über Alternativen für eine solidarische und ökologische Weltwirtschaft ist entstanden.

Wir laden zu dieser Konferenz ein, um Bilanz nach 10 Jahren WTO zu ziehen, die aktuellen Entwicklungen zu studieren und um den gemeinsamen Widerstand und den Einsatz für Alternativen bei den kommenden entscheidenden WTO-Sitzungen zu organisieren

<http://www.attac.de/wto/hongkong-konferenz.html>

Aufruf für eine internationale Mobilisierung in Genf

Stoppen wir die Konzernherrschaft in der WTO vor Hongkong !!

Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO von Hongkong im Dezember 2005 rückt näher. Die Verhandlungen werden im Vorfeld vorangetrieben. Diesmal will die WTO einen Erfolg vermelden. Denn nach dem Scheitern der Ministerkonferenz im Cancun wurde die Verhandlungsstrategie geändert: Nun sollen grössere Konflikte bereits vor Hongkong an verschiedenen Treffen des WTO-Generalrats in Genf ausgeräumt werden. Damit schaltet die WTO auch Öffentlichkeit und Druck seitens der Bevölkerung aus - wurden dadurch doch frühere Ministerkonferenzen teilweise blockiert.

Entscheide sollen also vermehrt geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt werden. Die Zivilgesellschaft muss sich gegen diese Strategie wehren!

Das "Juli-Rahmendokument", das im letzten

Jahr beschlossen wurde, zeigt, dass ein neuer Wind bläst. Der Generalrat im Juli in diesem Jahr, der ohne Verhandlungsergebnis zu Ende ging, hat das Ziel der Verhandlungen einmal mehr deutlich gemacht: Die laufende Verhandlungsrunde steht einmal mehr im Dienste der Konzerne und tritt die Interessen von KleinbäuerInnen, Frauen, Beschäftigten und Armen sowie den Umweltschutz mit Füßen. Angesichts der Entwicklungen in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen und Industriegüter - und angesichts des aktuellen Kräfteverhältnisses innerhalb der WTO - sind die jüngsten Vorgänge sehr besorgniserregend. Daher ist es entscheidend, öffentlichen Druck aufzubauen und die internationale Aufmerksamkeit auf die nächsten Treffen des WTO-Generalrats in Genf zu lenken.

Die sozialen Bewegungen und die Zivilge-

sellschaft müssen präsent sein, um die Mitglieder der WTO zur Verantwortung zu ziehen. Die Interessen der Entwicklungsländer, der weltweiten Bevölkerung und der Umwelt dürfen nicht länger durch die fortschreitende Handelsliberalisierung missachtet werden! Vor der Ministerkonferenz in Hongkong sind die Scheinwerfer auf das WTO-Generalrats-Treffen von Oktober gerichtet, an dem wichtige Entscheide in allen Sektoren vorgespurt werden sollen. Die Ministerkonferenz soll dann nur noch bereits gefallene Entscheide bestätigen.

Die sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind aufgerufen, für eine Aktionswoche gegen die Konzernherrschaft der WTO während des Generalrats zu mobilisieren:

Internationale Grossdemonstration am 15. Oktober in Genf

Observatorium der Verhandlungen, Lobbying und symbolische Aktionen vom 17. bis 21. Oktober in Genf.

Regierungen und WTO sollen unsere Präsenz spüren!

Vor Hongkong... STOPPEN wir die WTO und die Konzerne...in Genf!

Unterzeichner:u.a.: Alliance genevoise des Peuples /attac Deutschland, AG Welthandel&WTO / attac Austria / attac France / attac Greece / attac Hungary /attac Italia / attac Poland / attac Quebec / attac Romania / attac Spain / attac Sweden / attac Switzerland / attac Vlaanderen/ BanglaPraxis, Dhak, Bangladesh /CADTM Belgique /CADTM Suisse / Campagna per la Riforma della Banca Mondiale, Italy /CGIL Funzione Pubblica, Italy /Coordination Paysanne Européenne / Dutch GATS-platform / Ecological Society of Bangladesh/ Focus on the Global South /Forum National sur la Dette et la Pauvrete de Côte d'Ivoire (FNDP) /Friends of the Earth International / Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, Germany / KMPMP (Congress of Worker's Unity), Philippines / Mouvement d'Action Paysanne (MAP), Belgique / Oxfam International / Syndicat Interprofessionnel des Travailleurs/euses (SIT), Geneva /Via Campesina / World Economy, Ecology and Development (WEED), Germany

http://www.omc-wto.org/index.php?option=com_content&task=view&id=40&Itemid=9&lang=ge

Irans Atomkonflikt in der Sackgasse:

Neuer Golfkrieg kann nur durch Atomwaffenfreie Zone gebannt werden - Vorschlag eines Sieben-Punkte-Plans

19. August 2005

... Der UN-Sicherheitsrat beschließt auf Betreiben der USA harte Sanktionen gegen den Iran. Die USA und Israel drohen dem Iran mit Präventivkrieg. Als Reaktion darauf beginnt die iranische Marine, im Persischen Golf Minen zu verlegen. Der Iran kündigt an, den gesamten Öltransport zu blockieren. Der Westen reagiert auf diese erschreckende Nachricht mit Empörung, Strangulierungsängste begünstigen antiislamische Ressentiments, das Gespenst von der islamischen Bedrohung gegen die Freiheit und den Wohlstand des Westens geht erneut um die Welt. Russland und China verhalten sich im Konflikt, angesichts des Ernstes der Lage, neutral, die USA beginnen mit Vorbereitungen für einen Militäreinsatz. Eine Neuauflage der Kriegsallianz von 1990, diesmal gegen den Iran, erscheint in Sicht, der Westen bewegt sich auf einen neuen Ölkrieg zu. Die Reaktionen auf der anderen Seite der Front lassen nicht lange auf sich warten. Millionen Iraner, nicht nur Regimeanhänger, sondern auch Reformen und national Gesinnte, beteiligen sich an antiamerikanischen Demonstrationen, Tausende melden sich freiwillig für die Front. In Islamabad, Damaskus, Jakarta gibt es spontane antiwestliche Demonstrationen aus Solidarität mit ihren Schwestern und Brüdern im Iran. Die Hisbollah-Miliz im Südlibanon wird mobilisiert, die radikalen Schiiten eröffnen eine neue Kriegsfront gegen die US-Besatzungsmacht im Irak. In Pakistan spitzt sich die Lage zu, ein Putsch gegen Amerikas Freund Pervis Musharraf kann nicht mehr ausgeschlossen werden, die USA erwägen deshalb eine Militärintervention auch in Pakistan, um das pakistanische Atomwaffenarsenal vor dem Zugriff der Islamisten in der pakistanischen Armee sicherzustellen. Al Qaida nutzt die Gunst der Stunde und ruft zum Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen auf, eine neue Welle von Selbstmordattentätern in westlichen Staaten, auch in Berlin und Paris, mit vielen Toten und Verletzten, schließt den Kreislauf der Gewalt. Huntingtons Krieg der Kulturen wird zur bitteren Realität. ...

... Zu dieser Eskalation, die die Welt an den Rand des Chaos führte, kam es, weil die EU-Verhandlungen scheiterten und der Iran mit der Urananreicherung in vollem Umfang begonnen hat. ...

Der Iran hat ein Sicherheitsproblem

Zugegeben: das oben Beschriebene ist ein Horror-Szenario – unrealistisch ist es aber trotzdem nicht. Das denkbar Mögliche in seiner ganzen Tragweite zu denken, kann helfen gegenzusteuern, bevor es zu spät ist. Auf der EU lastet dabei eine große Verantwortung. Kann sie aber die Eskalation ver-

hindern? Ihre Verhandlungsstrategie ist allerdings in eine Sackgasse geraten, sie zielt offenbar darauf, dem Iran die moralische Schuld für das Scheitern der Verhandlungen zuzuschreiben, was wiederum die Eskalation verschärft. Die Verhandlungen sind gescheitert, weil die EU sich um den eigentlichen Konfliktkern herumogelt und weil der Iran das eigene militärische Problem hinter der friedlichen Nutzung der Atomenergie versteckt.

Der Iran ist durch die militärische Präsenz der USA im Irak, Afghanistan, Saudi Arabien und den zentralasiatischen Staaten von allen Seiten regelrecht eingekreist. Hinzu kommt das noch schwerwiegendere Sicherheitsproblem, das Israels atomares Arsenal hervorruft. Israel verfügt über 200 – 300 atomare Sprengköpfe und alle dazugehörigen Trägersysteme. Dadurch liegt der gesamte Mittlere und Nahe Osten, also auch Iran, in der Reichweite von Israels Atomwaffen. Dieser Weg ist die gefährlichste und im übrigen auch teuerste Option, um Israels Sicherheit zu garantieren, er entfesselt vielmehr ein Wettrüsten in der gesamten Region. Die politische Elite der Islamischen Republik reagiert darauf mit eigenen aufwändigen Aufrüstungsprogrammen. Dabei folgt sie der mörderischen Logik der Ballence of Power (Gleichgewicht der Kräfte) einer im Westen selbstverständlichen Doktrin aus der realistischen Schule. Zu diesen Aufrüstungsprogrammen gehört auch die vollständige Beherrschung der Nukleartechnologie. Die Urananreicherung spielt dabei eine Schlüsselrolle, die alle politischen Instanzen des Iran im Konsens als unverhandelbares Recht deklarieren. Auch der neue iranische Präsident Ahmadinedschad lässt daran keinen Zweifel. Sein Ziel ist ein „fortschrittlicher und starker Iran“. Irans Position mag völkerrechtlich und machtpolitisch nachvollziehbar sein, sie ist aber dennoch keine Lösung für sein Sicherheitsproblem. Iranische Atomwaffen verschärfen das Wettrüsten in der Region und sind daher inakzeptabel. Genau so inakzeptabel ist aber auch Israels Atomarsenal.

Die EU im Schlepptau der USA

Die Europäische Union verlangt vom Iran einen dauerhaften Verzicht auf die Urananreicherung und bietet als Gegenleistung wirtschaftliche Anreize und die Bereitstellung von nuklearen Brennstoffen zur Stromerzeugung. Im Klartext sagt die EU zum Iran: Ihr dürft auf keinen Fall in den Besitz von Atombomben kommen - und Euer Sicherheitsproblem ist für uns zweitrangig. Auf diese Weise liefert die EU der im Iran und in der gesamten islamischen Welt ohnehin vorherrschenden Meinung neue Nah-

ring, sie verfolgten ebenso wie die USA eine Politik mit zweierlei Maß: Israels Atomwaffen würden geduldet, islamischen Ländern dieselben aber versagt. Mit ihrer gegenwärtigen Position befindet sich aber die EU im Schlepptau der US-Politik der militärischen Einkreisung Irans. Der Iran wird so dazu getrieben, sein Atomprogramm erst recht in vollem Umfang wieder aufzunehmen und, wenn nötig, auch aus dem Atomsperrvertrag auszusteigen. Mit der Schuldzuweisung an die iranische Adresse kaschiert die EU, dass sie bisher die historische Chance verpasst hat, eigenständige friedenspolitische Alternativen zu entwickeln. Stattdessen liefert sie nun bewusst oder unbewusst die moralische Legitimation für UN-Sanktionen gegen den Iran und den Beginn einer neuen und gefährlichen Eskalation ganz im Sinne der US-Neokonservativen.

Noch ist nicht alles verloren

Die EU hätte immer noch die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen und die Kriegsperspektive abzuwenden. Dazu müsste sie als weitere Gegenleistung für den iranischen Verzicht auf Urananreicherung eine baldige Konferenz für die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten in Aussicht stellen. Dies wäre für die EU eine, vielleicht sogar die einzige, Möglichkeit zu einem Befreiungsschlag in letzter Minute, um aus der Sackgasse herauszukommen. So könnte ein neues Fenster geöffnet werden, das es dem Iran erlaubt, auf die Urananreicherung bis auf weiteres doch noch zu verzichten. Dadurch wird es auch möglich, die Zukunft für die gesamte Region neu zu denken. Die Perspektive einer Organisation der regionalen Sicherheit für den Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) ist ohnehin die einzig denkbare Grundlage nicht nur für eine dauerhafte Sicherheit der westlichen Ölversorgung und für die Existenz Israels, sondern auch für die friedliche Regelung zahlreicher anderer grenzüberschreitender ethnischer Konflikte sowie Streitigkeiten um die Nutzung von Ölquellen, Wasserquellen und Wasserstrassen. Europa ist die einzige politische und moralische Macht, die dieses Fenster des Friedens für eine der sensibelsten Regionen der Welt öffnen kann. Es lohnt sich, dafür propagandistische Angriffe der US-Neokonservativen und von Israels Scharon auf sich zu nehmen: Reformkräfte in der gesamten Region, auch in Israel, erhielten neuen Auftrieb und der innenpolitische Konsens für Atomwaffen verlöre im Iran seine Legitimation. Aber auch in Israel könnte eine offene Debatte über Alternativen zur atomar gestützten Sicherheitspolitik beginnen.

Haben aber die drei führenden EU-Staaten

Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Willen und den Mut für diese Aufgabe und diese historische Chance?

Ein Sieben-Punkte-Plan für den Iran

Ob nun Europa es will oder in der Lage ist, die historische Chance zu nutzen, die Islamische Republik Iran hat ein substanzielles Interesse an Frieden und politischer Stabilität im Großraum Mittlerer Osten. Der Iran hat dank seiner geopolitischen Lage auch vielfältige Möglichkeiten, die Perspektive für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone zum wichtigsten Thema der Weltpolitik und vor allem des Mittleren Ostens zu machen. Er hat auch gute Voraussetzungen, die Führung bei dieser zukunftsfähigen Perspektive zu übernehmen und dabei die gegenwärtige internationale Isolation in ihr Gegenteil zu verkehren. Dadurch könnte gleichzeitig der US-Hegemonialstrategie, die auf Spaltung, Destabilität, Feindschaft, Misstrauen, Konflikten und Kriegen in dieser besonders sensiblen Region aufbaut, die Grundlage entzogen werden. Diese Perspektive dürfte in der Region, auch in Israel, und darüber hinaus auch international, selbst in den Vereinigten Staaten, auf Zustimmung stoßen. Gegner einer solchen iranischen Initiative, ganz besonders Hegemonialpolitiker und Kriegstreiber in Washington, hätten es schwer, der Welt ihre ablehnende Haltung zu erklären

und würden sich selbst isolieren. Diese Perspektive braucht aber seitens Iran eine kluge und gut durchdachte Strategie, die im folgenden Sieben-Punkte-Plan skizziert werden kann:

1. Die Islamische Republik Iran erklärt die Errichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten zum vordringlichsten Ziel ihrer Mittel- und Nahostpolitik und fordert alle Staaten der Region – einschließlich Israel – auf, sich grundsätzlich zu Verhandlungen für dieses Ziel bereit zu erklären.
2. Der Iran unterbreitet allen Staaten der Region einen Verfahrensvorschlag für den Beginn einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.
3. Der Iran erklärt seine Bereitschaft, mit dem Beginn der Verhandlungen die Urananreicherung als vertrauensbildende Maßnahme bis auf weiteres freiwillig auszusetzen.
4. Der Iran bietet allen Staaten der Region ebenfalls als vertrauensbildende Maßnahme an, bilaterale Nichtangriffsabkommen zu vereinbaren.
5. Der Iran schlägt Irak und den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates die Bildung einer gemeinsamen Kommission vor, mit dem Ziel, Verfahren und Regeln für den

Zugang zu internationalen Gewässern, zur Beilegung von Streitigkeiten bei der gemeinsamen Nutzung des Shatt-al-Arab und bei den grenzüberschreitenden Öl- und Gasvorkommen sowie zur Klärung sonstiger Territorialfragen zu entwickeln.

6. Der Iran erklärt sich bereit, gemeinsam mit allen Staaten im Mittleren und Nahen Osten Schritte zur Reduzierung der Militärpotentiale und zur Entwicklung von Konzepten zur gemeinsamen Sicherheit einzuleiten.

7. Der Iran schlägt die Schaffung eines Regionalfonds vor, der dazu dienen soll Aufbauprogramme in Palästina, Kurdistan und allen schwach entwickelten Regionen zu fördern sowie gemeinsame ökonomische und soziale Projekte und Aufbauprogramme, wie die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stromnetzes für die gesamte Region zu finanzieren. Das gleiche gilt auch für die Einrichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen, für Programme zur Armutsbekämpfung, zur Alphabetisierung und zur medizinischen Grundversorgung im Gesundheitsbereich, die Einrichtung von Institutionen für den Katastrophenschutz, für Programme zur Bekämpfung von Wüstenausbreitung und zum Ausbau regenerativer Energienutzung sowie zur Einrichtung von gemeinsamen Forschungsinstituten und Universitäten.

Kooperation für den Frieden - Der Kooperationsrat – Aufruf an Verbände, Gewerkschaften, Initiativen der sozialen Bewegungen und Friedensgruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Jetzt vor der Bundestagswahl die Kandidaten fragen: "Wie werden Sie sich angesichts der Planungen für einen Militärschlag gegen den Iran verhalten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diese Gefahr abzuwenden?"

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Friedensforscher Prof. Dr. Mohssen Massarat hat in diesen Tagen einen eindringlichen Appell an die Friedensbewegung und an die deutsche und europäische Politik gerichtet. Die Wahrscheinlichkeit eines Militärschlages gegen den Iran, die Wahrscheinlichkeit eines verheerenden Szenarios hat zugenommen:

Wenn die Verhandlungen der EU mit dem Iran bezüglich der iranischen Atomanlagen scheitern, wird der Sicherheitsrat angerufen. Sanktionen werden beschlossen. Ein Angriff auf den Iran – möglicherweise auch allein durch die USA durchgeführt – steht bevor. Der US-Präsident wird nicht müde, öffentlich zu bekunden, dass er sich "alle Optionen" offen hält. Die Eskalation im Mittleren Osten und weltweit wird weiter angeheizt – mit unkalkulierbaren Folgen.

Massarat: "Die Dramatik und Dimension eines möglichen US-Krieges gegen den Iran warnt vor allem uns in Europa, nicht nur sehenden Auges die nächste Eskalationsstufe abzuwarten, sondern nach Auswegen zu suchen, bevor es zu spät ist. Noch ist nicht alles verloren." (Siehe anhängende Analyse)

Die Friedensbewegung darf nicht zusehen und warten, bis der Weg zu einem Militärschlag unwideruflich beschränkt wird. Wir müssen jetzt alarmieren! Nutzen wir dazu auch die Bundestagswahl!

Fragt die KandidatInnen in Euren und die aus anderen Wahlkreisen, wie sie sich angesichts dieser Entwicklung im neuen Bundestag verhalten werden!

Geht auf die Internetseite www.kandidatenwatch.de und stellt den einzelnen Bewerberinnen und Bewerbern eine konkrete Frage. ("Wie werden Sie sich als Abgeordnete/r bezüglich des drohenden Angriffs auf den Iran positionieren? Welche Maßnahmen haben Sie vorgesehen, um diese

neue Eskalation im Mittleren Osten zu verhindern?")

Diese Frage kann ganz einfach in die Maske kopiert und/oder mit eigenen Worten verändert oder ergänzt werden.

Werbt für diese Möglichkeit der KandidatInnen-Befragung auch in den örtlichen Medien.

Wenn Ihr ausführlicher und zu weiteren friedenspolitischen Themen die BundestagskandidatInnen befragen wollt, die Kooperation für den Frieden hat dazu einen Fragebogen und ein Anschreiben an die KandidatInnen auf ihrer Internetseite: www.kooperation-frieden.de

Mit freundlichem Gruß
Kathrin Vogler, Susanne Grabenhorst, Matthias Jochheim. SprecherInnen der Kooperation für den Frieden

<http://www.friedenskooperative.de>

Samir Amin

Demokratie, die Imperialmächte und der Respekt für die nationale Souveränität

Einige Grundsätze im Kampf um echte Demokratie im Nahen Osten

Samir Amin, einer der Theoretiker der globalisierungskritischen Bewegung (SiG45), traf auf der Tagung „Marxismus 2005“ Aktivisten, um über den Kampf für Demokratie im Nahen Osten zu diskutieren. Wir drucken ausgesuchte Höhepunkte des Treffens ab.

Wir müssen uns an eine Anzahl grundlegender Prinzipien erinnern, um die Frage nach der Demokratie in ihrem echten Bezugsnetz des Fortschritts zu stellen. Wir können die Demokratie nicht abge-sondert von den anderen Fragen in der Region Mittlerer Osten, oder irgendeiner Region der Welt, erörtern.

Ich denke nicht, dass das, was vor sich geht, eine «samtene Revolution», eine «demokratische Revolution» ist. Ich glaube überhaupt nicht an «samtene Revolutionen», nicht einmal an die erste, der dieser Name verliehen wurde; geschweige denn an sogenannte «demokratische Revolutionen», die eigentlich CIA-Operationen sind, wie die in der Ukraine, Georgien und so fort. Das heißt aber nicht, dass die Frage der Demokratie nicht eine der grundlegenden Herausforderungen wäre, mit denen die Menschen dieser Region konfrontiert sind.

Eine Reihe von Grundsätzen

Der erste Grundsatz:

Wir dürfen das Thema Demokratisierung der Gesellschaft nicht getrennt von sozialem Fortschritt und von dem Respekt für die nationale Souveränität der Völker und Staaten betrachten.

In der Vergangenheit hat es gesellschaftliche Entwicklungsmuster mit wenig bis praktisch keiner Demokratie gegeben.

Das ist nicht mehr annehmbar. Gesellschaftlicher Fortschritt kann nur mit und durch Berücksichtigung der Demokratie erreicht werden.

Allerdings mag ich das Wort «Demokratie» nicht. Ich ziehe «**Demokratisierung**» vor, womit ich einen **langen, schwierigen Prozess** meine, der alle Aspekte gesellschaftlichen Lebens tangiert: den politischen natürlich, aber auch den der Wirtschaftsführung, der Familie, usw. Demokratie ohne gesellschaftlichen Fortschritt --- Demokratie in einem Neoliberalismus, einer euro-amerikanischen Schablone für den Mittleren Osten --- ist indiskutabel. Es entzieht der Demokratie jede Legitimität und Glaubwürdigkeit.

Und **Demokratie kann auch nicht von nationaler Souveränität getrennt werden**; sie kann nicht mit Waffengewalt importiert oder mit «friedlichen Mitteln» eines imperialistischen Systems eingeführt werden. Das bezieht sich hauptsächlich auf die "Zedernrevolution" im Libanon, eine anders gelagerte Situation als die im Irak. Im einen Fall wird «Demokratie» mit den Waffen der US-Armee gebracht, im anderen mit diplomatischem Druck.

Zweiter Grundsatz:

Demokratie ist nicht das wirkliche Ziel der vorherrschenden Kräfte im weltweiten imperialistischen System. Es war es nie in der Vergangenheit, und ist es auch in der Gegenwart um keinen Deut mehr. Das wahre Ziel des gegenwärtig vorherrschenden Kapitalismus ist der **kollektive Imperialismus des Dreiecks USA, Europa, Japan**. Über all diesem steht das US-amerikanische Projekt der militärischen Kontrolle über den Planeten. Sie plündern die Bodenschätze, insbesondere Öl, um ihre Verbündeten ihrem Diktat und dem kollektiven Imperialismus zu unterwerfen, der ausschließlich auf den Nutzen der multinationalen Konzerne ausgerichtet ist. Das ist das wahre Ziel. Wo bleibt da die Demokratie? Sie ist «**großes Blabla**». Zu Zeiten des Merkantilismus zogen die Spanier nach Südamerika, um es zu plündern, und nicht, um «die Heiden zu bekehren». In den Kolonialzeiten war es die Ideologie, die Kolonien zu «zivilisieren». Jetzt ist das große Blabla, die «Demokratie zu fördern».

Aus diesen zwei Prinzipien leite ich ein **drittes** ab:

Niemals die westlichen imperialistischen Kräfte zu Hilfe zu rufen, egal, in welcher Verfassung man ist. Man mag mit einer sehr schwierigen Lage konfrontiert sein, sogar Schlachten verlieren, aber man sollte niemals in dem Irrglauben verfallen, man könne gewinnen, wenn man sich die Imperialmächte zu Verbündeten macht.

Unter diesem Gesichtspunkt werde ich kurz die einzelnen Fälle beleuchten. Über den **Iran** muss ich sagen: ich war nicht überrascht von der Niederlage des früheren Präsidenten, Haschemi Rafsanjani. Die pausenlosen Anti-Iran-Diskurse und Drohungen seitens der USA und Europas sind für jeden Iraner inakzeptabel. Ob Moslem oder nicht, alle Iraner sind Nationalisten und hassen jene Art Druck auf ihr eigenes Land. Rafsanjanis Philosophie --- «wir wollen gute Beziehungen zu den USA» --- ist ebenfalls inakzeptabel. Der Diskurs seines konservativen Gegners, Mahmud Ahmadinejad stimmte voll mit der spontanen Haltung der Iraner überein: «Zur Hölle mit euch! Wenn ihr gute Beziehungen zu uns haben wollt, ist das euer Problem, Amerikaner, nicht unseres.»

Der zweite Punkt ist, dass die Liberalisierung gewisser Aspekte der Gesellschaft, gegen die ich nichts habe, zu Rafsanjanis Zeit begleitet war vom Neoliberalismus, von verstärkter Ungleichheit.

Das ist der eine offensichtliche Fall. Der andere Fall ist derjenige von **Ägypten**, in der es heute einen starken Klassenkampf gibt. Aber es gibt auch eine wachsende Forderung nach Demokratie, hauptsächlich aus der Mittelklasse.

Die Forderungen der Arbeiter nach Gewerkschaften oder der Bauern nach Genossenschaften sind demokratische Forderungen, sie beziehen sich deutlich auf soziale Bewegungen und ihren sozialen Kampf. Es sind keine allgemeinen Forderungen, und diese Bevölkerungskreise glauben nicht an die Gültigkeit von Wahlen.

Aber von der Mittelklasse gibt es diese allgemeine Forderung. Im gegenwärtigen Zustand sind sie verwirrt, und eine Minderheit nimmt an, dass der Westen immer noch ein Verbündeter im Kampf für Demokratie ist.

Samir Amin's aktuelles Buch trägt den Titel: "The Liberal Virus, Permanent War and the Americanization of the World".

Iran

Peyman Jafari

Fangen wir mit den letzten Wahlen an, die Samir Amin erwähnte. Viele waren überrascht von Ahmadinejads Sieg. Der Grund ist, dass Ahmadinejad, ein Hardliner, 62% der Stimmen bekam. Das geschieht nach einer Periode gesellschaftlicher Reformen, die der aktuelle Präsident Muhammad Khatami durchführte, der jetzt sein Reformprojekt verloren hat.

Was geschah da? Bevor ich auf diesen Punkt zurückkomme, möchte ich eine weitere Reaktion erwähnen: die Reaktion des Weißen Hauses. Das Weiße Haus hat das iranische Regime immer wieder mit der Androhung militärischer Angriffe unter Druck gesetzt. Die USA haben sich nie um Demokratie geschert, und werden das auch in Zukunft nie tun. Sie scherten sich keinen Deut um die Demokratie im Iran, als sie Muhammad Mussadegh 1953 absetzten, den demokratisch gewählten Premierminister, der das Öl verstaatlichte.

Sie scherten sich nicht um Demokratie, als sie die Diktatur des Schahs unterstützten. Und sie scheren sich auch heute einen Dreck um die Demokratie, wenn sie das Regime im Iran loswerden wollen.

Es gibt eine populäre Erklärung, wonach die letzten Wahlen ein Staatsstreich gewesen seien. Es gab massiven Betrug, und von über tausend Kandidaten wurden nur 7 zugelassen.

Also war dies offensichtlich keine demokratische Wahl; aber es einen Staatsstreich zu

nennen, hieße, sowohl die Uneinigkeit in der Regierung zu überschätzen, als auch die große Zahl von Menschen zu unterschätzen, die tatsächlich für Ahmadinejad gestimmt haben.

Dafür gab es drei Gründe:

Zunächst betonte Ahmadinejad den Kampf gegen Armut und fehlende Gleichberechtigung. Einer von vier Iranern lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung kontrollieren drei Viertel des Gesamteinkommens.

Der zweite Faktor ist, dass die Drohungen der USA den Konservativen einen Grund für die Unterdrückung der demokratischen Bewegung geliefert haben.

Der dritte ist, dass Khatami keine echten Reformen gebracht hat. Das hat einen Haufen Leute enttäuscht, die nun wiederum die Wahlen boykottiert haben. Aber das ist nicht das Ende des Kampfes für Demokratie im Iran --- die Widersprüche werden noch anwachsen. Diese Widersprüche verlaufen auf zwei Bahnen:

Der erste Widerspruch ist der zwischen der theokratischen Natur des Regimes und den Volksinstitutionen. Wichtiger jedoch ist die zweite Bahn, nämlich die zwischen den kapitalistischen Interessen (die versuchen, den Neoliberalismus einzuführen) und den anderen Interessen (die versuchen, das Volk über populistische Maßnahmen wie z. B. die Umschichtung von Reichtum zu mobilisieren) verläuft. Als Rafsanjani 1989 Präsident wurde, begann er, die Wirtschaft zu liberali-

sieren. Hunderte von Gesellschaften wurden privatisiert, und er handelte Verträge mit dem IWF und der Weltbank aus. Die Arbeitslosigkeit stieg, und Subventionen wurden gestrichen. Das führte zu riesigen Krawallen im Frühjahr 1990. Es war Rafsanjani, jetzt der «pragmatische» Führer, das Liebling des Westens, der der Polizei den Befehl gab, Demonstranten aus Helikoptern abzuschießen, und damit Hunderte tötete. Ich denke, das öffnet einen Blick hinter die Kulissen der laufenden Entwicklung. Die herrschende Klasse im Iran war damit beschäftigt, Verhandlungswege mit der früheren Opposition zu finden. Khatami kam zum Schluss, dass er die Liberalisierung um einen Gang runterschalten musste, um die Opposition abzdämpfen, und versuchen musste, die Bevölkerung in den offiziellen Kanälen der iranischen Politik einzubinden. Aber diese Ansätze sind gescheitert, weil sie es nicht fertig brachten, die echten Machtstrukturen der iranischen Politik zu bewegen. Das war die erste Begrenzung der Reformbewegung.

Die zweite Begrenzung ist, dass jene außerhalb des Regimes nicht fähig waren, die Forderung nach Demokratisierung mit den Forderungen nach gesellschaftlicher Entwicklung zu verbinden. Das wird die Herausforderung für die Linke im Iran und im ganzen Mittleren Osten für die kommenden Jahre sein.

Peyman Jafari ist ein iranischer Aktivist, der in den Niederlanden lebt

Ägypten

Tamer Wagieh

Es gibt zwei falsche Argumente, die vorgebracht werden, um zu belegen warum der Mittlerer Osten und Ägypten nicht demokratisch sind.

Das Erste ist das "**kulturelle**", rassistische **Argument**. Es besagt, dass der Mittlerer Osten und die Araber — aufgrund des Islams, aufgrund ihrer Kultur — nicht in der Lage sind demokratisch zu sein. Sogar in den Strassen Ägyptens findet man das Argument, dass wir von einer strengen Hand regiert werden müssen. Selbstverständlich ist das Unfug.

Das zweite Argument, das wichtiger ist, besagt, dass Ägypten nicht demokratisch ist, weil es nicht kapitalistisch oder nicht in ausreichendem Maße kapitalistisch ist. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass wir mehr Kapitalismus brauchen, damit Ägypten demokratisch wird.

Das Gegenteil trifft zu — Ägypten ist **nicht demokratisch, weil es kapitalistisch** ist. Selbstverständlich ist die Tatsache, dass Kapitalismus nicht demokratisch ist, keine Vorgabe — sie hängt von der Situation ab. In den vergangenen 25 Jahren, und besonders nach 1991, ist die herrschende Klasse in Ä-

gypten beharrlich einer neoliberalen Agenda gefolgt.

Diese Agenda brauchte eine eiserne Faust um Arbeitnehmer von den staatlichen Produktionsstätten zu verdrängen, um den Bauern ihr Land zu nehmen und um den Markt zu liberalisieren.

Imperialismus ist ein weiterer Faktor, der erklärt, warum Ägypten eine Diktatur ist. Der Mittlere Osten ist eine zentrale Region für den internationalen Kapitalismus und Ägypten ist **ein zentrales Land im Mittleren Osten**. Der US Imperialismus hat immer geglaubt, dass Diktatoren für Stabilität sorgen würden.

Jährlich erhält Ägypten immense Geldsummen von den USA, die zum größten Teil für den Kauf von Waffen verwendet werden, die bereit liegen für was auch immer in Ägypten geschehen mag. Die ägyptische Armee ist 1977 und 1986 in Inland eingesetzt worden, um zivile Aufstände zu ersticken.

Die Lage ist aber im Begriff sich zu ändern. Die USA fragen sich, ob es richtig oder falsch ist, eine Diktatur zu haben, ob sie vielleicht nicht ein anderes Regime haben könn-

ten, die ihre Interessen bedient.

Der Grund dafür ist, dass das ägyptische Regime schwächer, korrupter und leistungsunfähiger wird. **Ein Raum hat sich geöffnet für diejenigen, die für Demokratie kämpfen.**

Es geschehen Sachen, an die wir vor einen oder zwei Jahren überhaupt nicht gedacht hätten.

So haben zum Beispiel vor einigen Monaten, die ägyptischen Richter einen Protest organisiert und die Absage ihrer Teilnahme an der Wahlüberwachung angekündigt, falls die Gesetze für die Regierungswahlen nicht abgeändert würden, um wirklich demokratisch zu sein.

Wir haben einen **zögerlichen Imperialismus**, eine **geschwächte herrschende Klasse** und wir haben auch, was für uns Sozialisten wichtiger ist, eine **aufkommende Bewegung**. Es ist keine Massenbewegung, aber sie hat Perspektiven.

Diese Bewegung trägt den Namen **Kifaya**, was "genug" bedeutet. Diese Bewegung hat Zuwachs. Kifaya war der Anfang, jetzt aber schießen unterschiedliche Bewegungen und Initiativen wie Pilze aus der Erde. Es gibt

„die Jugend für die Wende“, „Frauen für die Wende“, „Professoren für die Wende“ und täglich tun sich fünf oder sechs Menschen zusammen und bilden eine neue Gruppe. Jeder ist begeistert auf die Strassen zu gehen. In den vergangenen Monaten sind verschiedene Demos, sowohl in Kairos Stadtmitte wie in den Außenbezirken oder Umgebung, organisiert worden.

Meines Erachtens ist dies die zentrale Bewegung, die auf allen Ebenen den Ball ins Rollen bringen kann. Was erwarten wir als Sozialisten von dieser Bewegung? Das Erste ist, dass diese Bewegung ihr unmittelbares Ziel erreicht - Demokratie. Als zweites sollte diese Bewegung in der Lage sein, den Weg für tiefere Veränderungen in der Gesellschaft zu ebnen.

Abschließend möchte ich einige Punkte über die Form der Weiterentwicklung hervorheben.

Der erste Punkt ist, dass die demokratische Bewegung noch nicht vereint ist – es besteht Auseinandersetzungsbedarf. Die größte Be-

drohung für die Einheit stellt die [islamistische] Muslimbruderschaft dar. Unter den Linken und unter den arabischen Nationalisten bestehen große Zweifel daran, dass die Bruderschaft demokratisch ist, man meint, dass sie nur ein Spiel treibt und so weiter. Das teilt die Bewegung zu unserem Nachteil. Wir streben die Einheit nicht an, um der Einheit Willen, aber wir streben sie an, weil wir eine Massenbewegung haben möchten. Auch hier haben wir Probleme. Einige Führer der Bewegung sind zögerlich. Sie machen sich mehr Gedanken über die Medien, als über die Massen. Dieses Phänomen findet man überall auf der Welt.

Über den Kampf für die Einheit der Bewegung hinaus, sollten Sozialisten dafür kämpfen als unabhängige Teilnehmer dieser Bewegung diese voran zu bringen. Wir sind aktiv gewesen bei der Entwicklung und Weiterbringung von Gruppen, wie „Jugend für die Wende“, die viel mehr Bezug zu den Strassen haben.

Wir stehen vor Herausforderungen. Wenn

wir aber eine Massenbewegung haben, eine einheitliche Bewegung, werden sich für uns Perspektiven für tiefere Veränderungen eröffnen, als die der Kapitalismusdemokratie. Wenn die Massen einmal auf den Strassen sind, glaube ich nicht, dass sie nach fairen Wahlen rufen werden und dann zurück in ihre Häuser gehen ohne nach Brot und Butter zu rufen. So ist also die Bedingung für eine tiefere Bewegung als die der Kapitalismusdemokratie, eine Massenbewegung mit einem linken Flügel in ihren Reihen.

Zuletzt möchte ich erwähnen, dass die nächsten Monate, wegen der Präsidents- und Parlamentswahlen im September und Oktober, sehr wichtig sein werden. Dies wird für alle die Frage nach Demokratie und nach der Beziehung zwischen Demokratie und Gleichheit auf allen Ebenen aufwerfen. Wir müssen diesen Kampf bis zum Ende gehen.

Tamer Wagieh ist führender Aktivist und Mitglied des Sozialistischen Studienzentrums

Libanon

Ghassan Makarem

Ich möchte einige Ziffern liefern, die das belegen, was Samir in der Einführung gesagt hat. Eine weltweite Erhebung befragte die Menschen 2002, ob sie glaubten, dass Demokratie eine gute Regierungsform sei.

61% der Beantworter aus arabischen Ländern stimmten zu, gegenüber der 52% in Westeuropa und 38% in den USA, Kanada, Australien und Neuseeland.

Vor einigen Jahren fragten die Vereinten Nationen, ob Demokratie durch militärische Intervention hervorgebracht werden könnte. Zwischen 82 und 97% der Bevölkerung in den arabischen Ländern lehnte es ab.

Also, welche Art von Demokratie wünschen wir uns? Die beste Art diese Frage zu beantworten ist darüber zu reden, welche Art von Demokratie wir aufbauen wollen.

Der Libanon hatte einen Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1990. Der Krieg zerstörte einen Großteil des Landes, aber er zerstörte nicht alle Bewegungen des Landes.

Einige Jahre nach Kriegsende fanden überall in Beirut Demonstrationen gegen die [Palästinensisch-Israelischen] Oslo-Abkommen statt. Die Regierung befahl Soldaten das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen. Dabei wurden 11 demonstrierende Frauen getötet.

Die Bewegung wurde 1994 wieder aufgenommen. Demonstrationen und Streiks haben dazu geführt, dass der Mindestlohn auf \$200 im Monat erhöht wurde, was von großer Bedeutung war. Die Gewerkschaftsbewegung und einigen der neuen linken politischen Gruppen gelang es, sich bei den 1996er Wahlen auf einer großen Liste mit zur Wahl zu stellen.

Bei diesen Wahlen war es interessant, dass die Libanesisch-Kommunistische Partei al-

leine 15% der Stimmen erhalten hat, sie kam aber nicht in das Parlament, weil wir kein proportionales Vertretungssystem haben. Ihr Generalsekretär bekam die Mehrheit in seinen Wahlbezirk, aber während der erneuten Stimmzählung sind ein Paar Wahlurnen verloren gegangen.

Und 1996 war ein entscheidender Punkt bei der Entwicklung einer echten demokratischen Bewegung im Lande, sowohl für die linken, wie für die liberalen demokratischen Kräfte. Das Hauptziel der Kampagne war es, lokale Wahlen abzuhalten – die ersten seit 1963. Es war eine Volkskampagne, die uns 1998 das Wahlrecht für unsere Gemeinden einbrachte.

Seitdem haben wir mit Unterstützung der Bevölkerung verschiedene Kampagnen durchgeführt.

Die Erste, und wahrscheinlich die Größte, war die Kampagne für die standesamtliche Eheschließung. Wir leben in einem Konfessionsstaat, und wenn Du einer gewissen Religion angehörst, kannst Du nur unter den Gesetzen deiner eigenen Religion heiraten. Wir führten eine Kampagne durch, um das Wähleralter von 21 auf 18 zu senken, eine Kampagne gegen den Krieg in Afghanistan und eine zur Solidarität mit Palästina. Kleine Filmclub- und Diskussionsgruppen waren im ganzen Land aktiv.

Ein entscheidender Punkt war die Antiglobalisierungskonferenz 2001, die eine Neuordnung der Linken möglich machte. Kurz darauf fand die israelische Belagerung von Ramallah statt. An dieser Stelle möchte ich den Vergleich zwischen echten demokratischen Bewegungen und der Zedernrevolution ziehen. Während der Belagerung von Ramallah nahm eine Aktivistengruppe den zentralen

Platz in der Beiruter Stadtmitte ein – der Platz der vor einigen Monaten zum Festschauplatz für die neueste Gucci Mode der Zedernrevolution war.

Diese "Revolution" wurde von den alten sektiererischen Milizen beherrscht, ohne Diskussionen, ohne Demokratie.

Wenn Sie die Geschehnisse der Demonstrationen von 2002 und die Antikriegskampagnen betrachten, werden Sie sehen, dass sie von Frauen und Männern geführt wurden, dass sie zum ersten Mal in der arabischen Welt den öffentlichen Auftritt von Schwulen- und Lesbengruppen zuließen, dass sie eine Boykottkampagne gegen Firmen, die Israel unterstützten, begannen.

Am 27. Mai 2004 haben Arbeitnehmer aus allen Konfessionen gegen steigende Preise demonstriert. Die Regierung von Rafiq Hariri kam zu dem Schluss, dass nur die Armee die Demonstranten stoppen könnte. Fünf Arbeitnehmer wurden getötet.

Dies ist der Unterschied zwischen der Zedernrevolution und der echten demokratischen Kämpfe im Libanon.

Wir müssen mit dem Aufbau einer neuen und echten demokratischen Bewegung in der Region beginnen.

Ghassan Makarem ist Kampagnenführer für die Demokratie aus dem Libanon

Übersetzung: ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, Dominik Wezel, Helga Heidrich SiG-redaktion, coeditrad@attac.org

Quelle

http://www.socialistworker.co.uk/article.php4?article_id=7031

[K]Eine Lizenz zum Töten

KSK Killerkommandos jagen Drogenbarone in Afghanistan

In den letzten Wochen und Monate entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit zwischen Deutschland und Afghanistan. Mehr als 100 KSK-Soldaten brachen im Mai Richtung Hindukush auf, demnächst folgen achthundert Soldaten zur Verstärkung des ISAF-Kontingents und zusätzlich reisen in diesen Tagen einige dutzend Beamte von Zollfahndung und BKA nach Kabul um afghanische Polizisten(1) im Antidrogenkampf zu schulen.

Die Nervosität und Konzeptlosigkeit hinter diesem Aktionismus ist kaum zu verheimlichen. Zu gerne hätte die deutsche Regierung ein Erfolgsmodell für militärische Interventionen, das sich positiv gegenüber dem US-Debakel im Irak abhebt. Sowohl für die Wahlen in Deutschland wäre dies hilfreich als auch für den erhofften Aufstieg auf der weltpolitischen Bühne mit Hilfe eines Sitzes im UN-Sicherheitsrat.

Doch die schöne Fassade des zivilmilitärischen Experiments bröckelt. Der Widerstand in Afghanistan nimmt zu, die Kampfhandlungen der westlichen Truppen ebenso, der Drogenhandel floriert wie nie und das KSK erfüllt völkerrechtswidrige Tötungsaufträge. Von einer Normalisierung scheint die Lage in Afghanistan noch Jahrzehnte entfernt und unter den dort eingesetzten Soldaten macht sich Frustration - und Angst - breit.

Brüchiger Erfolg

In offiziellen Verlautbarungen der Enduring Freedom Allianz überwiegen die Erfolgsgeschichten. Am 30. Juni 2005 vermeldete das Verteidigungsministerium in Kabul das Ende der Entwaffnung der afghanischen Milizen (dpa 30.6.2005). Im September wird in Afghanistan gewählt und die Sicherheitslage ist angeblich so entspannt, dass Kriegsflüchtlinge seit einigen Wochen laut Beschluss der Innenministerkonferenz abgeschoben werden dürfen. Die Hamburger Behörden sind dabei besonders eifrig und wollen nun neben allein stehenden Männern auch verheiratete Paare abschieben. Dass gleichzeitig der Hamburger LKA-Dienststellenleiter Helmut Hedrich gegenüber dem Hamburger Abendblatt (21.7.2005) vor dem Abflug zu seinem Einsatz in Kabul erklärte "Wir werden dauerhaft Schutzwesten tragen, nachts nicht auf die Straßen gehen. Schließlich ist Kabul das Zentrum einer echten Krisenregion," das erscheint den deutschen Behörden nicht als Widerspruch.

Zu einer realistischen Lagebeurteilung ist scheinbar keiner der westlichen Alliierten in der Lage. Noch im Winter erklärte die US-Armee die Taliban für fast völlig aufgerieben "doch seit dem Frühjahr lieferten sich die islamistischen Kämpfer heftige Gefechte mit afghanischen Soldaten und den sie unterstützenden multinationalen Truppen unter

US-Kommando, an der auch Bundeswehrsoldaten beteiligt sind." (spiegel-online 1.7.2005) Dieser Widerstand gilt nach der Entwaffnung der "regulären" Milizen nun ausschließlich als kriminell oder terroristisch. In den so genannten illegalen Milizen sind nach Schätzungen (UNAMA) ca. 120.000 Bewaffnete in rund 1800 Gruppen organisiert.

Narkostaat Afghanistan?

Besonders die Milizen, die als Privatarmee für Drogenbarone fungieren sind allem Anschein nach hervorragend ausgebildet und ausgerüstet. "Schwer bewaffnete Konvois, bis zu 60 Jeeps voller Opium, Heroin und Morphinbase, rasen über die Ebenen im Westen Richtung Iran," berichtet der Stern (7.7.2005) und zitiert einen KSK-Mann mit der Aussage "wir wissen, dass ehemalige Kräfte des australischen und des britischen Special Airservice dabei sind." Militärisch sind die Drogenkartelle kaum in den Griff zu bekommen. Schon seit Jahren versuchen die iranischen Behörden - vergeblich - mit über 40.000 Soldaten und Polizisten sowie mit Milliardeninvestitionen in Grenzsicherung (Mauern, Gräbern, Überwachung) den Drogentransit aus Afghanistan zu stoppen.(2) In Afghanistan wird 50% des Bruttoinlandsprodukts über Drogenanbau und -handel erzielt. Die Rhetorik der westlichen Staaten blendet aus, dass sehr viele Menschen in Afghanistan existenziell auf diese Einnahmen angewiesen sind und wie stark deswegen der Widerstand sein wird, wenn westliche Truppen - oder von diesen eingesetzte afghanische Sicherheitskräfte - die Mohnfelder vernichten. Im Distrikt Rustak etwa kam es im Mai zu schweren Unruhen, nachdem zahlreiche Mohnfelder niedergebrannt worden waren. In der Weltbankstudie "Breaking the conflict trap" (2003) wird die begrenzte Umsetzbarkeit eines rein sicherheitspolitischen Ansatzes, der nur auf Verbot und Zerstörung der Produktion ausgerichtet ist, erläutert und darauf verwiesen, dass durch bloße Verbotspolitik Bürgerkriege geradezu herbeigeführt werden. "Das Problem dieses produktionsorientierten Ansatzes ist, dass es Gebiete außerhalb der Kontrolle einer anerkannten Regierung enorm wertvoll werden lässt und so automatisch dazu beiträgt Rebellionen zu fördern." (S.144) Erfolgversprechender erscheint es hier, die Kooperation der Bauern durch ökonomische Alternativen zum Mohnanbau zu unterstützen und durch eine aufgeklärte Drogenpolitik in den Abnehmerstaaten (z.B. kontrollierte Abgabe von Heroin an Abhängige) die Gewinnspanne und damit die Attraktivität des Handels zu senken. Überhaupt scheinen sich in Afghanistan viele Fehler aus früheren Phasen der Entwicklungspolitik zu wiederholen. Anstatt z.B. den Bauern Mindestpreise für ihre Wei-

zernernte zu garantieren, wird der Preis durch Hilfslieferungen gedrückt.

Letztes Aufgebot

Doch ursachenorientierte und langfristige Drogenpolitik steht nicht auf der Tagesordnung der alliierten Besatzer in Afghanistan. Die Devise scheint zu lauten, wo Gewalt nicht hilft, da ist eben noch mehr Gewalt notwendig. Geplant ist, dass der alte Bundestag noch vor seiner Auflösung, wahrscheinlich am 7. September 2005, über die Erhöhung des ISAF-Kontingents auf 3000 Soldaten abstimmen soll. Zur Zeit stocken auch zahlreiche andere Staaten ihre Militärkontingente in Afghanistan auf. Großbritannien, die Niederlande, Australien und Spanien schicken jeweils hunderte von Soldaten - meist Spezialtruppen. Teilweise werden damit die ISAF-Kontingente aufgestockt, die Mehrheit wird jedoch für den so genannten "Antiterrorereinsatz" Enduring Freedom entsandt.

Die offiziellen Begründungen sind meist Sicherung der Parlamentswahlen im September. Parallel, aber durchaus mit einander verknüpft, werden der ISAF-Einsatz und Enduring Freedom vorangetrieben. Der ISAF-Einsatz soll besonders mit Hilfe der Bundeswehrsoldaten schrittweise auf das ganze Land ausgedehnt werden. Verteidigungsminister Struck erklärte hierzu, es mache wenig Sinn, dass sich die Bundeswehr in Afghanistan räumlich so stark eingrenze(3). In Kunduz wird die Bundeswehr in den nächsten Monaten auch von 93 österreichischen Soldaten, überwiegend Elitesoldaten, so genannte Kaderpräsenzeinheiten unterstützt (Der Kurier 29.7.2005). In Faisabad wird das dortige Bundeswehrkontingent in "Sicherheitsfragen" von den Elitetruppen des Kommandospezialkräfte unterstützt. Die meisten Elitesoldaten der verschiedenen nationalen Kontingente befinden sich aber im formal getrennten "Antiterrorereinsatz" Enduring Freedom, der zur Zeit schwerpunktmäßig die Rebellen in der Grenzregion zu Pakistan und die Drogenökonomie angreift. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung kamen seit Anfang 2005 mehr als 600 Menschen ums Leben, darunter Aufständische, aber auch zahlreiche Zivilisten und rund 50 US-Soldaten. (vienna-online, 27.7.2005). Die häufigen Opfer in der Zivilbevölkerung tragen sehr zur Verschlechterung der Stimmung gegenüber den Besatzern bei. Anfang Juli starben bei einem US-Luftangriff, vorwiegend auf terroristische Ziele, in der Provinz Kunar im Osten Afghanistans 17 Dorfbewohner, überwiegend Frauen und Kinder. Aber nicht nur die Stimmung gegen das US-Militär ist schlecht, auch die deutschen ISAF-Soldaten sind in der Bevölkerung keineswegs beliebt. Immer wieder gibt es gegen die deutschen Soldaten Anschlagversuche und Drohungen. Reuters berichtet am

11.7.2005 von einem Angriff auf einen Konvoi mit Bundeswehrsoldaten nahe Kabul.

Beim deutschen Stützpunkt in Kunduz sollen Flugblätter mit der Forderung nach dem Abzug der ausländischen Truppen verteilt worden sein. (Welt 28.6.2005) Schon im Jahr 2003 zitiert die Welt (16.10.) einen Bundeswehrsoldaten mit der Äußerung "Eigentlich wollen uns die Menschen nicht." Der Artikel konstatierte weiter "Zuerst seien die Kinder nur freundlich gewesen, in letzter Zeit hätten jedoch die Steinwürfe zugenommen..." Im Internet sollen Erklärungen afghanischer Islamisten kursieren, in denen Bundeswehrsoldaten der Tötung von Muslimen beschuldigt werden (Welt 15.7.2005).

Die Anwesenheit der westlichen Truppen scheint auch negativ auf die Arbeit von Hilfsorganisationen auszuwirken. Dass "Helfer als Handlanger" wahrgenommen werden, lässt sich wohl aus den zunehmenden Anschlügen gegen Hilfsorganisationen schließen. Dies liegt möglicherweise daran, dass einerseits Hilfsorganisationen - mehr oder weniger freiwillig - immer stärker mit Militärs kooperieren und andererseits die Besatzungstruppen selbst die Trennung zwischen zivil und militärisch verwischen, indem sie versuchen sich als Entwicklungshelfer zu präsentieren (Wiederaufbauteams!). Jürgen Lieser, Leiter der Katastrophenhilfe von Caritas International, formuliert in einem Positionspapier, das was viele Hilfsorganisationen beschäftigt: "Hilfsorganisationen müssen sich angesichts dieser Entwicklungen fragen, ob sie nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden ..." Enge Kooperation mit dem Militär stellt zudem "die Unabhängigkeit der Hilfsorganisationen in Frage und führt auch zu einer konkreten Gefährdung der Helfer, weil diese von der Gegenseite mit den feindlichen Truppen identifiziert werden."(4)

Drug Enforcement mit Killerkommandos

Zivil-militärische Zusammenarbeit auf einer anderen Ebene stellt die Ausbildungshilfe deutscher Polizisten für afghanische Sicherheitskräfte dar. Der Polizeieinsatz ist der einzige bundesdeutsche Einsatz der auch erklärtermaßen ein Antidrogeneinsatz ist. Otto Schily informierte am 22.7.2005 die Öffentlichkeit: "Die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels ist eine der wichtigsten Aufgaben Afghanistans. Wir unterstützen Afghanistan in diesem Kampf und werden es durch professionelle Schulung seiner Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, selbst effektiv gegen den Rauschgifthandel vorzugehen."

All zu sehr scheint sich die deutsche Regierung aber nicht auf die Fähigkeit oder Willigkeit der afghanischen Behörden zu verlassen, es deutet alles darauf hin, dass KSK-Soldaten und andere Spezialtruppen seit Mai 2005 massiv Drogenbekämpfung durchführen. Gegenüber dem Stern (7.7.2005) berichteten Soldaten davon, dass "der Einsatz in Afghanistan aufs Ausschalten von Hoch-

wertzielen im Drogengeschäft hinaus(läuft). Einige Offiziere haben uns nach Stabsbriefings klipp und klar gesagt, dass es um drug enforcement geht." Dass hier nicht an rechtsstaatliche Prozesse gedacht ist ergänzen die Soldaten ganz offen "Wir sollen die Drahtzieher ausschalten, eliminieren." Seit Mai 2005 ist bekannt(5), dass KSK-Kommandos bei ihrem Einsatz im Südosten Afghanistans in begrenztem Umfang über direkte Kampfhandlungen "direct action" selbst entscheiden können. Um was es sich dabei konkret handelt ist erschreckend: "Nie habe man in Calw so hart 'Direct Action' trainiert wie in diesem Jahr, und zwar die dreckigen Varianten: Mehrere Trupps landen verdeckt, überfallen mit großer Feuerkraft den Feind - kurz gucken, eliminieren." Bundeswehrsoldaten üben Attentate, neudeutsch "Assasinationen" - und führen diese wahrscheinlich auch durch.

Als "Kommando Spezialkiller" bezeichnet deswegen der Oberstleutnant der Bundeswehr Jürgen Rose das KSK in einem Artikel (Freitag, 22.7.2005). Die Tötungspraxis auf purem Verdacht, in der Regel wohl auf Denunziation und Gerüchte hin widerspricht nicht nur dem Grundgesetz sondern auch internationalem Recht. Die Genfer Konvention (Artikel 3) regelt klar: "Personen, die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen, ... sollen unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden ... Zu diesem Zwecke sind und bleiben in bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und jedenorts verboten: a.) Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, ... d.) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordnungsmäßig bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet." Dieser Schutz vor willkürlichen Hinrichtungen gilt übrigens völlig unabhängig davon, ob es sich um mutmaßliche Drogenkriminelle oder um mutmaßliche Terroristen handelt. Da allerdings der Kampf gegen Drogenkriminalität nicht vom Mandat des Bundestags gedeckt ist, scheint sich die Praxis einzuspielen, Drogenhandel mit Terrorismus zu identifizieren. Der Bundestagsbeschluss am 17.11.2001 begrenzt die Aufgabe auf Terrorbekämpfung "Ziel ist es, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen..."(6) Der verteidigungspolitische der SPD, Rainer Arnold, erklärte auf die Frage, ob KSK-Soldaten entgegen ihres Mandats auch gegen Drogenbosse im Einsatz seien: "Da gibt es Überschneidungen. Ein Terrorist kann sein Terrorgeschäft über Drogen finanzieren."(ddp 14.7.2005) Zynisch könnte man vermuten, dass erschossene Drogendealer hinterher immer auch Terroristen gewesen sein werden.

Demokratische Kontrolle ausgeschlossen

Der Öffentlichkeiten und wohl auch vielen Parlamentariern bleibt im Moment kaum

mehr als Vermutungen und Indizien über das was das KSK tatsächlich tut. Auf welcher Grundlage die Bundestagsabgeordneten ihre Entscheidung über eine Ausweitung des Bundeswehrmandats treffen sollen bleibt völlig unklar. Alle wichtigen Angaben zu den KSK-Einsätzen sind Verschlussache - obwohl genau diese Einsätze wesentlich zur Eskalation vor Ort und damit auch zur Gefährdung der Soldaten beitragen. Es gibt keine Informationen über den Umfang, über das Einsatzgebiet, über den genauen Auftrag - noch nicht einmal über die gefallenen Soldaten. Und offensichtlich gab es tote KSK-Soldaten, das Internetportal German-Foreign-Policy spricht von bis zu 12 Toten. Eine Aussage, die der ehemalige Brigadegeneral Heinz Loquai indirekt bestätigt. Ihm sei schon vor einiger Zeit zu Ohren gekommen, "dass deutsche Soldaten bei KSK-Einsätzen ums Leben gekommen sind und die Familienangehörigen massiv unter Druck gesetzt werden, um zu verhindern, dass die Medien darüber etwas erfahren."(7) Nach Angaben von Spiegel-Online (21.5.2005) sind nicht einmal die Obleute der Bundestagsfraktionen über den genauen Auftrag und den militärischen Befehl unterrichtet. Dennoch ist von den meisten Parlamentariern kein Widerstand gegen diese Praxis zu erwarten. Kritische Stimmen kommen allerdings verstärkt von Seiten der Bundeswehrsoldaten und selbst der KSK-Soldaten vor Ort, die sich "als Spielball der Politik sehen"(8) und befürchten für einen Sitz im Weltsicherheitsrat von der Bundesregierung verheizt zu werden.

Auch wenn die deutschen Todesschwadronen als logische Konsequenz der immer aggressiveren Außen- und Militärpolitik erscheinen: Kriegsverbrechen dürfen niemals toleriert werden! Bundeswehrsoldaten in Afghanistan sind keine Lösung - sie sind Teil des Problems.

Anmerkungen:

- (1)Meldung des Bundesministeriums des Innern, 21.7.2005.
- (2)Gouverneur, Cédric, Der Opiumkrieg an der Grenze des Iran, in: Le Monde diplomatique, Nr. 6701 vom 15.3.2002.
- (3)Sipotec, 21.7.2005.
- (4)Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege. http://www.ageh.de/informationen/con_05/con_1_05/Lieser-Caritas-mue.pdf
- (5)Haydt, Claudia / Pflüger, Tobias: Eskalation in Afghanistan, 27.5.2005. <http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1174>
- (6)http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/jab2002/1/1_2_html#1
- (7)Zitiert nach Rose, Jürgen: Kommandos Spezialkiller, Freitag 22.7.2005.
- (8)Rauss, Uli: Diesmal wird es Tote geben (Stern 7.7.2005)

IMI-Analyse 2005/020 , 31.7.2005

<http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1205>

Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich!

Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen von Erfurt, 24. Juli 2005

Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Immer weniger vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politikerinnen und Politiker. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Es hat sich als falsch erwiesen, daß durch Sozialabbau die Erwerbslosigkeit gesenkt wird. Das Gegenteil ist eingetreten und wird durch das Festhalten an der Lissabon-Strategie weiter verschärft: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, Jung und Alt, Menschen mit und ohne genehmen Paß, in »Leistungserbringer« und »Alimentenbezieher«. Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisierung. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen mit wachsender Sorge um eine lebenswerte Zukunft – global, in Europa und auch hier in Deutschland.

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt – nicht nur, um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch, um unsere Alternativen zu entwickeln für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft.

Soziales und Arbeit neu denken. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wir brauchen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen/ Grundeinkommen für jede und jeden jetzt als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Rente ohne Diskriminierung, massive Arbeitszeitverkürzung. Wir treten ein für eine **solidarische Gesellschaft**, ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede sich umfassend bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind, jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat. Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teilhat. Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Eine nach innen und außen friedliche Gesellschaft, die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet. Wir lehnen den »Krieg gegen den Terror« ab – er wird zum Vorwand genommen, um demokratische Rechte einzuschränken und Musliminnen und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Antiterrorgesetze

und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee, sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliarden schweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden. Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muß beendet werden. Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Eine ökologische zukunftsfähige Gesellschaft, die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt. Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschaft-, eine Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der Frauen entscheiden. Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Eine demokratische Gesellschaft – mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf allen Ebenen: von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen – von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen. Wege dahin sind die Ausweitung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt:

Verstärkte Vernetzung der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.

Globalisierung von unten: Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale soziale Rechte für alle ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schuldenstreichung und das Ende der neoliberalen Struktur Anpassungsprogramme.

Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen ab. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muß mit unserem massiven Widerstand rechnen.

Als gemeinsame Aktionen der nächsten Mo-

nate schlagen wir vor:

- Einen dezentralen bundesweiten Aktionstag am 5. September: Soziale Bewegungen melden sich zum Wahlkampf zu Wort!

- Eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen am 19./20. November 2005.

- Die Mobilisierung zum europäischen Aktionstag für ein soziales Europa am 15. Dezember 2005 in Brüssel sowie die Fortsetzung der Kampagne gegen die EU-Verfassung und die Proteste gegen die EU-Richtlinien zu Dienstleistung, Arbeitszeit und Militarisierung.

- Bundesweite globalisierungskritische Aktionstage im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006: Gegen Überwachungswahn, gegen die ausbeuterische Produktionsweise von Nike und Co. sowie gegen Rassismus.

- Eine Kampagne gegen die Politik der G 8 anläßlich ihres Gipfels im Juli 2007 in Heiligendamm. Wir laden im Herbst 2007 zu einem zweiten Sozialforum in Deutschland ein.

Außerdem unterstützen wir folgende Veranstaltungen und Aktionen:

- Die Aktionen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft »Tanz in den Mais« am 30./31. Juli 2005.

- Die Aktionen der Friedensbewegung am Hiroshimatomag und Antikriegstag.

- Das Aktionswochenende gegen Lager und für Bewegungsfreiheit am 24./25. September.

- Die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr im Oktober 2005.

- Den Kongreß »Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein« in Wien, 7.–9. Oktober 2005.

- Die landesweiten Aktionen in Baden-Württemberg gegen Wohnungsnot und Armut am 12. Oktober 2005

- Die Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien am 5. November in Lüneburg sowie die nachfolgenden Aktionen gegen die Castor-Transporte.

- Den Bürgerkonvent »Für ein anderes Europa« in Rom am 12./13. November 2005

- Den weltweiten Aktionstag am 10. Dezember gegen die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: »Stoppt die WTO-Konzern-Agenda«!

- Das internationale Symposium über Isolation von Gefangenen vom 17. bis 20. Dezember in Paris.

- Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren und Abschaffung der Lehrmittelfreiheit im Herbst 2005 und Frühjahr 2006.

- Gegenaktionen zur NATO-Sicherheitskonferenz vom 3.–5. Februar 2006 in München.

- Einen bundesweiten Aktionstag der lokalen Sozialforen für ein lebenswertes Europa im Zusammenhang mit einer europäischen Initiative am 4. März 2006.

- Die Beteiligung am nächsten Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006.

- Die Ostermärsche der Friedensbewegung im Frühjahr 2006.

- Europäische Märsche für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zum EU-Gipfel nach Wien im Juni 2006.

<http://sozialforum2005.de>

Arbeit: Es ist genug für alle da.

Massenarbeitslosigkeit überwinden - Arbeit solidarisch verteilen!

Es ist gespenstisch. Immer mehr Menschen in Europa sind erwerbslos. Diejenigen, die Arbeit haben, sollen gezwungen werden, länger zu arbeiten, während zur gleichen Zeit andere Menschen unfreiwillig erwerbslos sind. Diesem Irr-Sinn setzen wir die Forderung nach *einem modernen Recht auf Arbeit*, auf kürzere Arbeitszeiten und eine Politik der solidarischen „*Fairteilung*“ von *Arbeit und Einkommen* entgegen.

Massenarbeitslosigkeit ist ein Irr-Sinn. Mit hohen gesellschaftlichen Kosten und negativen Folgen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen. Massenarbeitslosigkeit verstößt gegen Menschenrechte und verhindert eine faire Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. *Die politische Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit kann gar nicht überschätzt werden.* Es handelt sich um DAS zentrale Thema in der real existierenden kapitalistischen Welt. Nur wenn es gelöst wird, kann die immer latente Gefahr rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Bewegungen deutlich vermindert werden.

Die herrschenden Parteien haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt und setzen weiterhin stur auf Wirtschaftswachstum. Was aber, wenn dieses ausbleibt? Auch die politisch forcierte Ausweitung des Niedriglohnsektors wird die sozialen Probleme in Deutschland nicht lösen, sondern nur noch verschärfen. Die herrschende Politik beschäftigt sich nicht einmal ernsthaft mit Konzepten zur radikalen Arbeitszeitverkürzung. Kein Wunder, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von ihr keinen Abbau der Arbeitslosigkeit mehr erwartet.

Die auf Wachstum fixierte Arbeitspolitik ist gescheitert

Deutschland ist im internationalen Vergleich ein reiches Land. Mit großen wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten. Durch immer effizientere Technik, bessere Qualifikationen und wachsende Arbeitsintensität produzieren immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter. Andererseits suchen immer mehr Männer und Frauen Erwerbsarbeit, um sich eine eigenständige materielle Existenz aufzubauen und zu erhalten. Zwischen dem Angebot von Arbeitsplätzen und der Zahl der Arbeit suchenden Menschen klafft eine gewaltige Lücke. In Deutschland sind knapp 5 Millionen Personen erwerbslos.

Mit quantitativem Wirtschaftswachstum allein wird diese Lücke nicht zu schließen sein. Die alte, auf Wirtschaftswachstum fixierte Arbeitsmarktpolitik ist offenkundig gescheitert. Um die heutige Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren, müsste die Wirt-

schaft jährlich um drei, vier, fünf oder noch mehr Prozentpunkte wachsen. Solche Zuwächse waren auf niedrigem Niveau nach dem 2. Weltkrieg möglich. Unter heutigen Bedingungen sind sie pure Illusion. Auch wäre es mehr als fraglich, ob ein solches Wirtschaftswachstum auf Dauer umweltverträglich wäre. Auch Frauen lassen sich nicht mehr an den Herd zurückdrängen. Wer zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit weiter nur auf quantitatives Wachstum setzt, sitzt in einer ideologischen Sackgasse.

Arbeitszeitverlängerung führt in die Irre

Eine Arbeitszeitverlängerung wäre der falsche Weg. Die knappe Erwerbsarbeit würde bei immer weniger Menschen konzentriert. Gleichzeitig würden andere von einer fairen Beteiligung an Arbeit und existenzsichernden Einkommen ausgeschlossen. Bei einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Wochenstunden erhöht sich die Personalkapazität mit einem Schlag – ohne dass irgendwer neu eingestellt würde – um 15 Prozent. Folglich geriete jeder 7. Arbeitsplatz in Gefahr. Arbeitszeitverlängerung ist daher *beschäftigungspolitisch kontraproduktiv* und erzeugt noch mehr Arbeitslosigkeit.

Auch andere Gründe sprechen gegen den geforderten Zwang zur Arbeitszeitverlängerung. Der Erhalt unserer *Gesundheit* ist wesentlicher Teil eines guten Lebens. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass lange Arbeitszeiten zu Überforderungen führen und die Gesundheit gefährden. Rücken- und Kopfschmerzen, Nervosität und psychische Erschöpfung, Schlafstörungen, Magenschmerzen und Herz-/Kreislaufprobleme sind bei Menschen mit langen Arbeitszeiten deutlich stärker verbreitet als bei ihren kürzer arbeitenden KollegInnen. Arbeitszeitverlängerung ist *familien-, frauen- und kinderfeindlich*. Wer eine familienfreundliche und geschlechtergerechte Arbeitswelt will, kann nicht gleichzeitig Arbeitszeitverlängerung fordern. Wir brauchen ausreichend Zeit zum Leben, Lachen und Lieben. Erst dann können Partnerschaften und Familien als Genuss, Kinder als Glück erlebt werden.

Arbeitszeitverlängerung ist *familien-, frauen- und kinderfeindlich*. Wer eine familienfreundliche und geschlechtergerechte Arbeitswelt will, kann nicht gleichzeitig Arbeitszeitverlängerung fordern. Wir brauchen ausreichend Zeit zum Leben, Lachen und Lieben. Erst dann können Partnerschaften und Familien als Genuss, Kinder als Glück erlebt werden.

International: Spirale nach unten

Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus zeigt ebenfalls, dass Arbeitszeitverlängerung auch international ein Irr-Weg ist. Denn ein Zwang zu längeren Arbeitszeiten beim Exportweltmeister Deutschland erzeugt sofort *Druck auf wirtschaftlich schwächere Länder* und zwingt sie, dieser fatalen Logik zu folgen, in der Konkurrenz nachzuziehen und Arbeitszeiten ebenfalls auszudehnen.

Von Deutschland würde ein falsches Signal ausgehen und eine Spirale der Arbeitszeitverlängerung in Gang gesetzt. Wer könnte sich dem entziehen? Die Folge wäre, dass bald überall in Europa länger gearbeitet werden müsste. *Niemandem wäre geholfen und allen geschadet.*

Perspektivwechsel: Arbeitszeit neu denken

– ein Weg aus der Sackgasse.

Wenn die Zahl der Erwerbslosen hoch ist, muss die knappe Erwerbsarbeit besser verteilt werden. Bei einer fairen Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf alle Erwerbsarbeit suchenden Männer und Frauen wird die durchschnittliche Arbeitszeit nicht bei 40 Wochenstunden oder mehr liegen, sondern deutlich niedriger. Wir fordern daher ein modernes Recht auf Arbeit, eine „*Vollbeschäftigung neuen Typs*“ mit kürzeren Arbeitszeiten. Durchschnittlich *30 Arbeitsstunden* in der Woche oder eine entsprechende Jahres- bzw. Lebensarbeitszeit sind genug.

Dies ist keine starre Norm, sondern eine neue *gesellschaftliche Orientierung*. Ein Perspektivwechsel und eine neue Zielmarke für Politik, Tarifparteien, Unternehmen und Individuen. Bei der konkreten Umsetzung sind – neben den jeweiligen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt - die persönlichen Bedürfnisse und Wünsche der Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen zu berücksichtigen. Geschlechterdemokratie für Männer, Frauen und Kinder gehört zur neu zu denkenden Arbeitszeit. Wenn beispielsweise Kinder klein oder Alte pflegebedürftig sind, könnten Männer und Frauen kürzer arbeiten, zu anderen Zeiten länger. Im Durchschnitt aber sollten die Arbeitszeiten die *gesellschaftliche Zielmarke der 30-Stunden-Woche* anstreben. Bei weiterem Fortschritt der Arbeitsproduktivität könnten die durchschnittlichen Arbeitszeiten langfristig weiter gesenkt werden.

In Ländern mit durchschnittlich kurzen Arbeitszeiten ist die Arbeitslosigkeit relativ gering. Nirgendwo in Europa arbeiten die Beschäftigten durchschnittlich so kurz wie in den Niederlanden. Dort lag die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Teilzeitarbeit) im Jahre 2004 bei nur 29,8 Stunden gegenüber 35,5 Stunden im Durchschnitt der 15 alten EU-Länder. Gleichzeitig gehörte in den Niederlanden die Arbeitslosenquote mit 4,6 Prozent) zu den niedrigsten, während der Durchschnittswert bei 8,0 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in unterschiedlichen Kombinationen in Dänemark und Schweden.

Solidarische Arbeitszeitverkürzung ist ein Weg, Beschäftigung zu sichern und Entlas-

sungen zu vermeiden. In der deutschen Metall- und Elektroindustrie wurden bereits 1994 Tarifverträge abgeschlossen, auf deren Grundlage die Arbeitszeit betrieblich bis auf 28,8 Wochenstunden abgesenkt werden kann, um knappe Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen und Arbeitsplätze zu sichern. Bereits über 20 Prozent aller Unternehmen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben zeitweise Arbeitszeiten nach diesem Modell verkürzt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die große Mehrheit von Geschäftsleitungen und Betriebsräten ihre Erfahrungen mit beschäftigungssichernden Arbeitszeitabsenkungen positiv bewerten. Auch in anderen Branchen, z.B. in großen Zeitungshäusern, wurde die Arbeitszeit verkürzt und bereits bis auf 32 Stunden gesenkt. In Kindertagesstätten und Schulen wurden ebenfalls schon Arbeitszeiten abgesenkt, um in einer solidarischen Aktion zu verhindern, dass KollegInnen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Sozial gestaffelter Einkommensausgleich

Wir wissen aufgrund der deutschen und europäischen Erfahrungen, wie schwer es ist, tatsächlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist ein großes gesellschaftliches Projekt, eine zentrale Aufgabe für heute und für die nächsten Generationen, um ihnen gesellschaftliche und erwerbsmäßige Teilhabe zu ermöglichen. Es bedarf einer großen politischen, kollektiven und individuellen Anstrengung und eines Machtzuwachses, um gegen die mächtigen Kapitalinteressen eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Wenn bei einer solidarischen Umverteilung von Erwerbsarbeit nicht nur Entlassungen vermieden, sondern die durch Arbeitszeitverkürzung frei werdende Arbeitszeit für Neueinstellungen genutzt wird, verteilen sich Arbeitszeit und Einkommen auf mehr Menschen. Die Zahl der Beschäftigten steigt. Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzungen mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen, Singles ohne Unterhaltspflichten oder Paare mit zwei vollen Einkommen scheint der vorgeschlagene *Tausch von Geld gegen freie Zeit* in der Regel auch ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist ein gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auch auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich. Für weniger Verdienende und Menschen mit Unterhaltspflichten sind aber finanzielle Ausgleichsleistungen zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit freiwerdenden Mittel für *Ausgleichszahlungen an Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen* eingesetzt werden.

Menschliche Arbeit ist nicht nur und nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit. Aber die Verkürzung und Neuverteilung von knapper Erwerbsarbeit ist ein wesentliches Element

für eine neue Arbeitspolitik, die auf gesellschaftliche Solidarität und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gerichtet ist.

Hierzu gehören als weitere Bausteine

- ein oberhalb der Armutsgrenze angesiedelter gesetzlicher *Mindestlohn*,
- die Möglichkeit, sich - öffentlich unterstützt - in gesellschaftlich nützlichen Aufgabefeldern *selbst Arbeitsplätze zu schaffen*,
- ein nicht an Erwerbsarbeit gebundenes *Existenzsicherndes Grundeinkommen*.

„Arbeitsfairteilung“ - ein gesellschaftliches Projekt

Eine Politik der Neuverteilung von Arbeit setzt den durch Massenarbeitslosigkeit verursachten Existenzängsten vieler Menschen ein positives, auf Solidarität gerichtetes Projekt entgegen. Sie ist mehr als nur Tarifpolitik und erfordert auch neue Wege, den Zeitgewinn kreativ zu nutzen: für ehrenamtliches Engagement, für Allgemeinbildung, künstlerisches Schaffen, Spiritualität, mehr Zeit für Kinder, Sport und Gesundheitspflege.

Die neue „Arbeitsfairteilung“ ist kein bereits vollständig fixiertes, einfach anzuwendendes Rezept. Wir verkennen auch nicht die ideologischen Vorbehalte, politischen Hemmnisse und praktischen Umsetzungsprobleme. Entscheidend ist der politische Wille, den Skandal Massenarbeitslosigkeit ernsthaft anzugehen, auch wenn das heißt, sich *der Diktatur der Märkte und ihrer Nutznießer entgegenzustellen*. Noch einmal: Massenarbeitslosigkeit ist nicht eins unter vielen Problemen. Es ist DAS Problem. Viele Fragen sind offen und müssen in gesellschaftlichen, betrieblichen und individuellen Diskursen thematisiert und gelöst werden. Einige Ansatzpunkte und Handlungsschritte können aber schon benannt werden:

- Statt der Verlängerung gehört die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten auf die Tagesordnung von Politik, Tarifparteien und Medien. Ziel ist die Durchsetzung der *30-Stunden Woche bis 2010 überall in Europa*.
- Freiwillige *Teilzeitarbeit* ist in den verschiedensten Formen zu ermöglichen, gesellschaftlich und betrieblich aufzuwerten, finanziell zu fördern und sollte von möglichst vielen Menschen genutzt werden können.
- *Überstunden* sind, wo immer möglich, abzubauen.
- *Unterbrechungen* der Erwerbstätigkeit, z.B. zur Betreuung von Kindern oder Alten, für Weiterbildung, für bürgerschaftliches Engagement und für originelle Projekte sollten erleichtert, negative Folgen für die zeitweilig aussteigenden Individuen möglichst ausgeschlossen werden.
- *Beschäftigungsbrücken zwischen alten und jungen Menschen* können - bei entsprechender Ausgestaltung - mit geringen finanziellen Aufwendungen die Arbeitslosigkeit junger Menschen erheblich mindern. Solche Modelle sind zu erhalten, weiterzu-

entwickeln und bedarfsgerecht auszubauen.

• *Kürzere Arbeitszeiten* sind auch *finanziell aufzuwerten*. Wenn Menschen einen Teil ihrer Arbeitszeit und ihres Einkommens abgeben und dadurch anderen den Einstieg in Erwerbsarbeit möglich machen, ist das positiv anzuerkennen und auch materiell zu fördern. Die Grundidee ist einfach: Die mit besonders langen Arbeitszeiten erzielten hohen Einkommen werden steuerlich und/oder bei den Sozialabgaben stärker belastet (*Malus*), kürzere Arbeitszeiten dagegen von Einkommenssteuer und/oder Sozialabgaben entlastet (*Bonus*).

Aufforderung zum Mit-Tun

Eine neue solidarische Arbeitszeitpolitik ist auch jenseits von Tarifpolitik eine ernsthafte gesellschaftspolitische Herausforderung für

- globalisierungskritische Bewegungen,
- eine europäische und globale Politik von Gewerkschaften und
- ein breites Bündnis von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und neuen politischen Initiativen.

Es geht darum, das Tabu zu brechen, das das Thema Arbeitszeitverkürzung und die faire Verteilung von Arbeit und Einkommen umgibt. Die Erfolgchancen für eine neue solidarische Arbeitspolitik sind um so größer, je mehr Menschen sich dafür einsetzen – als Individuen, in Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und in der Politik. Überall in Europa.

Wir wenden uns daher gleichermaßen an konservativ, christlich, sozial, ökologisch oder sozialistisch orientierte Menschen und Organisationen und bitten sie, sich dafür einzusetzen, dass das gesellschaftliche Projekt der solidarischen Umverteilung der Arbeit auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

Erstunterzeichner:

Herbert Behrens (ve.rdi Bremen); **Halina Bendkowski** (Feministische Unternehmerin); **Prof. Lothar Bisky** (Bundesvorsitzender der Linkspartei – PDS); **Prof. Heinz-Josef Bontrup** (AG Alternative Wirtschaftspolitik); **Dr. Jürgen Borchert** (Sozialrichter Heidelberg); **Michael Bouteiller** (ehem. OB von Lübeck); **Dr. Uli Brand** (Wiss. Beirat Attac); **Prof. Michael Brie** (Rosa-Luxemburg-Stiftung); **Prof. Chris Brückner** (FH München); **Daniela Dahn** (Schriftstellerin Berlin); **Tom Delport** (WASG Berlin); **Prof. Alex Demirovic** (Univ. Frankfurt/M.); **Hasso Düvel** (ehem. Bezirksleiter der IG Metall für Brandenburg/Sachsen); **Prof. Angela Fiedler** (FHTW Berlin); **Prof. Hajo Funke** (FU Berlin); **Daniela Gottschlich** (Frauenforscherin/ Univ. Osnabrück); **Prof. Peter Grottian** (FU Berlin); **Sven Giegold** (Attac); **Dieter Gleichfeld** (Gewerkschaftssekretär Verdi); **Prof. Friedhelm Hengsbach** (Univ. Frankfurt/M.); **Detlef Henschke** (ehem. Vors. der IG Medien/ver.di); **Volker Hesse** (Intendant Maxim Gorki Theater Berlin); **Prof. Rudolf Hickel** (Univ. Bremen/AG Alternative Wirtschaftspolitik);

Helmut Horst (Attac); **Roland Klautke** (Attac Berlin); **Dr. Barbara Knab** (München); **Prof. Michael Krätke** (Univ. Amsterdam); **Prof. Rolf Kreibich** (Direktor Inst. f. Zukunftsforschung u. Technologiebewertung); **Stephan Krull** (VW-Betriebsrat IG Metall Wolfsburg); **Prof. Ingrid Kurz-Scherf** (Prof. Uni Marburg); **Prof. Manfred Liebel** (TU Berlin); **Prof. Mohssen Masarrat** (Univ. Osnabrück/Wiss. Beirat Attac); **Percy MacLean** (Verwaltungsrichter Berlin); **Prof. Erhard Meuler** (Groß-Umstadt); **Till Mossakowski** (attac); **Prof. Urs Müller-Plantenberg** (FU Berlin, wiss. Beirat Attac); **Prof. Wolf-Dieter Narr** (FU Berlin/ Komitee für Grundrechte u. Demokratie); **Prof. Wolfgang Neef** (TU Berlin); **Prof. Oskar Negt** (Univ. Hannover); **Anne Neugebauer** (Frauen-Aktionsbündnis Münster/GAL); **Prof. Michael Opielka** (FH Jena/

z.Zt. UC Berkeley); **Dieter Plehwe** (Wissenschaftszentrum Berlin); **Ekkart Remoli** (Gustav-Heinemann-Initiative Leipzig); **Jutta Roitsch** (Journalistin Frankfurt); **Prof. Horst-Eberhard Richter** (Univ. Gießen); **Dr. Edelbert Richter** (ex-MdB/Theologe); **Johannes Roscher** (ehem. Beauftragter der EKD für Arbeitslosigkeit); **Prof. Roland Roth** (FH Magdeburg/Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.); **Prof. Birgit Sauer** (Univ. Wien); **Dr. Claus Schaefer** (WSI); **Irmtraud Schlosser** (DGB-FU Kooperationsstelle Berlin); **Edgar Schu** (Aktionsbündnis Sozialproteste, Göttingen); **Prof. Susanne Schunter-Kleemann** (Univ. Bremen); **Alice Schwarzer** (Herausgeberin von EMMA); **Prof. Joachim Sikora** (Katholisch Soziales Institut); **Chris Siméon** (Dipl. Designerin); **Sylvia Skrabs** (Verdi-Gewerkschaftssekretärin); **Prof. Helmut**

Spitzley (Univ. Bremen); **Sybille Stamm** (Bezirksleiterin. ver.di Baden-Württemberg); **Dr. Gabriele Sterkel** (Verdi-Gewerkschaftssekretärin); **Werner Schmiedecke** (attac Dresden); **Peter Strotmann** (Attac Berlin); **Prof. Gerburg Treusch-Dieter** (FU Berlin); **Rainer Thiel** (Philosoph, Berlin); **Prof. Fritz Vilmar** (FU Berlin/attac); **Reinhard Voß** (Generalsekretär Pax Christi Deutschland); **Peter Wahl** (Mitglied Attac-Koordinierungskreis); **Prof. Brigitte Wehland-Rauschenbach** (FU Berlin); **Jörg Wiedemuth** (Verdi-Gewerkschaftssekretär); **Anne Wihstutz** (wiss. Mitarbeiterin HU Berlin); **Markus Wissen** (Institut für Regionalentwicklung/BUKO); **Dr. Angelika Zahrnt** (Präsidentin BUND); **Birgit Zenker** (Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands);

Grundeinkommen-Kongress Wien, 7.-9.10.2005

Mehr Infos und Programm auf: www.grundeinkommen2005.org

Strukturelle Arbeitslosigkeit und steigende Armut in Europa machen für viele das Grundeinkommen wieder zu einer zentralen politischen Forderung.

In Wien findet zwischen 7. und 9. Oktober der erste Grundeinkommen-Kongress im deutschsprachigen Raum statt. In den Workshops werden verschiedene Modelle und Finanzierungsformen des Grundeinkommens vorgestellt. Die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Arbeitsmarkt und Unternehmen werden thematisiert. Auch der Bezug zu Menschenrechten, Geschlechterverhältnis und Demokratie wird diskutiert.

Zwei Podiumsgespräche beschäftigen sich mit der Einführung des Grundeinkommens - auf EU- und globaler Ebene. Am Podium: Emmerich Tàlos, Margit Appel, Birgit Zenker, Markus Wissen, Eduardo Suplicy, Ursula Knecht-Kaiser, Klaudia Paiha u.v.m.

Grundeinkommen ist eine

- * bedingungslose, finanzielle Zuwendung
- * die jedem Mitglied der Gesellschaft
- * in existenzsichernder Höhe,
- * ohne Rücksicht auf sonstige Einkommen
- * auf Arbeit oder Lebensweise
- * als Rechtsanspruch zusteht
- * und eine Krankenversicherung inkludiert.

- Den Kongress veranstaltet das Netzwerk Grundeinkommen (D), das Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt (Ö) und Attac (D+Ö).

Um Anmeldung wird ersucht. Teilnahmegebühr: Normaltarif 30 EUR, ermäßigter Tarif nach persönlicher Einstufung, Fördertarif 70 EUR



WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

48

Europa sozial

EU-Verfassung, Lissabon-Strategie, Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik, Krise des Sozialmodells; Osterweiterung, Europäische Handelspolitik, Globalisierung, Frauenmigration und informelle Arbeit; Freier Personenverkehr, Militarisierung der EU und Schengen/Dublin

H. Schui, K. Dräger, M. Wissen, P. Beckmann, N. Imboden, S. Steinmetz, E. Gutiérrez Rodríguez, M. R. Krätke, A. Brie, G. Trepp, M. Beckmann, H.-J. Bieling, S. Schunter-Kleemann, H. Hofbauer, H. Baumann, S. Luzzi, J. Lang, B. Glättli, H. Busch

Kirchhofs Verknappung

Der Umstieg auf einen Einheitssteuersatz bedeutet Umverteilung von unten nach oben, heizt den internationalen Steuerwettbewerb an und zwingt den Staat zum Rückzug

Die Vorschläge von Angela Merkels Finanzexperten Paul Kirchhof kommen einer Revolution gleich. Der einheitliche Steuersatz von 25 Prozent manifestiert die Abkehr vom Sozialstaatsprinzip im Steuerrecht. Gestützt auf das Gleichheits- und Gerechtigkeitsgebot des Grundgesetzes, diente das Steuerrecht mit seinen ansteigenden Steuersätzen bisher dazu, große soziale Differenzen ein wenig auszugleichen. Dieser Anspruch an Umverteilung wird von Kirchhof praktisch vollständig aufgegeben.

Auf den ersten Blick mögen die Zahlen aus dem Kirchhof-Konzept gar nicht so schlecht klingen: Durch den Freibetrag von 8.000 Euro pro Person und den verringerten Steuersatz für die ersten 10.000 Euro, den Kirchhof als soziale Komponente doch noch in seinen Tarif eingebaut hat, scheint die Steuerlast auch für Geringverdiener zu sinken. Und von der Streichung von Ausnahmetatbeständen und Abschreibungsmöglichkeiten erwartet Kirchhof, dass Spitzenverdiener mit seinem Modell trotz deutlich niedrigerer Steuersätze mehr bezahlen - und erstaunlich viele Medien und Steuerzahlende glauben den fragwürdigen Beispielen.

Doch schon beim Steuermodell selbst sind Zweifel angebracht. Zum einen ignorieren viele Berechnungen, dass sich das Streichen von Abschreibungsmöglichkeiten wie der Pendlerpauschale oder den steuerfreien Nacht- und Feiertagszuschlägen auch bei geringen Einkommen auswirken wird. Bei den Spitzeneinkommen geht die Rechnung ebenfalls nicht auf: Um bei einem Jahreseinkommen von 500.000 Euro auf die gleiche Steuersumme wie bisher zu kommen, müsste die Bemessungsgrundlage um 60 bis 70 Prozent erhöht werden. Schon Fälle, in denen Spitzenverdiener mit Steuersparmodellen mehr als ein Drittel ihrer Einkünfte legal der Steuer entzogen haben, dürften eher selten sein.

Solche fragwürdigen Ergebnisse der individuellen Steuerrechnung sind nur die eine Seite. Auf der anderen stehen die indirekten Auswirkungen der leeren staatlichen Kassen. Seriöse Berechnungen der Finanzbehörden gehen davon aus, dass das Kirchhof-Konzept im ersten Jahr zu Mindereinnahmen von 43 Milliarden Euro führen würde; langfristig würden rund 20 Milliarden pro Jahr fehlen. Diese gewollte Verknappung der finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand wird schließlich dazu führen, dass Leistungen, die

bislang öffentlich oder öffentlich subventioniert erbracht werden, teurer oder nur noch privat gegen Entgelt angeboten werden.

Einen armen Staat können sich aber nur die Reichen leisten. Wenn Universitäten nur noch gegen Studiengebühren besucht werden können und Volkshochschulen teurer werden, wenn die Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr sinken und die Preise für Theater und Schwimmbad steigen, dann summieren sich die privaten Kosten des staatlichen Rückzugs für eine Familie schnell auf mehrere tausend Euro im Jahr. Während Gutverdienende solche Summen angesichts von Kirchhofs Steuergeschenken gerne bezahlen werden, kann sich die vermeintliche Steuererleichterung für Gering- und Normalverdiener schnell ins Gegenteil verkehren. Zusammen mit der Kopfpauschale im Gesundheitswesen, einem jetzt auch von Kirchhof geforderten Systemwechsel in der Rentenfinanzierung vom Solidarprinzip zur Kapitaldeckung und der von der Union avisierten Mehrwertsteuererhöhung, die ebenfalls geringe Einkommen überproportional belasten, zeigt sich klar, in welche Richtung künftig umverteilt werden soll.

In Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung ist eine solche Politik grundfalsch. Durch die zunehmende Konkurrenz im Bereich niedriger Einkommen und die sinkende Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geht die Einkommensschere immer weiter auf, die Unsicherheit im Arbeitsleben wird größer, und die Anforderungen an den Staat etwa im Bereich der Bildung steigen. Globalisierung erhöht die Notwendigkeit umverteilender Steuerpolitik, doch Kirchhofs Einheitssteuersatz bedeutet das Gegenteil. Wenn Deutschland als erster großer westlicher Industriestaat eine Flat Tax einführen würde, brähe zudem eine neue Phase des internationalen Steuerwettbewerbs an, denn andere Länder würden nachziehen und versuchen, die neuen Niedrigsteuersätze zu unterbieten.

In einem hat Kirchhof Recht: Ein einfacheres Steuersystem mit weniger Ausnahmen ist wünschenswert, und die Abkehr von der bisherigen Steuerpolitik ist nötig. Allerdings in die andere Richtung: Statt Steuerwettbewerb, Steuersenkung und Vereinfachung auf Kosten der Gerechtigkeit anzustreben, ist ein Steuersystem erforderlich, das ergiebig genug ist, um eine umfassende Versorgung mit öffentlichen Gütern sicherzustellen. Es ist richtig, dafür Steuerschlupflöcher zu schlie-

ßen und Steuerbetrug zu verhindern. Gleichzeitig muss jedoch der progressive Steuertarif erhalten bleiben und der Steuersatz für Spitzenverdiener nicht weiter gesenkt, sondern im Gegenteil wieder angehoben werden.

Um zu verhindern, dass sich Staaten im Kampf um die niedrigsten Steuern gegeneinander ausspielen lassen, müssen Steuern - unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation der Länder - international harmonisiert werden, im ersten Schritt auf der Ebene der EU. Auch auf nationalstaatlicher Ebene kann allerdings noch viel getan werden. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass die faktische Besteuerung von Kapitaleinkommen in Deutschland die niedrigste der ganzen EU ist. Hier fehlt es nicht an Möglichkeiten, sondern an der Durchsetzung der bestehenden Gesetze.

Derzeit scheint es jedoch wenig wahrscheinlich, dass die Finanzpolitik in diese Richtung gehen wird. Vielmehr wird die Besteuerung hoher Einkommen und insbesondere von Kapitaleinkommen immer weiter gesenkt werden. Im Frankreich des 18. Jahrhunderts waren die oberen Stände von der Steuerpflicht befreit. Mit Kirchhof plant Merkel einen großen Schritt in diese Richtung. Dabei hat sie die Lehren der europäischen Geschichte offensichtlich verdrängt. Denn die Ungerechtigkeiten der Steuerpflicht waren ein wichtiger Auslöser der Französischen Revolution von 1789. Nicht ohne Grund heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: "Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein. [...] Für den Unterhalt der öffentlichen Gewalt und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muss gleichmäßig auf alle Bürger unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und ihrer Vermögen verteilt werden."

Die Zunahme sozialer Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen, Lebensqualität und Sicherheit im Zuge der neoliberalen Globalisierung stellt die Fragen der Französischen Revolution neu. Wer heute glaubt, dass die BürgerInnen in Europa sich diese Entwicklung gefallen lassen, wird in absehbarer Zeit eines Besseren belehrt werden.

taz Nr. 7757 vom 1.9.2005

Bertold Brecht: DAS GEDÄCHTNIS DER MENSCHHEIT

Das Gedächtnis der Menschheit
für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz.
Ihre Vorstellungsgabe für kommende
Leiden ist fast noch geringer.

Die Beschreibungen,
die der New Yorker
von den Gräueln der Atombombe erhielt,
schreckten ihn anscheinend nur wenig.
Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen,
und doch zögert er,
die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben.
Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen.
Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es,
die wir zu bekämpfen haben,
ihr äußerster Grad ist der Tod.
Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote,
wie Leute, die schon hinter sich haben,
was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.

Hier geblieben!

Auf der Innenministerkonferenz am 23./24 Juni in Stuttgart wurde die Chance vertan, die UNO Kinderrechte und das Bleiberecht umzusetzen. Durch die Missachtung der Kinderrechte geschehen weiter tagtäglich Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen bleibt unser Appell an die Innenminister bestehen:

Wir sind Kinder und Jugendliche dieser Welt. Auch wenn wir alle unterschiedlich sind, leben wir zusammen auf dieser Erde. Deshalb wollen wir uns gemeinsam für eine bessere Welt für alle Menschen einsetzen und fangen bei uns zuhause damit an. Ihr nennt uns die Zukunft, wir sind aber auch die Gegenwart und deshalb fordern wir:

Alle Kinder und Jugendliche, die in Deutschland zur Schule oder in den Kindergarten gehen, die hier leben, hierher geflohen oder hier geboren sind, sollen weiterhin das Recht erhalten, mit ihren Eltern und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland zu leben. Ihre Eltern sollen arbeiten dürfen, um für ihre Kinder sorgen zu können. Die Kinder sollen später einen Beruf lernen dürfen. Auch ihnen soll erlaubt sein zu arbeiten, zu reisen und weiterhin hier zu leben.

Kranken, Alten und Hilfsbedürftigen sowie durch Krieg und andere Ereignisse geschädigten Menschen muss geholfen werden. Auch sie sollen hier bleiben dürfen! Familien sollen gemeinsam hier leben dürfen.

Die Innenministerkonferenz soll für die über 200 000 nur "geduldeten" Flüchtlinge endlich ein Recht auf Bleiberecht verabschieden und sich für die vollständige Anerkennung der UNO Kinderrechte einsetzen.

<http://www.hier.geblieben.net/index.html>